Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (29.02.2008)

Sand im Getriebe 65

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at,** mail an die Redaktion**: sig@attac.de**

Die Spitze des Eisbergs



Karte der Steueroasen weltweit: http://www.attac.at/6354.html

Attac Deutschland	Aktionsplan zur Schließung von Steueroasen	**3**
Attac Österreich	Schließung der Steueroasen!	**5**
Attac Schweiz	Nein zur Steuerreform	**6**
Weltsystem		
Giovanni Arrighi	Der Aufstand gegen den Westen oder der merkwürdige Tod des Globalisierungsprojektes	**7**
Branko Milanovic	Wie Statistik die Weltwirtschaft verändert	**13**
Weltsozialforum		
C. Whitaker, G. Massiah, J.-M. Harribey, S. George	Die Bewegung für eine Andere Welt	**15**
Memoire des luttes	Manifest für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts	**17**
B. Wörishöfer	Mächtige ohne Pflichten	**18**
Christian Felber	Was muss sich ändern? Alles.	**19**
Europa		
Christian Felber	„Es gibt eine Kluft zwischen Völkern und Regierenden"	**22**
Plattform „Volxabstimmung"	Menschenkette um das Parlament am 5. April	**23**
attac Frankreich	Der EU-„Reform"vertrag: Ein aufgezwungener Vertrag	**24**
Bernard Cassen	Die verheerende Auswirkungen der Ratifizierung	**25**
Annette Groth	„Neuer Zyklus der Lissabon-Strategie"	**26**
Der alltägliche Kapitalismus		
Rudolf Hickel	Nokia: Die Subventionsnomaden	**28**
	Holding-Modell gefährdet Bahn	**29**
Winfried Wolf	Handstreich gegen das Recht	**30**
Privatisierung in Leipzig gestoppt		**33**
Attac Schweiz	Das Grundeinkommen in der Diskussion	**34**
Attac Bielefeld	Zur Bertelsmannsstiftung	**35**
Keine Zusammenarbeit mit Bertelsmann!		**35**
Naher Osten		
Felicia Langer	Nicht in meinem Namen	**36**
Irak-Konferenz in Berlin am 7.- 9.3.		**36**

Endlich: Die **Steueroasen** fliegen auf, Attacs ureigenstes Thema wird zum Thema des Mainstreams. – *„Die Globalisierung der Finanzmärkte braucht die Einführung eines internationalen automatischen Informationsaustauschs in Steuerfragen sowie internationale Steuern, damit die Schere zwischen Arm und Reich sich wieder schließt."*
Endlich: die **Managergehälter** werden skandalisiert und mit ihnen die himmelschreienden Ungerechtigkeiten der Einkommens- und Vermögensverteilung. Doch parallel dazu bewegt sich die Walze der unendlichen Akkumulation des Kapitals unerbittlich voran: Nokia, BMW, Siemens, Henkel – gerade die stärksten Unternehmen - machen Rekordgewinne und können doch den Hals nicht voll kriegen. Sie greifen zu **Massenentlassungen** und **Betriebsverlagerungen**, um die Rendite und den „Shareholder-Value" weiter in die Höhe zu schrauben. Allerdings wächst mit den Skandalen auch die Empörung und der Widerstand: Streiks werden wieder populär und sind teilweise erfolgreich; die Wahlergebnisse deuten ein Zerbrechen der alten, festgefahrenen politischen Strukturen an.
Es tut sich was im „alten Europa", und nicht nur dort. >

Im Januar haben sich wieder die Reichen und Mächtigen der Welt in **Davos** getroffen, um ihre geopolitischen Strategien zu besprechen. Die **Stimmung** diesmal war eher **apokalyptisch**: Die globale Finanzkrise, der drohende Abschwung der US-Konjunktur, die schwindende Gestaltungskraft von IWF und WTO, die Verschiebung des Epizentrums der globalen politischen Ökonomie nach Asien verdrängten die Siegesgewissheit der vorherigen Jahre.

Christian Felber unterzog auf der Gegenveranstaltung in Basel das gesamte Paradigma des neoliberalen und imperialen Kapitalismus einer gründlichen Kritik. *„**Was muss sich ändern? Alles.** „Das Ganze ist das Falsche", sagte Adorno. - Die Werte müssen sich ändern. - Die Anreizstrukturen der Wirtschaftsakteure. - Die Institutionen. - Die Gesetze. - Die Machtverhältnisse."*

Martin Wolf stellte schon Ende 2003 in der Financial Times ängstlich fest:»*Sollte [Asiens Aufstieg] so weitergehen wie die letzten Jahrzehnte, wird er die zweihundert Jahre währende Dominanz Europas und, anschließend, seines riesigen nordamerikanischen Ablegers beenden. Japan war lediglich der Vorbote einer asiatischen Zukunft. Das Land hat sich als zu klein und zu sehr nach innen gerichtet erwiesen, um die Welt zu verändern. Was nun folgt – allem voran China – wird sich als keins von beidem erweisen. … Europa war die Vergangenheit, die USA sind die Gegenwart und ein von China dominiertes Asien ist die Zukunft der Weltwirtschaft. Diese Zukunft scheint gewiss. Die großen Fragen sind, wie bald und wie reibungslos sie eintreten wird.*« Als Chancen für die Dritte Welt kennzeichnet **Giovanni Arrighi** die **epochalen Veränderungen in der Weltgesellschaft** in den letzten Jahrzehnten. Er kommt zu dem Schluss, dass die Verschuldung der USA beim Rest der Welt und die militärischen Niederlagen in Vietnam und Irak den Abstieg der USA als Hypermacht eingeleitet haben. Mit der Renaissance Chinas und Indiens ergäben sich für die Länder des globalen Südens und ihren „Aufstand gegen den Westen" neue Spielräume. Ein neues, diesmal ökonomisch unterfüttertes Bandung-Bündnis der abhängig gehaltenen Länder beginne, Gestalt anzunehmen.

Wie diese neu entstehenden Spielräume durch die Bewegungen der Weltsozialforen genutzt werden können, darüber wird leidenschaftlich diskutiert. Einerseits betonen u. a. **Chico Whitaker** und **Susan George** den langfristigen Charakter dieser Bewegung und fordern sie auf, zwei strategische Bündnisse schmieden: *„Das erste betrifft das Nord-Süd-Verhältnis….Das zweite Bündnis ist zwischen den Vertretungen der Lohnabhängigen und den Umweltschützern zu knüpfen."* Andererseits wird an einem „post-altermondialistischen" Konzept gearbeitet, das die Schwächen der Bewegung aufarbeitet und Alternativen erarbeitet mit dem Ziel eines „**Manifestes des 21. Jahrhunderts**". Wir dokumentieren die unterschiedlichen Ansätze.

Im Schweinsgalopp soll der Lissabon-Vertrag (die kosmetisch erneuerte **EU-Verfassung**) von den Parlamenten verabschiedet werden. Ziel der Abschmink-Operation war die Vermeidung von Referenden. Das EU-Establishment hat Angst davor, dass der Inhalt des Vertrages – vor allem die Pflicht zur Aufrüstung und die Bindung an die **NATO** und damit an die USA - breit diskutiert wird. Dagegen hat sich in Österreich ein breites Bündnis gebildet, das auch die „**Beugung der Neutralität**" beklagt und eine Volksabstimmung verlangt: *„Nur über die Einbeziehung aller Menschen in die Entscheidungsfindung kann ein anderes Österreich, ein anderes Europa entstehen. Kein Argument wird dadurch richtig, indem es **verheimlicht und die öffentlichen Debatte verweigert** wird und indem die Regierungen den Vertrag mit Täuschung anstatt mit Überzeugung durchzusetzen versuchen"*

Von Nokia über den permanenten Kampf gegen die Bahnprivatisierung bis zu den Zumutungen der neoliberalen Denkfabrik der Bertelsmannstiftung: wir dokumentieren Aspekte des alltäglichen Kapitalismus. Attac begann mit dem Ruf „Entwaffnet die Märkte" und setzte den Kampf gegen die Steueroasen auf die Agenda – wohl wissend, dass die Finanzmärkte und besonders die Dreistigkeit, mit der die Reichen und Superreichen ihre Steuern hinterziehen, nur die Spitze des Eisbergs sind. Auch die jetzt weit verbreitete Empörung über die exorbitanten Managergehälter sollte nicht ablenken von dem noch größeren Skandal, dass die großen Vermögensbesitzer noch weit höhere, und zwar völlig leistungslose Einkommen beziehen als die Manager, die bei ihnen angestellt sind. Sie beziehen dieses Einkommen aufgrund ihres Eigentums an den Produktionsmitteln. Soll Gerechtigkeit angestrebt werden, wird man die Eigentumsfrage stellen müssen. Darüber wird in Attac intensiv diskutiert unter der Parole: „**Die Eigentumsfrage neu stellen**". Ab der nächsten Ausgabe werden wir diese Debatte dokumentieren.

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:
1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Bestellen per Mail an sig@attac.de

Attac Deutschland

Aktionsplan zur Schließung von Steueroasen

Seit den Zeiten des Völkerbundes wird international über das Problem der Steueroasen gesprochen. Durch die politisch gewollte Liberalisierung der Finanzmärkte insbesondere innerhalb der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) hat sich das Problem der Steueroasen immer weiter verschärft. Basierend auf Angaben des Bundesfinanzministeriums wurden aus Deutschland ca. 300 Milliarden Euro von vermögenden Privatpersonen in die Steueroasen verbracht. Hinzu kommen die Schäden aus der buchhalterischen Verlagerung von Unternehmensgewinnen ins Ausland und dem internationalen Steuerwettbewerb um möglichst niedrige Steuersätze auf Kapitaleinkommen.
Beide Problembereiche sind eng verknüpft, denn Privatpersonen können ihre Vermögen leicht in Kapitalgesellschaften verlagern, so dass sie den Regeln für Unternehmenssteuern unterliegen.

Wir schlagen ein Paket von inländischen und internationalen Maßnahmen vor.
Mit den inländischen Maßnahmen werden Steuerflucht unattraktiv und SteuerhinterzieherInnen aufgespürt.
Mit den internationalen Maßnahmen wird das Übel an der Wurzel gepackt und Steueroasen trockengelegt, so dass auch die bereits verlagerten Vermögen zu unserem Gemeinwesen beitragen.

<u>Inländische Maßnahmen</u>

Personaleinstellung in den Steuerbehörden
Nach arbeitgeberseitigen Personalbedarfsrechnungen werden benötigt: 3000 Betriebsprüfer, 300 Steuerfahnder sowie 2700 Mitarbeiter im Innendienst zur Einkommenssteuerveranlagung.

Bundessteuerverwaltung: Das Eintreiben von Steuern muss eine Bundeszuständigkeit werden
Die Kosten der Steuerverwaltung müssen heute von den Bundesländern getragen werden. Durch den Länderfinanzausgleich müssen die Erträge jedoch mit allen anderen Ländern geteilt werden. Damit sinkt für die Länder der Anreiz zu einer effizienten Steuerverwaltung. Daher muss eine Bundessteuerverwaltung verhindern, dass eine uneffektive oder ungleichmäßige Steuerverwaltung als Standortfaktor im Wettbewerb der Bundesländer missbraucht wird.

Lockerung des steuerlichen Bankgeheimnisses
Paragraf 30a der Abgabenordnung schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Steuerfahndung übermäßig ein und schützt damit die Steuerhinterzieher. Die Abgabenordnung muss so verändert werden, dass Steuerbehörden von Banken und anderen Finanzdienstleistern Informationen über alle Geschäftsverkehre wie etwa Überweisungen mit Steueroasen verlangen können. So könnten zahlreiche Anhaltspunkte für Steuerflucht auch in der Vergangenheit gewonnen werden.

Verbot der strafbefreienden Selbstanzeige sowie Mindeststrafen bei Fällen schwerer Steuerhinterziehung
Steuerhinterziehung in Millionenhöhe muss immer zu einer Gefängnisstrafe führen, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen. Abgesehen von Bagatellfällen muss die strafbefreiende Selbstanzeige abgeschafft werden.

Nutzung von Kreditkartendaten mit Steueroasenländern
Die australischen Steuerbehörden haben mit großem Erfolg Kreditkarten-Transaktionsdaten genutzt, um Steuerflüchtlingen auf die Schliche zu kommen. Die Steuerbehörden müssen von Kreditkartenunternehmen alle Transaktionsdaten mit Steueroasen ermitteln und zum Aufspüren von Bankkonten in Steueroasen nutzen.

Steuerliche Transparenz für transnationale Unternehmen
Deutsche Unternehmen, die Tochterfirmen oder Niederlassungen im Ausland unterhalten, müssen verpflichtet werden zu veröffentlichen,
- in welchen Ländern sie Tochterfirmen oder Niederlassungen haben
- und wie hoch die jeweils ausgewiesenen Gewinne und Ertragssteuern sind.
Dies ermöglicht Anlegern sowie der Öffentlichkeit, die Plausibilität der Angaben zu überprüfen.

Verstärkung der Quellenbesteuerung bei der Unternehmensbesteuerung
Um die Verschiebung von Unternehmensgewinnen aus Deutschland in Niedrigsteuergebiete unattraktiver zu machen, sollten die ertragsunabhängigen Komponenten der Gewerbesteuer gestärkt werden. Zinsen, Pachten und Leasingraten sollten die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer verbreitern, so dass die Steuer gleichmäßiger fließt, Steuervermeidung ins Ausland unattraktiver wird und die Steuersätze der Gewerbesteuer sinken können.

<u>Internationale Maßnahmen</u>

Maßnahmen gegen Steuerflucht nach Liechtenstein und andere Steueroasen außerhalb der Europäischen Union
Schwarze Liste der Steueroasen und Wirtschaftssanktionen:
Steueroasen gehören auf eine staatlich geführte Schwarze Liste.
Als Steueroasen gelten Länder, die
a) alle oder bestimmte Kapitaleinkommen niedrig oder überhaupt nicht besteuern und von deutschen Bürgern zur Vermeidung
b) oder Hinterziehung von Steuern genutzt werden und sich weigern
- ein System automatischen Informationsaustauschs einzurichten, bei dem Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne sowie Beteiligungen an Unternehmen an die deutschen Finanzbehörden gemeldet werden,
- oder Amtshilfe bei Steuerhinterziehung zu leisten.

Deutschland sollte mit den entsprechenden Ländern in bilaterale Verhandlungen treten, um einen automatischen Informationsaustausch und Amtshilfe in Steuerfragen zu vereinbaren. Die Schwarze Liste und die Maßnahmen sollten mit anderen handlungsbereiten Staaten koordiniert eingeführt werden. Sie eignen sich jedoch auch für einen nationalen Alleingang.

Die Steueroasen auf der Schwarzen Liste sollen mit geeigneten Wirtschaftssanktionen belegt werden, dazu zählen die Aufhebung handelspolitischer Vorteile, kein Betriebsausgabenabzug, die Einführung von Meldepflichten auf alle Transaktionen sowie die Einführung von Quellensteuern auf Zahlungen in Steueroasen.

Innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums kann sich Deutschland auf Artikel 43 (2) des EWR-Vertrags berufen. Sollten sich EWR-Steueroasen zur Klage gegen die Einschränkung des freien Kapitalverkehrs vor dem EuGH entscheiden,

wäre ein solches Verfahren als Chance zu begreifen. Bei Nicht-EWR-Mitgliedern gibt es eine solche Klagemöglichkeit nicht.

Schließlich sollte Deutschland alle weiteren Kooperationsabkommen mit Steueroasen auf der Schwarzen Liste ablehnen. Insbesondere darf das Schengen-Abkommen mit Liechtenstein nicht unterzeichnet werden.

Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen innerhalb der Europäischen Union

Für Zinseinkommen von Privatpersonen hat die EU mit der Zinsrichtlinie das Prinzip des automatischen Informationsaustauschs in das internationale Recht eingeführt. Es wird seitdem von 24 EU-Staaten angewendet.
Die Zinsrichtlinie ist jedoch unzulänglich. Sie muss in drei Richtungen erweitert werden:
- Dividenden, Veräußerungsgewinne und Erträge innovativer Kapitalmarktprodukte wie Derivate müssen einbezogen werden.
- Nicht nur Privatpersonen sondern auch Unternehmen, Trusts und Stiftungen müssen einbezogen werden.
- Die Richtlinie muss für weitere Drittländer gelten (s. Maßnahmen Nicht-EU-Länder).

Um auch der weit verbreiteten Steuervermeidung und dem aggressivem Steuerwettbewerb bei Unternehmensgewinnen beizukommen, benötigt ein gemeinsamer Markt Mindestunternehmenssteuersätze - zum Beispiel 30 Prozent -, die auf eine gemeinsame Bemessungsgrundlage anzuwenden sind.

Da für diese Maßnahmen ein Konsens der EU-Mitglieder notwendig ist, muss die Bundesregierung Konfliktbereitschaft zeigen. Bei den nächsten Budgetverhandlungen der EU muss die Bundesregierung klar machen, dass Deutschland als größter Nettozahler nicht mehr zur Verfügung steht, solange die steuerlichen Harmonisierungsmaßnahmen und die Schließung der EU-Steueroasen nicht vorankommen. Ähnlich wie Regierungen für die Interessen von Bauern und Autokonzernen kämpfen, erwarten wir konsequenten Einsatz für die steuerlichen Grundlagen des Sozialstaats und gerechter Verteilung.

Weitere Beschlussfassung

Parlament und Bundesregierung sind nun in der Pflicht, die notwendigen Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen zügig voranzubringen. Das Thema darf nach dem Abebben der medialen Aufmerksamkeit nicht wieder in einen Dornröschenschlaf versinken. Wir schlagen vor, dass
- mehrere Bundestagsausschüsse eine Serie von Hearings zum Thema durchführen und
- die Bundesregierung eine entsprechende Regierungskommission einsetzt.
Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind daran zu beteiligen.
Attac rät den Bürgerinnen und Bürgern, den Wahlkampf zur Europa- und Bundestagswahl 2009 nutzen, um einzufordern, dass konsequente Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung ergriffen werden.

Jüngste Maßnahmen der Bundesregierung

Anlässlich des Staatsbesuchs des Liechtensteiner Regierungschefs Otmar Hasler hat Bundeskanzlerin Angela Merkel von Liechtenstein eine Reihe von Maßnahmen gefordert. Die Konfliktbereitschaft der Bundesregierung und die geforderte Kooperationsbereitschaft bei internationalen Abkommen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Liechtenstein würde damit auf ein ähnliches steuerliches Regulierungsniveau gebracht wie andere EU-Länder.
Allerdings bringen die geforderten Kooperationsabkommen keine Lösung des Steuerhinterziehungsproblems. Das Betrugsbekämpfungsabkommen USA-Liechtenstein schließt Steuerhinterziehung aus. Die Vereinbarungen der USA zum Austausch steuerlicher Informationen mit Finanzdienstleistern in Liechtenstein beziehen sich nur auf US-Obligationen. Die Umsetzung der EU-Geldwäscherichtlinie betrifft nicht einfache Steuerhinterziehung.
Die Anerkennung der OECD-Standards zu steuerlichem Informationsaustausch verpflichtet nur zu steuerlichem Informationsaustausch im Einzelfall, wenn die nationalen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Wenn die Steuerbehörden jedoch nicht wissen, wer die Eigentümer der 300 Milliarden Euro Steueroasenvermögen aus Deutschland sind, nützt auch ein Informationsaustausch im Einzelfall wenig.

Die Globalisierung der Finanzmärkte braucht die Einführung eines internationalen automatischen Informationsaustauschs in Steuerfragen sowie internationale Steuern, damit die Schere zwischen Arm und Reich sich wieder schließt.

http://www.attac.de/steuerflucht/cms/pages/attac-aktionsplan/langfassung.php
Weiterführende infos:
http://www.attac.de/steuerflucht/cms/pages/weiterfuehrende-infos.php

Aufruf unterschreiben! Mit Attac die Steuerflucht bekämpfen!

Der Steuerhinterziehungsskandal rund um Zumwinkel und Liechtenstein hat glasklar gemacht, welchen Schaden Steueroasen und mangelhafte Steuerfahndung anrichten. Dabei sind die Zumwinkelmillionen nur die Spitze des Eisbergs. Laut Bundesfinanzministerium werden in Deutschland jährlich 100 Milliarden Euro an Steuern hinterzogen. Zum Vergleich: Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II („Hartz IV"), denen nachgesagt wird, eine unerträgliche volkswirtschaftliche Belastung zu sein, betrugen im letzten Jahr etwa 30 Milliarden Euro.

Doch statt nun systematisch gegen Steueroasen vorzugehen, führen SPD und CDU lieber die Ablenkungsdebatte um höhere Strafen. Dabei liegt der Fehler im System: über Steuerschlupflöcher, groß wie Scheunentore, sichern sich Konzerne und GroßverdienerInnen ganz legale Steuergeschenke, und wem das nicht reicht, den locken Steueroasen wie Liechtenstein mit der Aussicht, die Millionen vor dem Fiskus in Sicherheit bringen zu können. Das Geld, das hier den öffentlichen Kassen gestohlen wurde, fehlt für Bildung, Kultur und Soziale Sicherung, aber wächst und gedeiht in den Oasenländern. So werden die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Wir fordern von der Bundesregierung ein Aktionsprogramm gegen Steuerflucht und Steueroasen!
Dazu gehören:
- *mehr Personal für Steuerfahndung und Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Steuerkriminalität,*
- *Einschränkung des steuerlichen Bankgeheimnisses, damit Geldtransfers ins Ausland systematisch untersucht werden können,*
- *Überprüfung des Kreditkartenverkehrs mit Steueroasen,*
- *Schwarze Listen für Steueroasen; der freie Kapitalverkehr muss eingeschränkt und Geschäftstätigkeiten mit diesen Staaten müssen mindestens transparent gemacht werden.*

Attac hat am 22. Februar ein solches Aktionsprogramm mit praktischen Maßnahmen vorgestellt. Die Regierung muss jetzt handeln!
Steueroasen trockenlegen!
Dieser Appell wird Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück öffentlich überreicht.
http://www.attac.de/steuerflucht/cms/pages/unterschreiben.php

Attac Österreich

Internationale Steueroasen trocken legen!

Nach einer Studie, veröffentlicht vom "Tax Justice Network" am 31. März 2005, kosten die Vermögen, die in Steueroasen geparkt sind, der Welt ungefähr 255 Milliarden Dollar (203 Milliarden Euro) an verlorenen Steuereinnahmen.

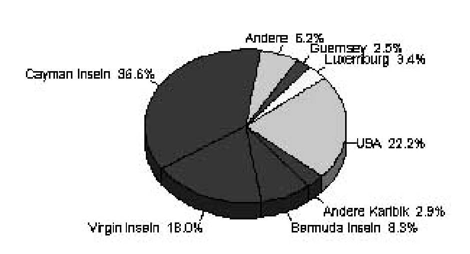
Steueroasen locken nicht nur SteuerhinterzieherInnen an, sie setzen auch alle Nicht-Steueroasen unter Druck, die Steuersätze auf Einkommen, Gewinne und Vermögen zu senken. Tatsächlich senken seit 20 Jahren so gut wie alle Länder ihre Steuern auf Kapital um die Wette. Die durchschnittliche Besteuerung von Unternehmensgewinnen ist in den Industrieländern seit 1985 von 51 auf 29 Prozent gesunken, die von Zinserträgen von 47 auf 33, und die Spitzensätze der Einkommenssteuer sind von 52 auf 42 Prozent heruntergerasselt. Dieser Prozess ist noch lange nicht zu Ende. Manche ÖkonomInnen meinen sogar, dass Gewinne längerfristig überhaupt nicht mehr besteuert werden können. Für multinationale Konzerne gilt dies jetzt schon häufig: Sie lassen ihre Gewinne einfach in Steueroasen anfallen, nutzen Steuerschlupflöcher oder manipulieren sogar die Bilanzen. Ergebnis ist, dass sie dort, wo sie tatsächlich tätig sind, fast oder gar keine Steuern mehr zahlen, so zum Beispiel in Österreich (2002):
Baxter AG (0,0%)
Kraft Food Österreich GmbH (0,0%)
IBM Österreich Internationale Büromaschinen (0,0%)
Wienstrom GmbH (0,0%)
Novartis Forschungsinstitut GmbH (0,1%)
Römerquelle AG (0,1%)
Nöm AG (6,2%)
Baumax AG (6,3%)
OMV (11,0%)
Raiffeisen Ware Austria AG (11,0%)
Spar AG (15,6%).

40% der körperschaftspflichtigen Unternehmen zahlten 2002 weniger als 10% Körperschaftssteuer, im Durchschnitt waren es nur 18,2%, obwohl der gesetzliche Steuersatz 34% betrug (nach der Steuerreform 2005 beträgt er nur mehr 25%). Das ist nicht nur gegenüber der Allgemeinheit unfair, sondern auch gegenüber Klein- und Mittelbetrieben, die diese „Gestaltungsmöglichkeiten" nicht haben, und somit eine unlautere Wettbewerbsverzerrung.

Wenn diese Steuereinnahmen weltweit eingehoben würden,

- könnte die Forderung des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown mit Leichtigkeit erfüllt werden, zusätzliche 50 Milliarden Dollar pro Jahr an zusätzlicher Entwicklungshilfe für die nächsten zehn Jahre zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Geld wäre die Forderung in zwei Jahren erfüllt.
- könnten jedem Bewohner und jeder Bewohnerin der Welt jene 30-40 Dollar zur Verfügung stehen, die die Weltgesundheitsorganisation als Minimalerfordernisse für Gesundheitsversorgung definiert.
- wenn 255 Milliarden Dollar Hilfe seit 2002 jedes Jahr gegeben worden wäre, wäre die weltweite Armut im Jahr 2015 auf Dauer ausgerottet. Dieses Ziel geht weit über die UNO-Milleniumziele hinaus, die eine Beseitigung der Armut bis 2015 vorsehen.

Sitz der Hedgefonds



Die Schäden, die internationale Steueroasen der Weltwirtschaft zufügen, dürften deutlich höher als die berechneten 255 Milliarden Dollar liegen, denn diese Zahl schließt noch nicht von Konzernen in Steueroasen versteckte Unternehmensgewinne ein. Die Kosten durch den Steuerwettlauf nach unten, damit Unternehmen nicht abwandern, sind ebenfalls hier noch nicht eingerechnet.
"Jahrzehnte haben Regierungen nichts gegen das System der Steueroasen und Bankgeheimnisse unternommen, die Steuerflucht ermöglichen. Wenn der Schatzkanzler [Gordon Brown] es ernst meint mit seiner weltweiten Armutsbekämpfung, dann sollte er hier vorangehen und die Offenlegung aller Transaktionen in Steueroasen vorantreiben. Diese Heimlichkeit macht das alles nämlich erst möglich", sagt John Christensen vom "Tax Justice Network" in Großbritannien.

Das Netzwerk ruft zu Aktionen auf:

- um grenzüberschreitende Steuerflucht zu verhindern und die Möglichkeit zur Steuervermeidung zu begrenzen. Damit würden Konzerne und reiche Einzelpersonen im Einklang mit ihren Möglichkeiten Steuern bezahlen.
- um die steuerlichen Anreize zur Kapitalflucht aus jenen Ländern zu beseitigen, die Kapital am notwendigsten benötigen. *"Das Problem der Steueroasen und Steuerwettlauf ist ein Symptom einer viel tiefer liegenden Malaise im Herz des internationalen Finanzsystems. Wir sind jetzt in einer kritischen Phase für die weltweite Entwicklung, insbesondre um die Millenium-Ziele zu erreichen. Wenn wir Armutsbekämpfung ernst nehmen, muss es unser erstes Ziel sein, ein internationales Finanzsystem zu reformieren, das derzeit geführt von den Reichen, gemacht für die Reichen auf Kosten der Armen ist. Wir müssen umdenken, wofür das System gut ist - Steueroasen und Steuerwettlauf sind die ersten Schritte dazu. 255 Milliarden Dollar Verlust ist nur ein Teil des Preises, den wir für das Scheitern bezahlen müssen,"* sagt David Woodward, der Direktor des Weltwirtschaftsprogramms bei der New Economics Foundation in London.

Nach den Schätzungen der Steuerforschungsgruppe, welche die Berechnungen vorgenommen hat, ist das geschätzte Vermögen, das offshore geparkt wird, konservativ geschätzt, da es nicht die versteckten Konzerngewinne enthält. Trotzdem kamen die ForscherInnen auf die unglaubliche Zahl von 11,5 Billionen Dollar, die in Steueroasen vermuten werden. Diese Zahl basiert lediglich auf Vermögen jener Superreichen, die mehr als eine Milliarde Dollar an Vermögen besitzen.
"Niemand hat vor uns versucht, diese Zahlen zu berechnen. Damit wir glaubwürdig sind, haben wir nur jene Informationen benützt, die öffentlich sind und von den glaubwürdigsten Institutionen der Welt herausgegeben wurden. Zusätzlich haben wir unsere Ergebnisse an drei unabhängigen Informationsquellen überprüft. Alle drei stimmen im Großen und Ganzen zu. Das macht uns relativ sicher, dass unsere Zahlen stimmen," sagt Richard Murphy, der Leiter der Studiengruppe.

http://www.attac.at/1710.html

s. auch: http://www.attac.at/steueroasen.html http://www.attac.at/fairsteuern.html

Attac Schweiz und die Erklärung von Bern sagen Nein zur Steuerreform

1. Februar 2008

Das Gesetz zur Unternehmenssteuerreform II, das am 24. Februar dem stimmberechtigten Schweizer Volk zur Abstimmung vorgelegt wird, würde die Finanzierung der Sozialleistungen beschneiden, die die öffentliche Hand bereitzustellen hat. Ausserdem würde es den internationalen Steuerwettlauf nach unten verstärken, was der Entwicklung der ärmsten Länder schadet. Die Erklärung von Bern und Attac Schweiz haben heute in einer Pressekonferenz die grösseren Herausforderungen in dieser Frage aufgezeigt, die in der aktuellen Debatte wenig Beachtung finden.
Wenn das Gesetz zur Unternehmenssteuerreform II in Kraft tritt, werden Dividenden von Teilhabern, die mehr als 10% der Aktien eines Unternehmens besitzen, zu 60% (für Privatvermögen) beziehungsweise zu 50% (für Firmenvermögen) besteuert, während Lohneinkommen weiterhin zu 100% besteuert werden. Ein weiterer kritischer Punkt ist die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer: Dies kommt einer indirekten Abschaffung der Kapitalsteuer gleich.

Diese Logik setzt Anreize für Kapitalgesellschaften, ihren Sitz in der Schweiz zu nehmen, und verstärkt damit auf internationaler Ebene den **Steuerwettlauf nach unten.** Dabei bedeuten Steuerrabatte für hohe Einkommen und finanzstarke Firmen wichtige Steuereinbussen für die öffentliche Hand: Entweder müssen die Staatsausgaben gesenkt und damit die Sozialleistungen beschnitten werden, oder die öffentlichen Institutionen müssen sich verschulden, um dieselben Leistungen bereitstellen zu können. „Durch die öffentliche Verschuldung wurde in den letzten 35 Jahren ein Teil der Lohneinkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern in Vermögenseinkommen der Reichen umgewandelt", sagte Maurizio Coppola von Attac Schweiz.

Ein solcher steuerpolitischer Ansatz, der schon in einem Industrieland wie der Schweiz problematisch ist, wirkt sich umso negativer aus, wenn er von Entwicklungsländern angewendet wird. In Ostafrika zum Beispiel haben sich Äthiopien, Kenia und Uganda auf den Steuerwettlauf nach unten eingelassen, um Produzenten von Schnittblumen ins Land zu holen. Resultat: Den Regierungen dieser drei Länder fehlt es an wichtigen Steuereinnahmen, die sie für ihre wirtschaftliche Entwicklung benötigen. Anne-Kathrin Glatz von der Erklärung von Bern gibt zu bedenken: *„Die Schweiz ist ein Land, dass sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Sie verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie gleichzeitig eine Politik propagiert, die den Steuerwettlauf nach unten verstärkt und so die Entwicklung der ärmsten Länder blockiert."*

Die Erklärung von Bern und Attac Schweiz rufen daher dazu auf, am 24. Februar Nein zur Unternehmenssteuerreform II zu stimmen, denn:
Steuern auf die Gesamtheit des Einkommens zu zahlen – Dividenden eingeschlossen – ist eine Solidaritätspflicht, in der Schweiz wie in den Entwicklungsländern. Steuern dürfen nicht als Kosten verstanden werden, sondern als Investitionen, die die Qualität der öffentlichen Dienste und ihren breiten Zugang sichern und die Entwicklung der ärmsten Länder ermöglichen. Der Steuerwettlauf nach unten muss gestoppt werden, innerhalb der Schweiz wie auf internationaler Ebene.

http://www.schweiz.attac.org/-Steuerpolitik-allgemeine-

Knappes Resultat - Volk getäuscht

Bern/Genf, 24. Februar 2008

Annahmen mit Folgen

Die Unternehmenssteuerreform II (USR II) wurde also angenommen. Trotz des knappen Resultates haben es die bürgerlichen Seiten geschafft, das Volk zu täuschen.

Nicht nur werden nun in Zukunft Grossaktionäre und Kapitalgesellschaften, welche hohe Gewinn ausschütten (und nur die!), steuerlich entlastet. In Zukunft wird auch die von den Verfechtern versprochene Lohnerhöhung und Arbeitsplätzekreierung ausbleiben. Die 17 Kantone, welche die Teilbesteuerung von Dividenden schon eingeführt haben, weisen keine überdurchschnittliche Wachstumsrate auf.

Darüber hinaus bestätigt die Annahme der UST II den steuerpolitische Trend, welcher seit dreissig Jahren sich wie eine Dogmatik in den Gegenreformen der Politiker und den Wahlverhalten des Schweizer Volkes verfestigt hat: Hohe Vermögen, Kapitalien und Unternehmen werden steuerlich entlastet, die Kosten sollen Lohnarbeiter, tiefe Einkommen und Rentner übernehmen.

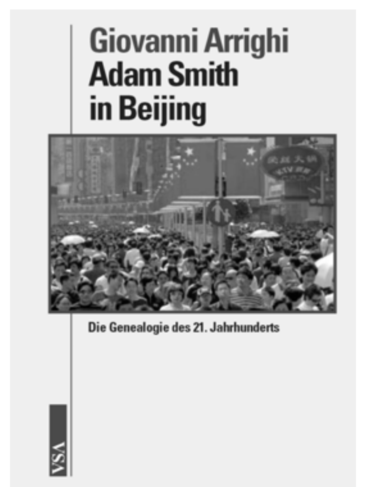
Unausgewogene Kampagne
Zu Beginn war schon klar, dass der Kampf gegen die USR II sehr schwierig sein würde. Nicht nur das unausgewogene Budget hat die Befürworter der (Gegen-)Reform gestärkt (200'000 Franken für das NEIN-Kommitee, zw. 6 und 10 Millionen Franken für das JA-Kommitee), auch die Gegenvorschläge der grössten Partei, welche sich gegen die USR II aussprach, konnten nicht überzeugen. So machte die Motion Fetz (nach der SP-Ständeratpolitikerin Anita Fetz aus Basel) haarsträubende Vorschläge: die Reformen, die den KMU's wirklich etwas bringen sollten, müssten in ihrem Gegenvorschlag drin bleiben (steuerliche Entlastung bei Erbschaft, tiefere Liquidationsgewinnsteuer etc.). Jedoch schloss diese Motion die Teilbesteuerung von Dividenden auf 80% mit ein! Ein solcher Vorschlag bettet sich in die bürgerliche Steuerpolitik ein und stellt keine Alternativen für ein gerechtes Steuersystem dar. Daran hat die Kampagne von Attac Schweiz angeknüpft. Es geht darum, die USR II in einen globaleren Kontext zu situieren und aufzuzeigen, dass der Steuerwettbewerb und die steuerliche Entlastung von Vermögen und Kapital in den letzten dreissig Jahren Lohneinkommen von ArbeiterInnen in Vermögenseinkommen von Reichen umgewandelt hat.

Die Steuerkampagne von Attac Schweiz hört nicht hier auf!
Der Kampf gegen die Politik der leeren Staatskassen wird für Attac Schweiz nach der verlorenen Abstimmung kein Ende nehmen. Im Gegenteil: Die Niederlage und die schon geplanten Steuergegenreformen wie die Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer auf 6.1% und die Absenkung der Gewinnsteuer für Unternehmen (SVP-Motion) stellen nur zwei der nächsten Sensibilisierungskampagnen dar, welche Attac annehmen wird. Dabei stützen wir uns auf unser Material (DVD, Buch und Brochüre zur Steuerproblematik) und werden weiterhin in verschiedenen Landesteilen mit öffentlichen Präsentationen und Debatten die Landschaft besetzen. Kernpunkt von unseren Aussagen werden die Kritik an den interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb, an der Position der Schweiz als Steueroase und an den juristischen Regelungen, welche die tiefe Besteuerung von Kapital und Vermögen favorisieren. Wir verlangen eine nachhaltige Steuerpolitik, welche hier auf die Stärkung des öffentlichen Diensts für kollektive Bedürfnisse und international auf die gerechte (Um-) Verteilung von pekunären Reichtümern zielt.

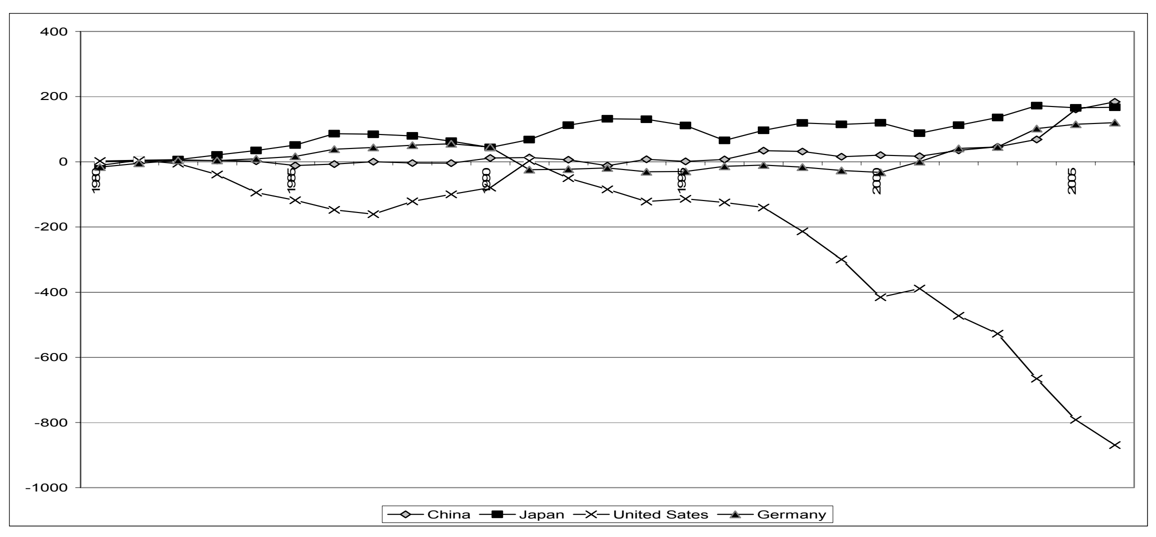
http://www.schweiz.attac.org/Knappes-Resultat-Volk-trotzdem

Giovanni Arrighi

Der Aufstand gegen den Westen
oder
Der merkwürdige Tod des Globalisierungsprojektes



In seinem neuen Buch ***„Adam Smith in Peking“*** *analysiert Giovanni Arrighi die epochalen Veränderungen in der Weltgesellschaft in den letzten Jahrzehnten. Er kommt zu dem Schluss, dass die Verschuldung der USA beim Rest der Welt und die militärischen Niederlagen in Vietnam und Irak den Abstieg als Hypermacht eingeleitet haben. Das Epizentrum der globalen politischen Ökonomie habe sich nach Asien verlagert und damit für die Länder des globalen Südens neue Spielräume eröffnet. Ein neues, diesmal ökonomisch unterfüttertes Bandung-Bündnis der abhängig gehaltenen Länder beginne, Gestalt anzunehmen.*
Wir veröffentlichen einen Vorabdruck aus seinem Buch.



Saldo der Leistungsbilanzen (1980-2005)
*Zahlen in Milliarden heutiger US-Dollar Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, September 2006

Die Vorstellung, dass wir die **finale Krise der US-Hegemonie** erleben, wird überzeugender, wenn wir uns den Auswirkungen des Irakkriegs auf die Zentralität der USA in der weltweiten politischen Ökonomie zuwenden... Die **Irak-Invasion** sollte der erste taktische Schritt einer längerfristigen Strategie mit dem Ziel (sein), militärische Macht einzusetzen, um die US-amerikanische Kontrolle über den globalen Ölhahn und damit über die globale Ökonomie **für mindestens weitere fünfzig Jahre** zu festigen.
Die unerwartet katastrophalen Folgen der Irak-Invasion werfen die Frage auf, was am Ergebnis des »**Globalisierungsprojekts**« der 1980er und 1990er Jahre **für die Macht der USA** so **bedrohlich** war, dass es die Neokonservativen in das riskante irakische Abenteuer trieb. Hatte nicht die durch die USA geförderte Liberalisierung des Welthandels und der Kapitalbewegungen zu einer großen Reflation der US-amerikanischen Macht geführt, nach den mannigfaltigen Krisen der 1970er Jahre? War nicht das Vertrauen auf den Urteilsspruch eines auf die USA zentrierten, durch die USA regulierten globalen Marktes, ergänzt durch einen umsichtigen Gebrauch der Kriegsführung niedriger Intensität, die beste Garantie für die Reproduktion der **Zentralität der USA** in der globalen politischen Ökonomie?
Trotz all ihrer Rhetorik des freien Markts war die Bush-Administration von dem Prozess der multilateralen Liberalisierung von Handel und Kapitalbewegungen, die den zentralen institutionellen Aspekt der sogenannten Globalisierung ausmachten, nie so begeistert wie die Clinton-Administration. Tatsächlich ist das Wort »Globalisierung« in den Reden von Präsident Bush selten, wenn überhaupt jemals, aufgetaucht. Einem leitenden Mitarbeiter des Präsidenten zufolge »bereitet ihm das Wort Unbehagen«. Im Dezember 2003, als die Bush-Administration unter Androhung von 2,3 Milliarden Dollar Vergeltungssanktionen von der WTO mit einem Bußgeld belegt wurde für ihre Zölle auf importierten Stahl von 2002, erklärte der Mitarbeiter, das Weiße Haus »*glaubt, was in den 90er Jahren falsch lief, war, dass wir vergessen haben, amerikanische Interessen an erste Stelle zu stellen. So klingt Globalisierung nach der*

Aufstellung vieler Regeln, die die Entscheidungen des Präsidenten beschränken können und den amerikanischen Einfluss schwächen.«
Der Versuch der **Bush**-Administration, sich von den **Beschränkungen der US-amerikanischen Macht durch die Globalisierung** zu befreien, ist im finanziellen Bereich am offensichtlichsten. Niall Ferguson, der die finanzielle Position der USA derjenigen von Großbritannien ein Jahrhundert zuvor gegenüberstellt, weist darauf hin, dass Hegemonie sich im Fall Großbritanniens auch aufs Geld bezog. Als Bankier der Welt musste sich Großbritannien in seiner imperialistischen Glanzzeit *»nie über eine Flucht aus dem Pfund Sorgen machen«,* die USA dagegen *»stürzen zwar ›Schurkenregime‹, zuerst in Afghanistan und jetzt im Irak, sind aber der größte Schuldner der Welt…So hat Präsident Bushs Vision einer durch militärische Gewalt dem US-amerikanischen Geschmack entsprechend umgestaltete Welt eine pikante Konsequenz: Der damit verbundene militärische Aufwand wird (unfreiwillig) von Europäern– einschließlich der viel geschmähten Franzosen – und Japanern finanziert. Gibt ihnen das nicht ein ganz klein wenig Einfluss auf die amerikanische Politik, nach dem Prinzip Wes Brot ich ess', des Lied ich sing? Balzac sagte einmal, ein Schuldner, der groß genug sei, habe Macht über seine Gläubiger; verhängnisvoll sei es, ein kleiner Schuldner zu sein. Anscheinend haben Mr. Bush und seine Leute sich diese Lektion zu Herzen genommen.«*

US-Dominanz ohne Geldhegemonie

Momentan sind die ostasiatischen Regierungen, die den massiven Ankauf von US-Staatsanleihen und den Aufbau von auf Dollar lautenden Devisenreserven betrieben haben, mit Abstand die wichtigsten Geldgeber des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits– allen voran die japanische, aber in immer erheblicherem Ausmaß auch die chinesische. Die Hauptbeweggründe dieser und anderer Regierungen, die das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanziert haben, sind **nicht rein wirtschaftliche, sondern politische**. Ferguson selbst zitiert die Erklärung des damaligen IWF-Chefökonomen Kenneth S. Rogoff, er wäre *»ziemlich besorgt … [über] ein Entwicklungsland, das soweit das Auge reicht ein ums andere Jahr klaffende Leistungsbilanzdefizite von 5 Prozent [des BIP] oder mehr aufwiese, und dessen Haushaltsplan rapide von den schwarzen in die roten Zahlen absinken würde«*. Natürlich sind die USA, wie Rogoff sich beeilte hinzuzufügen, kein »Entwicklungsland«; aber – wie weder Rogoff noch Ferguson erwähnten – die USA sind auch kein gewöhnliches »entwickeltes« Land. Die USA erwarten und erhalten von anderen Regierungen und internationalen Institutionen – allen voran dem IWF – eine **Vorzugsbehandlung** bei der Abwicklung ihrer Finanzen, auf die kein anderer Staat, egal wie »entwickelt«, hoffen könnte. Das liegt…an der unvergleichlichen Bedeutung und Zentralität der USA innerhalb der Weltwirtschaft; und an der (jedenfalls vor der aktuellen Irakkrise) allgemeinen Auffassung, dass die US-amerikanische Militärmacht für die weltweite politische Stabilität wesentlich ist. In dieser Hinsicht sind Macht und Zentralität in der globalen politischen Ökonomie für die USA viel wichtiger als sie für Großbritannien je waren, denn Großbritannien konnte auf etwas zählen, das die USA nicht haben: ein Territorialreich in Indien, aus dem es fast nach Belieben finanzielle und militärische Ressourcen gewinnen konnte.
Daher können wir das US-amerikanische Befinden der Dominanz ohne Geldhegemonie wie folgt zusammenfassen. Wie im Fall Großbritanniens auf einer vergleichbaren Stufe des relativen Niedergangs, spiegelt das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit eine **Verschlechterung der Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Geschäftswelt** im In- und Ausland wider. Und wie im Fall Großbritanniens, wenn auch weniger erfolgreich, hat das US-amerikanische Kapital diese Verschlechterung durch die **Spezialisierung auf globale Finanzvermittlung** teilweise wettgemacht. Die USA sind dagegen viel früher und viel massiver zu einer Schuldnernation geworden, nicht nur aufgrund ihrer Konsum-Orientierung, sondern auch weil sie kein Indien hatten, aus dem sie kostenlos alle Truppen beziehen konnten, um eine so endlose Reihe von Kriegen im globalen Süden zu führen, wie Großbritannien während seiner eigenen Hegemonie. Washington musste nicht nur für diese Truppen und ihre stark kapitalintensiven Waffen bezahlen; darüber hinaus musste es, statt aus einem Überseeimperium Tribute zu ziehen, aggressiv auf den Finanzmärkten der Welt **um das Kapital konkurrieren**, das es zum Ausgleich des explosiven Wachstums seines Leistungsbilanzdefizits brauchte. Obwohl die USA darin während der 1980er und 1990er Jahre sehr erfolgreich waren, erhielten sie das Kapital, das sie anzogen – anders als Großbritannien indische Beiträge zu seiner Zahlungsbilanz – **nicht umsonst**. Im Gegenteil, es erzeugte einen sich selbst erweiternden Strom von Einkommen ins Ausland, der den Ausgleich des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zunehmend schwierig machte.
Daraus folgt, dass die US-amerikanische *Belle Époque* auf einem positiven Kreislauf basierte, der jederzeit zum Teufelskreis werden konnte. Dieser positive Kreislauf und potenzielle Teufelskreis beruhte auf der Synergie von **zwei Bedingungen**: der Fähigkeit der USA, darzustellen, dass sie weltweit die Funktion eines Markts der letzten Instanz und einer unverzichtbaren politisch-militärischen Macht erfüllten, und der Fähigkeit und Bereitschaft der übrigen Welt, die USA mit dem nötigen Kapital zur weiteren Erfüllung dieser beiden Funktionen in immer größerem Maßstab zu versorgen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, die spektakulären »Siege« im ersten Golf- und im Jugoslawienkrieg und die Entstehung der *New Economy*-Spekulationsblase gaben der Synergie zwischen Wohlstand und Macht der USA auf der einen Seite und dem Zustrom von Kapital auf der anderen einen gewaltigen Impuls. Aber durch die Veränderung einer dieser Bedingungen könnte die Synergie sich umkehren und den positiven Kreislauf **in einen Teufelskreis verwandeln**.

Wer finanziert den Krieg?

Da er kurz nach dem Platzen der *New Economy*-Blase Präsident geworden war, hatte Bush viele Gründe zum Missbehagen in Bezug auf die Politik der Clinton-Ära. Während des Anwachsens der Blase war der größte Teil des in die USA strömenden ausländischen Kapitals privates Kapital auf der Suche nach Profiten gewesen, und die privaten Investoren selbst bestanden aus einer formlosen Masse, die wenig oder keinen Einfluss auf die US-amerikanische Politik erwarb. Wie bereits bemerkt, wurde der Zustrom von Kapital in die USA nach dem Platzen der Blase jedoch politischer, und die Regierungen, die das eskalierende Leistungsbilanzdefizit der USA finanzierten, erwarben notwendigerweise beträchtlichen Einfluss auf die US-amerikanische Politik. Dieser größere Einfluss stellte für Washington kein unmittelbares Problem dar, denn die meisten der ostasiatischen Gläubigerstaaten, allen voran Japan, empfanden ihre Sicherheit und ihren Wohlstand als stark von den USA abhängig. Wie wir noch sehen werden, veränderte sich diese Situation radikal mit dem Hervortreten **Chinas** als **alternativer Zielort ostasiatischer Exporte und Investitionen und als wichtiger Gläubiger der USA.**
Die Entscheidung der Bush-Regierung, auf den 11. September mit einem lang-

wierigen Krieg an mehreren Fronten zu reagieren, verlieh der Notwendigkeit, eine andere Politik einzuschlagen als in den 1990er Jahren, eine neue Dringlichkeit, denn **wie konnte man einen solchen Krieg finanzieren, wenn das Land schon zu seinem Beginn hoch verschuldet war**? …
Da die Steuern nicht erhöht werden konnten, die weitere Kreditaufnahme im Ausland Grenzen hatte und der Krieg sich nicht selbst finanzierte, wurde die Ausnutzung des US-amerikanischen **Privilegs der Geldschöpfung zur Hauptfinanzquelle für Bushs Kriege**. Wie ein Kommentator kurz nach der Irak-Invasion schrieb, ein Zyniker könnte die Weise, in der andere Länder die USA als **Gegenleistung für überteuerte Papierschnipsel** mit Gütern, Dienstleistungen und Vermögenswerten versorgten, als »brilliante US-amerikanische Verschwörung« ansehen.
»In den 1980er und 1990er Jahren, überzeugten [US-amerikanische] Parteiideologen eine Heerschar von Ökonomien, ihre Finanzmärkte zu liberalisieren. Solche Liberalisierungen endeten gewöhnlich in finanziellen Krisen, Währungskrisen oder einer Kombination von beidem. Diese Katastrophen verringerten die Inlandsinvestitionen in den gepeinigten Ländern, schürten die Angst vor einem Leistungsbilanzdefizit und weckten den starken Wunsch zur Anhäufung von Devisenreserven. Der sicherste Weg hierzu war, Überschüsse in dem Land mit der größten Ökonomie und den liquidesten Kapitalmärkten der Welt zu investieren. Wenn leichtgläubige Ausländer nicht mehr überzeugt werden können, die USA zu finanzieren, wird der Dollar an Wert verlieren. Da die US-amerikanischen Verbindlichkeiten in Dollar notiert sind, nehmen die Netto-Verbindlichkeiten der USA gegenüber dem Rest der Welt mit zunehmendem Wertverlust immer weiter ab. Auf diese Weise wird die letzte Stufe der ›Verschwörung‹ das teilweise Zahlungsversäumnis aufgrund der Wertminderung des Dollars sein.«(P.Krugman)

Ende 2004 veranschlagte *The Economist* den Niedergang des Dollars während der vorangegangenen drei Jahre auf 35 Prozent gegenüber dem Euro und 24 Prozent gegenüber dem Yen und schätzte den Bestand von Dollarvermögen in der Hand von Ausländern auf fast 11 Billionen Dollar. *»Wenn der Dollar um weitere 30 Prozent fällt, wie teilweise vorausgesagt wird, läuft dies auf das größte Zahlungsversäumnis der Geschichte hinaus: kein herkömmliches Zahlungsversäumnis beim Schuldendienst, sondern Zahlungsversäumnis durch List, durch die Zusammenstreichung des Werts der von Ausländern gehaltenen Dollarvermögen um Billionen.«* Wie sich herausgestellt hat, lässt dieses **»größte Zahlungsversäumnis in der Geschichte«** noch auf sich warten. Aber ob es kommen wird oder nicht, die US-amerikanische Ausnutzung des Geldschöpfungsprivilegs, um sowohl Gewehre als auch Butter weit über ihre Mittel hinaus zu konsumieren, kann eine grundlegende strukturelle Anpassung der USA, die nötig ist, um ihre erheblich verminderte Wettbewerbsfähigkeit in der Weltwirtschaft widerzuspiegeln, hinauszögern aber nicht unendlich lang vermeiden.

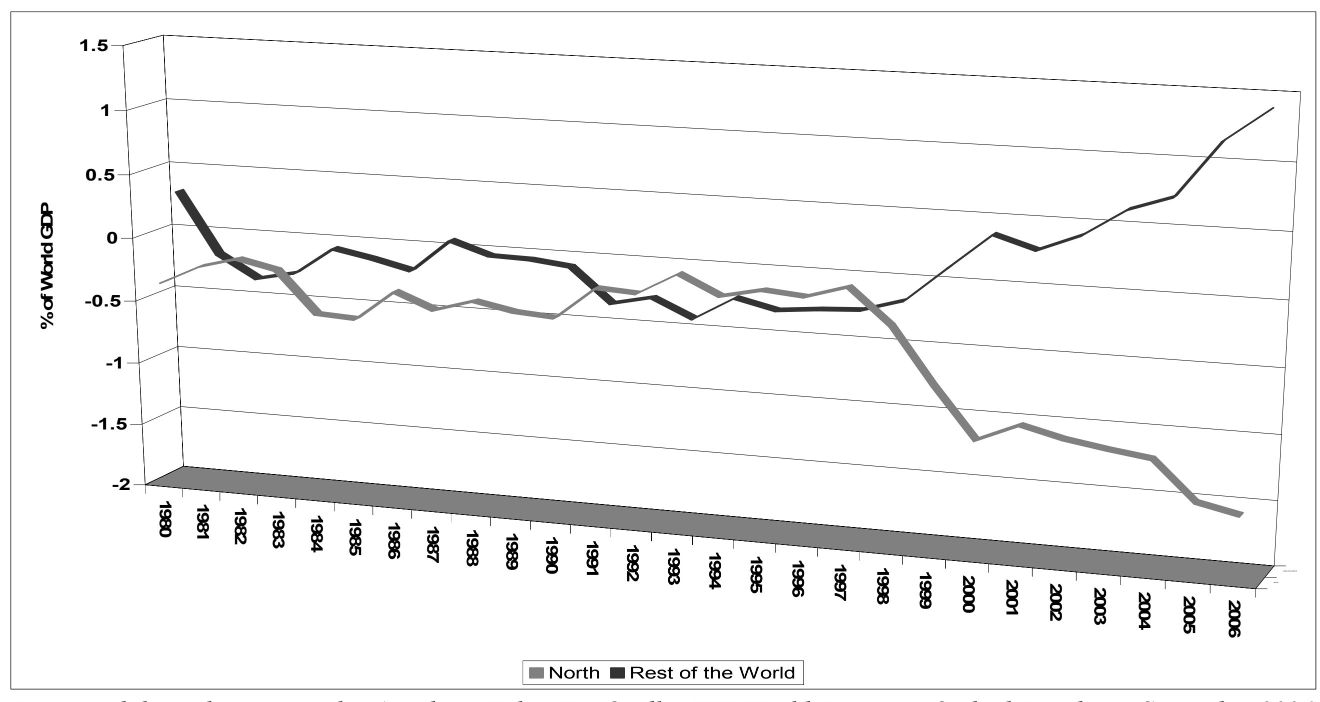
Seit der Invasion im Irak hat eine wachsende Zahl von US-amerikanischen Beobachtern diesen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur in niedrigtechnisierten, arbeitsintensiven Bereichen, sondern auch in den hochtechnisierten, wissensintensiven Bereichen, die das Rückgrat des relativen Vorteils der USA ausmachen, beklagt. US-amerikanische multinationale Konzerne erlebten das Wachstum ihrer Einnahmen und Profite; aber das Wachstum trat hauptsächlich im Ausland auf, und diese Firmen konnten ihre Anteile am Weltmarkt nur durch Reinvestitionen ihrer Profite im Ausland halten. Die Aufwertung der Währungen anderer Länder (vor allem Chinas) – die weithin für das Heilmittel gegen den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gehalten wird – könnte helfen, aber die Erfahrung der Vergangenheit ist nicht ermutigend.
»Es existiert eine Fülle von Belegen dafür, dass die US-amerikanische Besessenheit von Währungen deplaziert ist. Seit 1976 hat sich der Yen gegenüber dem Dollar im Wert etwa verdreifacht. Aber es kam zu keiner signifikanten Verbesserung der US-amerikanischen bilateralen Position gegenüber Japan – das beständige Schreckgespenst der US-amerikanischen Hersteller.«

Die Anpassung der USA an die neuen Realitäten der Weltwirtschaft wird eine Kombination aus weiterer Abwertung des US-Dollars, Aufwertung der Währungen der Länder mit den höchsten Leistungsbilanzüberschüssen und einer Umleitung dieser Überschüsse von der Finanzierung des US-amerikanischen Defizits zur Schaffung von Nachfrage anderswo, insbesondere in Ostasien, mit sich bringen. Diese letztendliche Anpassung kann »brutal« sein, durch eine Schlappe des Dollars, oder »problemlos«. Auf jeden Fall wird die Anpassung unvermeidlich eine **weitere Verringerung der US-amerikanischen Verfügungsgewalt über die weltweiten wirtschaftlichen Ressourcen**, eine Verminderung des Gewichts und der Zentralität des US-Markts in der Weltwirtschaft und eine geringere Rolle des Dollars als internationales Zahlungsmittel und Leitwährung nach sich ziehen.

Aufstieg Chinas:
Vorbote der größeren Gleichheit der Völker?

Wir sind von der zentralen Frage ausgegangen, ob und unter welchen Umständen der chinesische Aufstieg, mit all seinen Schwächen und voraussichtlichen künftigen Rückschlägen, als Vorbote der größeren Gleichheit und des gegenseitigen Respekts unter den Völkern europäischer und nichteuropäischer Herkunft angesehen werden kann, die von Smith vor 230 Jahren vorhergesehen und befürwortet wurden. Die in diesem Buch entwickelte Analyse deutet auf eine **positive Antwort** hin, aber mit einigen wichtigen Einschränkungen.
Das Hervortreten Chinas als wahrer Gewinner des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror hat zu einer Umkehrung des Einflusses der beiden Länder in Ostasien und allgemein in der Welt geführt. Ein Ausdruck dieser Umkehrung war der von Joshua Cooper Ramo so genannte **Beijing-Konsens** – die von China angeführte Entstehung eines *»Wegs für andere Nationen überall auf der Welt«*, nicht nur sich zu entwickeln, sondern auch *»sich in die internationale Ordnung in einer Weise einzugliedern, die ihnen wahre Unabhängigkeit erlaubt, um ihre Lebensweise und ihre politischen Entscheidungen zu schützen«*. Ramo weist auf zwei Merkmale des neuen Konsens hin, die besonders **für die Nationen des globalen Südens attraktiv** sind. Das eine ist »**örtliche Anpassung**« – die Anerkennung der Bedeutung von auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittener Entwicklung, die notwendig von einem Standort zum anderen voneinander abweichen – in scharfem Gegensatz zu den Verordnungen »in Einheitsgröße« des zunehmend in Misskredit geratenden Washington-Konsens; und das andere ist »**Multilateralismus**« – die Anerkennung der Bedeutung von zwischenstaatlicher Kooperation für den Aufbau einer neuen globalen Ordnung, die auf gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit beruht, aber politische und kulturelle Unterschiede respektiert – in scharfem Gegensatz zum Unilateralismus der US-Politik. Wie Arif Dirlik hervorgehoben hat, können diese Merkmale des Beijing-Konsens die Welt in radikal unterschiedliche Richtungen führen. Sie können zur Entstehung

eines **neuen Bandung** führen – d. h. einer neuen Version des Dritte-Welt-Bündnisses der 1950er und 1960er Jahre –, das, wie das alte, aber angepasst an ein Zeitalter der beispiellosen wirtschaftlicher Integration, einer wirtschaftlichen und politischen Unterordnung entgegenwirken soll. Oder sie können in Richtung einer Kooptation südlicher Staaten in Nord-Süd-Bündnisse führen, die auf die Eindämmung der von China angeführten Zersetzung der globalen Hierarchie des Wohlstands abzielen.
Wir dürfen weder die Versuchung für China unterschätzen, sich für eine Kooptation in eine US-amerikanisch oder nördlich dominierte Weltordnung zu entscheiden, noch die für andere südliche Länder, bei ihren Eifersüchteleien untereinander die Unterstützung der USA zu suchen oder zu akzeptieren. Aber ebenso wenig dürfen wir die Macht der Vereinigten Staaten überschätzen, diese Strategien, selbst in geheimer Absprache mit Europa, mit Erfolg anzuwenden. Nicht nur hat das irakische Debakel die Grenzen für die Durchsetzbarkeit des Willens des Nordens gegen den Widerstand des Südens durch Zwangsmittel bekräftigt. In einer kapitalistischen Welt ist noch wichtiger, dass die **finanzielle Untermauerung** der US-amerikanischen und nördlichen Dominanz auf zunehmend **unsicherem** Boden steht.



Leistungsbilanz als prozentualer Anteil am Welt-BIP - Quelle: IWF World Economic Outlook Database; September 2006

Asiatische Finanzkrise als Wendepunkt

Ein entscheidender Wendepunkt in dieser Hinsicht war die asiatische Finanzkrise von 1997/98. Wade und Veneroso behaupteten, diese Krise habe die Richtigkeit des Andrew Mellon zugeschriebenen Ausspruchs bestätigt, dass »Vermögenswerte in einer Depression zu ihren rechtmäßigen Besitzern zurückkehren«.
»Die Kombination aus massiven Abwertungen, vom IWF angeschobener finanzieller Liberalisierung und durch den IWF ermöglichte Erholung hat vielleicht die größte Übereignung von Vermögenswerten in Friedenszeiten von inländischen auf ausländische Besitzer in den letzten fünfzig Jahren irgendwo auf der Welt herbeigeführt und damit die Übereignungen von inländischen auf US-amerikanische Besitzer in Lateinamerika in den 1980er Jahren und in Mexiko nach 1994 in den Schatten gestellt.« (Wade und Veneroso, 1998).

Die Diagnose war zwar korrekt in der Identifizierung der unmittelbaren Auswirkungen der Krise, ging aber an deren längerfristigen Auswirkungen auf Nord-Süd-Beziehungen und auf die Fähigkeit des IWF, die weitere Übereignung von südlichen
Vermögenswerten auf nördliche Besitzer zu ermöglichen, völlig vorbei. Wie Abbildung oben zeigt, markiert die Krise von 1997/98 den Beginn einer gewaltigen **Gabelung zwischen dem Defizit des Nordens und den Überschüssen der übrigen Welt** in der Leistungsbilanz ihrer jeweiligen Zahlungsbilanz. Die Gabelung spiegelt die Tatsache wider, dass es immer weniger Güter und Dienstleistungen gibt, die der Norden, insbesondere die USA, billiger produzieren kann als der Rest der Welt. Ein großer Teil des Überschusses der restlichen Welt fließt immer noch in das US-amerikanische finanzielle Zwischenlager, sowohl, um das eskalierende US-amerikanische Defizit zu finanzieren als auch um überall in der Welt, einschließlich dem globalen Süden, reinvestiert zu werden. Aber ein signifikanter und wachsender Anteil umgeht das US-amerikanische Zwischenlager, sowohl um Währungsreserven aufzubauen als auch um direkt anderen südlichen Bestimmungsorten zuzufließen, was den Einfluss des IWFs und anderer durch den Norden kontrollierter Finanzinstitutionen auf südliche Länder abschwächt.
Gut bei Kasse und darauf erpicht, die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik wiederzuerlangen, haben Länder des Südens **ihre Schulden zurückgekauft** und damit das Anleihenportfolio des IWF auf den niedrigsten Stand seit den 1980ern gebracht. Ein schrumpfendes Anleihenportfolio, bemerkt *The Wall Street Journal*, *»verringert den Einfluss des IWF auf die globale Wirtschaftspolitik stark«, zwingt ihn, vom »Anlegen der Daumenschrauben« zu »Überzeugung« überzuwechseln und dezimiert sein Zinseinkommen und seine Bargeldreserven. »In einer Ironie des Schicksals, die viele Finanzminister [des Südens] kichern ließ, muss die Institution, die lange ein Engerschnallen des Gürtels gepredigt hat, dies nun selbst praktizieren.«*
Trotz seines massiven Erwerbs von US-Staatsanleihen hat China sowohl durch die Rückführung des Süd-Überschusses

in Richtung Süden als auch dadurch, dass es angrenzenden wie ferneren südlichen Ländern attraktive Alternativen zu Handel, Investitionen und Hilfe aus Ländern und von Finanzinstitutionen des Nordens bietet, eine führende Rolle gespielt. *»Hier kommt ein sehr großer neuer Spieler des Wohnblocks, mit dem Potenzial, die Landschaft der Entwicklungshilfe aus Übersee zu verändern«,* bemerkte der für die Philippinen zuständige Direktor bei der Asian Development Bank (ADB), kurz nachdem China ein außergewöhnliches Darlehenspaket von 2 Milliarden Dollar jährlich über drei Jahre für die Philippinen angekündigt hatte, das das 200-Millionen-Dollar-Angebot der Weltbank und der ADB mickerig wirken ließ, ein Darlehen von 1 Milliarde Dollar, über das mit Japan verhandelt wurde, bei weitem übertraf und die Philippinen vor Washingtons Ungnade schützte, nachdem Präsident Arroyo die Truppen seines Landes aus dem Irak abgezogen hatte. Dies war nur einer von einer großen und wachsenden Anzahl ähnlicher Deals, mit denen China Institutionen des Nordens aus dem Wettbewerb wirft, indem es Ländern des Südens im Austausch gegen Zugang zu ihren natürlichen Ressourcen großzügigere Bedingungen, größere Darlehen mit weniger politischen Bindungen und ohne hohe Beratungsgebühren sowie große und komplizierte Infrastrukturprojekte in entlegenen Gegenden zum halben Preis der Konkurrenten aus dem Norden anbietet.
In Ergänzung der chinesischen Initiativen haben auch ölreiche Länder ihre Überschüsse an den Süden umgeleitet. Von großer politischer und symbolischer Bedeutung war Venezuelas Verwendung seiner unverhofften Einnahmen aus hohen Ölpreisen zur Befreiung lateinamerikanischer Länder aus ihrer Unterordnung unter die Interessen des Nordens.
»Als Argentinien Darlehen brauchte, um sich vom Internationalen Währungsfonds verabschieden zu können, erhielt es von Venezuela 2,4 Milliarden Dollar. Venezuela kaufte ecuadorianische Staatsanleihen für 300 Millionen Dollar. Washington hatte historisch durch seine Kontrolle der Hauptkreditquellen, einschließlich des IWFs, der Weltbank und der Inter-American Development Bank, enormen Einfluss auf die lateinamerikanische Wirtschaftspolitik. Venezuelas Rolle als neuer ›Kreditgeber des letzten Auswegs‹ hat diesen Einfluss verringert.«(M. Weisbrot, »The Failure of Hugo-bashing.« *The Los Angeles Times*, 9. März, 2006)

Ähnlich wichtig und potenziell ruinöser für die finanzielle Vorherrschaft des Nordens ist das Interesse, das Saudi-Arabien und andere westasiatische Länder in letzter Zeit daran gezeigt haben, zumindest einen Teil ihrer Überschüsse von den USA und Europa nach Ost- und Südostasien umzulenken. Westlichen Bankfachleuten zufolge *»erleben wir definitiv einen sprunghaften Anstieg des Deal Flows zwischen dem Mittleren Osten und Asien, insbesondere Südostasien und China«.* Obwohl westasiatische Investoren bis auf weiteres kein Geld aus den Vereinigten Staaten abziehen, *»fließt eine Menge neuen Geldes aus höheren Ölpreisen nicht nach Nordamerika«.* Die Gründe hierfür sind teilweise politisch: die Unpopularität des Kriegs im Irak und Vorkommnisse wie die Gegenreaktion in den USA, die Dubais Hafenbetreibergesellschaft zwang, US-amerikanischen Aktienbesitz abzustoßen, nachdem sie den britischen Hafenbetreiber P & O gekauft hatte. Aber der zwingendste Grund ist ein rein wirtschaftlicher: China und alle schnell wachsenden asiatischen Ökonomien wollen westasiatisches Öl, und westasiatisches durch dieses Öl erzeugtes Kapital und Liquidität suchen nach Investitionen mit höheren Renditen als die der US-Staatsanleihen.
Als Indiens Premierminister Manmohan Singh auf der Jahreshauptversammlung der ADB im Mai 2006 asiatische Nationen dazu anhielt, asiatische Überschüsse in asiatische Entwicklungsprojekte umzulenken, bezeichnete ein US-amerikanischer Beobachter die Rede als »umwerfend« und *»Vorbote des Endes des Dollars und der US-amerikanischen Hegemonie«.* Mein Argument in Kapitel 7 weist in eine etwas andere Richtung: Die US-Hegemonie im Gegensatz zu reiner Dominanz hat aller Wahrscheinlichkeit nach bereits geendet, aber ebenso wie das Pfund Sterling nach dem Ende der britischen Hegemonie noch dreißig bis vierzig Jahre lang weiterhin als internationale Währung verwendet wurde, könnte auch der Dollar so weiterverwendet werden. Die wirklich wichtige Frage ist hier jedoch nicht, ob asiatische und andere südliche Länder weiterhin US-Dollars als Tauschmittel verwenden werden – was sie, in einem unbekannten Ausmaß, wahrscheinlich noch lange tun werden. Entscheidend ist vielmehr, ob sie ihre Zahlungsbilanzüberschüsse weiterhin Institutionen unter US-amerikanischer Kontrolle zur Verfügung stellen und so ihre Umwandlung in Instrumente der nördlichen Dominanz zulassen werden, oder ob sie sie als **Instrumente der Emanzipation des Südens** verwenden werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet hat Singhs Stellungnahme nichts »umwerfendes«, sondern leistet bloß einer bereits gängigen Praktik Beistand. Wahrhaft umwerfend ist das mangelnde Bewusstsein – im Süden nicht weniger als im Norden – von dem Ausmaß, in dem die monetaristische Konterrevolution der frühen 1980er Jahre fehlgeschlagen ist, was **günstigere Bedingungen als je zuvor für die Errichtung der Gemeinschaft der Zivilisationen**, die Smith sich vor langer Zeit ausmalte, durch ein neues Bandung geschaffen hat.

Ein neues Bandung

Denn im Gegensatz zum alten kann ein neues Bandung den globalen Markt mobilisieren und als Instrument zur Angleichung der Süd-Nord Machtbeziehungen einsetzen. Die Grundlagen des **alten** Bandung war ausschließlich **politisch-ideologisch** und daher leicht durch die monetaristische Konterrevolution zu zerstören. Die Grundlage des jetzt vielleicht entstehenden neuen Bandung ist dagegen vorrangig wirtschaftlich und daher viel **solider**. Wie der ehemalige indische Außenminister Yashwant Sinha es in einer Rede von 2003 formulierte:
»In der Vergangenheit basierte Indiens Bindung an einen großen Teil Asiens, einschließlich Südost- und Ostasien, auf einer idealistischen Vorstellung von asiatischer Brüderschaft, die auf gemeinsamen Erfahrungen des Kolonialismus und kulturellen Banden aufbaute … Heute dagegen bestimmen Handel, Investitionen und Produktion den Rhythmus der Region ebenso sehr wie Geschichte und Kultur.«
Unter diesen Umständen kann der Widerstand des Nordens gegen die **Zersetzung der globalen Hierarchie von Wohlstand und Macht** nur mit weit ausgedehnter Kollaboration des Südens gelingen. In dieser Hinsicht ist entscheidend, was China und Indien – die allein mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen – beschließen werden. In einem Kommentar der *International Herald Tribune* zur Meldung riesiger Investitionen Chinas und Indiens in die Ökonomie des jeweils anderen fragte Howard French treffend: *»Wenn man dem Begriff der schöpferischen Zerstörung etwas abgewinnen kann, was könnte sich störender auf den globalen Status quo auswirken?«*
»Da sie zusammen mehr als 2,3 Milliarden Menschen sind, macht eine Übereinkunft zwischen Indien und China über fast irgendeinen Standard den betreffenden Gegenstand unmittelbar zum Kandidaten für den Status des globalen Standards. Was bedeutet das in praktischer Hinsicht? Dass der Nachfolger eines allgegenwärtigen Produkts wie Microsoft

Office durchaus chinesisch sein könnte … Es könnte bedeuten, dass die Mobiltelefonstandards der Zukunft gemeinsam in Asien und nicht in Europa oder den Vereinigten Staaten entschieden werden. … Was es eindeutig schon heute bedeutet, ist, dass der Tag, an dem ein lauschiger Club der Reichen – die USA, die stärksten Ökonomien Westeuropas und Japan – für den Rest der Welt das Tempo bestimmt, Instruktionen ausgibt und Noten verteilt, sich schnell dem Ende zuneigt.«

Das bedeutet es tatsächlich, unter der Bedingung, dass die herrschenden Gruppen des globalen Südens im Allgemeinen und Chinas und Indiens im Besonderen, einen **Weg der Emanzipation, nicht nur ihrer Nationen, sondern der ganzen Welt von den sozialen und ökologischen Verwüstungen der westlichen kapitalistischen Entwicklung erschließen.** Eine Neuerung von solch **welthistorischer Signifikanz** erfordert einiges Bewusstsein von der Unmöglichkeit, der Mehrheit der Weltbevölkerung die Vorteile der Modernisierung zu bringen, außer wenn – um Sugihara zu paraphrasieren – der westliche Entwicklungsweg sich dem ostasiatischen annähert und nicht umgekehrt. Das ist keine neue Entdeckung. Vor fast achtzig Jahren, im Dezember 1928, schrieb Mohandas Gandhi:
»Gott behüte uns davor, dass Indien sich je nach westlichem Vorbild industrialisiert. Der ökonomische Imperialismus eines einzigen kleinen Insel-Königreichs [England] hält heute die ganze Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation von dreihundert Millionen [Indiens damalige Bevölkerung] den gleichen Weg einschlagen sollte, würde sie die Welt wie Heuschrecken kahl fressen.«

Westliche Industrialisierung als Sackgasse

Gandhi wusste schon damals, was viele Führungspersönlichkeiten der Emanzipation des Südens noch lernen müssen oder vergessen haben: **Der westliche Erfolg auf dem extravertierten Weg der Industriellen Revolution beruhte auf dem Ausschluss der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung vom Zugang zu den natürlichen und menschlichen Ressourcen**, die nötig sind, um von der globalen Industrialisierung zu profitieren statt deren Kosten zu tragen. Für diese Mehrheit war er schlicht nie eine Option. Elvins Überlegungen zu den Entwicklungsvor- und -nachteilen von Chinas riesigem nationalem Markt im achtzehnten Jahrhundert demonstrieren die Absurdität der unter Historikern und Sozialwissenschaftlern quer durchs ideologische Spektrum immer noch vorherrschenden entgegengesetzten Ansicht. Die gewaltige Größe von Chinas Markt bot in kleineren Märkten nicht gegebene Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, aber sie schloss auch in einer kleineren Ökonomie realisierbare Innovationen aus. Zwischen 1741 und den frühen 1770er Jahren verdreifachte beispielsweise die Einführung von Spinnmaschinen Großbritanniens Verbrauch an Rohbaumwolle.
»Diese Verdreifachung in einer ähnlichen Zeitspanne von gut dreißig Jahren für China zu erreichen hätte die Baumwollproduktions-Ressourcen der gesamten Welt des achtzehnten Jahrhunderts überstiegen. Zwischen 1785 und 1833 importierte schon allein die Provinz Kwang-tung jedes Jahr durchschnittlich sechs Mal so viel Baumwolle aus Indien, wie ganz Großbritannien jährlich zur Zeit von Arkwrights erstem Wasserrahmen[1] verwendete. Genauso hätte eine in Geschwindigkeit und Größe relativ zum Binnenmarkt mit der im Großbritannien des achtzehnten Jahrhunderts vergleichbare Expansion chinesischer Baumwolltuch-Exporte die Kapazitäten der zur Verfügung stehenden Kaufkraft der Welt zu dieser Zeit überschritten.«

Mit anderen Worten, der wirtschaftliche Erfolg von Großbritanniens Industrieller Revolution hing von der sowohl relativ als auch absolut geringen Größe der britischen Wirtschaft ab. Eine geringe absolute Größe bedeutete, dass eine gegebene Steigerung des Imports von Rohbaumwolle und des Exports von Baumwollerzeugnissen eine viel höhere Wachstumsrate der Wirtschaft bewirkte als dies in einer Wirtschaft von der Größe der chinesischen der Fall gewesen wäre. Und eine geringe Größe relativ zur globalen Wirtschaft bedeutete, der Rest der Welt konnte die notwendigen natürlichen Rohstoffe liefern und genügend Produkte kaufen, um die hohe Wachstumsrate in einem Maße aufrechtzuerhalten, das für China unvorstellbar war. Wären die Herrscher von Qing-China wahnsinnig genug gewesen, in die Fußstapfen von Großbritanniens extravertiertem Weg der Industriellen Revolution zu treten, wären sie durch eskalierende Importpreise, zusammenbrechende Exportpreise und unerträgliche soziale Spannungen im Land wieder zur Vernunft gekommen, lange bevor sie die Möglichkeit gehabt hätten, »die Welt wie Heuschrecken kahl zu fressen«.
Zweihundert Jahre später stehen China und Indien nachdrücklich vor demselben Problem. Die Verdrängung des kleinen Inselreichs Großbritannien durch die kontinentalen USA als Anführer auf dem Weg der Industriellen Revolution hat eine weitere massive Zunahme nicht nur der Intensität der Produktion natürlicher Ressourcen zur Folge gehabt, sondern auch ihres Verbrauchs. Diese massive Zunahme war möglich, weil die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung von den durch die Vereinigten Staaten eingeführten Produktions- und Konsumstandards ausgeschlossen war. Aber sobald eine kleine Minderheit der chinesischen Bevölkerung (und eine noch kleinere der indischen Bevölkerung) einen partiellen Zugang zu diesen Standards errang, wurde die Stichhaltigkeit von Gandhis Behauptung für alle außer den begriffsstutzigsten Verteidigern der US-amerikanischen Lebensweise offensichtlich. *»Wie sich gezeigt hat, kann sich die Welt nicht leisten, dass sich zwei Länder [mit einer großen Bevölkerung] wie die Vereinigten Staaten verhalten. Dazu fehlt ihr die Atmosphäre … und vielleicht auch die Ressourcen.«* Bill McKibben bezeichnet dies als »Tragödie«, denn
»China vollbringt mit seinem Wachstum tatsächlich messbar Gutes. Die Menschen genießen ein wenig Fleisch, schicken ihre [Kinder] zur Schule, heizen ihre Hütten. Wir dagegen verbrauchen pro Kopf neun Mal so viel Energie, um Hobbyräume zu klimatisieren, 2.000 m² große Rasenflächen zu mähen, jede Besorgung mit dem Geländewagen zu erledigen, aus Chile eingeflogene Tomaten zu essen … Weshalb es einem in China intuitiv das offensichtliche Ziel des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu sein scheint, gleichzeitig die Ökonomien der ärmsten Teile der Welt zu entwickeln und die der reichsten zurückzuentwickeln … sprich, dass wir weniger Energie verbrauchen, damit sie mehr verbrauchen können, und weniger Fleisch essen, damit sie mehr essen können … Aber man stelle sich die politischen Möglichkeiten in Amerika vor … einzugestehen, dass keine zwei sich so verhalten können wie wir und dass wir, nur weil wir zuerst an diesen Punkt gelangten, nicht das Recht auf unseren Lebensstil besitzen. Der Vater des momentanen Präsidenten [George Bush Senior] verkündete auf seinem Weg zum Gipfel in Rio, der zum Vertrag von Kyoto führte, ›die amerikanische Lebensweise steht nicht zur Diskussion‹. So definiert sich eine Tragödie.«

[1] Die erste in größerem Umfang industriell eingesetzte Spinnmaschine (Anm. d. Ü.).

Inzwischen hat der neueste Akt der Tragödie, der im Irak spielte, gezeigt, dass die Vereinigten Staaten nicht die Macht haben, unter Gewaltandrohung ihr Recht auf eine extravagante Lebensweise in der Welt durchzusetzen, und daher einen steigenden Preis für den Erhalt dieses Rechts zahlen müssen. Aber Tatsache ist und bleibt, dass nicht einmal ein Viertel der Bevölkerungen Chinas und Indiens nach Art der US-Amerikaner produzieren und konsumieren können, ohne sich selbst und alle anderen zu ersticken.
Auch in dieser Hinsicht hat die neue Führung der VRC ein größeres Bewusstsein von den Umweltproblemen energieintensiven Wirtschaftswachstums gezeigt als ihre Vorgänger. »Modellstädte« mit spezieller Konzentration auf den Umweltschutz wurden gegründet, Wälder werden neu angepflanzt, der Fünfjahresplan für 2006–10 hat das ehrgeizige Ziel einer Verringerung der Energieintensität der Wirtschaft von 20 Prozent vorgegeben und zu diesem Zweck wurde eine weit reichende Industriepolitik verkündet, die 399 industrielle Teilsektoren verbietet und weitere 190 einschränkt. Dennoch bleibt unklar, wie diese und andere Maßnahmen eine ernsthaft gefährdete Ökobilanz in Stand setzen können, wenn im Lauf der nächsten fünfzehn Jahre, wie erwartet, 300 Millionen Landbewohner oder mehr in Städte ziehen werden, wo wachsende Fuhrparks motorisierter Fahrzeuge die Fahrräder verdrängen.
Kurz gesagt, da es zu sehr auf den Energie verbrauchenden westlichen Weg vertraut hat, hat Chinas rasches Wirtschaftswachstum für sich und die Welt **noch keinen ökologisch nachhaltigen Entwicklungsweg erschlossen**. Dieses Vertrauen droht nicht nur, das »Wirtschaftswunder« wegen des Drucks auf knappe Ressourcen (einschließlich sauberer Luft und Wasser) an ein frühzeitiges Ende zu bringen. Vor allem ist es sowohl ein Ergebnis als auch eine Ursache der sich verbreiternden Kluft zwischen denjenigen, die sich die Gewinne des schnellen Wirtschaftswachstums aneignen konnten, und denjenigen, die seine Kosten tragen mussten. Diese Kluft hatte eine große Welle öffentlicher Unruhen zur Folge, in denen ökologische Missstände eine große Rolle spielten und zu einer bedeutenden Umorientierung der chinesischen Politik führten, hin zu einer ausgewogeneren Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen Regionen und zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Um unsere Studie zum Abschluss zu bringen, müssen wir nur noch hinzufügen, dass das Endergebnis dieser Umorientierung von entscheidender Bedeutung für die Zukunft nicht nur der chinesischen Gesellschaft, sondern auch der Weltgesellschaft sein wird.
Wenn die Umorientierung Chinas Traditionen der auf sich bezogenen marktorientierten Entwicklung, der **Akkumulation *ohne* Enteignung**, der Mobilisierung menschlicher statt nicht-menschlicher Ressourcen und der Regierung durch Mitwirkung der Massen beim Entwerfen politischer Grundsätze erfolgreich wiederbelebt und konsolidiert, wird China aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend zur Herausbildung einer Gemeinschaft der Zivilisationen beitragen können, die kulturelle Unterschiede wirklich respektiert. Aber wenn die Umorientierung scheitert, könnte China durchaus zu einem neuen Epizentrum des sozialen und politischen Chaos werden, das die Versuche des Nordens, eine verfallende globale Vorherrschaft wieder zu festigen, erleichtert oder, um erneut Schumpeter zu paraphrasieren, dazu beiträgt, dass die Menschheit in den Schrecken (oder dem Ruhm) der eskalierenden Gewalt, die die Liquidierung der Weltordnung des Kalten Krieges begleitete, verbrennt.

Giovanni Arrighi: **Adam Smith in Beijing,** Die Genealogie des 21. Jahrhunderts
Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke
528 Seiten; Hardcover (Februar 2008) EUR 36.80 sFr 61.00 ISBN 978-3-89965-203-1
http://www.vsa-verlag.de/vsa/pdf_downloads/VSA_Arrighi_Adam_Smith_in_Beijing.pdf

Branko Milanovic

Wie Statistik die Weltwirtschaft verändert

Die neue PPP-Revolution

Die Zunft der Ökonomen wurde im letzten Jahr von einer wahren Revolution erschüttert. Urplötzlich hat sich die Deutung der Welt verändert. Neue Kaufkraftschätzungen legen das tatsächliche Ausmaß der Armut offen und zeichnen ein neues Bild der Weltwirtschaft. Den Entwicklungsländern geht es diesen neuen Zahlen zufolge schlechter und die weltweite Ungleichheit ist größer als bisher angenommen. ***Branko Milanovic*** *erklärt, warum das so ist.*

Über Nacht ist die Welt ärmer geworden. In den Schwellenländern sind die Einkommen gesunken: China und Indien verzeichnen -40%, Indonesien -17%, die Philippinen -41%, Südafrika -32% und Argentinien -24%. Für Indonesien war der Verlust wesentlich dramatischer als während der Asienkrise, und in China und Indien übertraf er alles, was Deutschland während der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre erlebt hat. Und kaum einer hat es gemerkt.

Neubewertung der Kaufkraftparität (PPP)

Das Ereignis, das das Erdbeben ausgelöst hat, war die Veröffentlichung neuer Schätzungen der Kaufkraftparität (PPP). Im Rahmen eines groß angelegten internatonalen Projekts mit dem Namen International Comparison Program, soll PPP präzise die wirtschaftliche Macht eines Landes darstellen, anstatt einfach den gesamten Output eines Landes durch die Anzahl der Bewohner zu teilen.

Wie jeder Tourist weiß, unterscheiden sich die Preise für Waren und Dienstleistungen stark von Land zu Land. In ärmeren Ländern sind die Preise im Allgemeinen niedriger. Ein Abendessen in einem netten Restaurant, ein Besuch beim Friseur oder eine Karte fürs Konzert kostet - wenn man den Wechselkurs ansetzt - in China oder Indien wesentlich weniger als in den USA oder in Norwegen. Aber da Waren oder Dienstleistung identisch sind, müssen sie im Prinzip auch identisch bewertet werden. Ziel des Projektes ist es nun, die Unterschiede der Preisniveaus zu berechnen, damit dann jede Konsumeinheit gleich bewertet werden kann, unabhängig davon, wo der Konsum

stattfindet. Nur so können der wahre Output und der wahre Wohlstand erkannt werden.

Die Messung von Preisniveaus ist eine hoch komplexe Angelegenheit, denn mehr als 1000 Preise für Waren und Dienstleistungen in fast 150 Ländern müssen erfasst werden. Noch nie zuvor wurde ein Projekt dieses Ausmaßes in Angriff genommen. Im Ansatz vergleichbar ist der Versuch aus dem Jahr 1993, in etwa 100 Ländern Daten zu einem begrenzten Warenkorb zu sammeln. Jedoch waren damals weder China noch Indien dabei.

Die jüngsten Daten erfassen nicht nur China und Indien, sondern insgesamt die Länder, die 95% der Weltbevölkerung und etwa 99% des weltweiten Outputs stellen. Die Liste der ausgewählten Waren und Dienstleistungen wurde erweitert und die Methodologie verbessert. 146 nationale Statistikbehörden beteiligten sich ebenso wie internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, Eurostat, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik sowie die Asiatische und die Afrikanische Entwicklungsbank und andere.

Preisvergleiche sind aus mindestens zwei Gründen wichtig:

Erstens liefern sie sogenannte PPP-Wechselkurse, das heißt, mit einem PPP-Dollar kann man in allen Ländern dieselben Waren und Dienstleistungen erstehen. Mit 100 PPP-Dollar wäre man in Indien und den USA gleich wohlhabend, auch wenn das vielleicht in Indien nur 30 „echten“ US-Dollar entspricht, in den USA dagegen 100.

Zweitens kann man dann anhand dieser Wechselkurse Einkommen in lokaler Währung ausdrücken und erhält so das tatsächliche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP), das den wahren Wohlstand und die Produktivität aller Bürger ausdrückt. Alle zwischenstaatlichen Vergleiche, auch die Armutsrate, hängen von der PPP ab. Wenn wir sagen, dass ein Drittel der Bevölkerung in Indien ein Einkommen von unter einem Dollar pro Tag hat, dann handelt es sich bei diesem Dollar pro Tag um einen PPP-Dollar pro Tag.

Weitreichende Konsequenzen

In der modernen Volkswirtschaft ist PPP wie Benzin: Ohne PPP, das heißt ohne eine Vergleichsmethode, kommt man nicht weit. So zeigten die am 17. Dezember 2007 veröffentlichten Ergebnisse der detailliertesten Untersuchung der Weltwirtschaft, die es je gegeben hat, dass das Preisniveau in den meisten asiatischen Ländern - insbesondere Indien, China, Indonesien und den Philippinen – wesentlich höher ist, als die Ökonomen bisher auf der Basis der Zahlen aus dem Jahr 1993 angenommen hatten. Nicht in jedem Land ist das BIP pro Kopf gesunken. In Russland, Nigeria, Ägypten oder dem Libanon zum Beispiel ist es gestiegen, aber die Anstiege waren geringer als die Verluste. In den reichen Ländern sind die Veränderungen minimal ausgefallen und lagen zwischen zwei und vier Prozent.

Diese neuen Schätzungen haben weitreichende Konsequenzen. Hunderte von wissenschaftlichen Artikeln über die Konvergenz oder das Auseinanderdriften der Einkommen der einzelnen Länder wurden im letzten Jahrzehnt veröffentlicht – und alle basieren auf Zahlen, die sich jetzt als falsch erwiesen haben. Anhand der neuen Daten können die Volkswirte ihre Berechnungen anpassen und kommen eventuell zu völlig neuen Schlussfolgerungen.

Mit der Veröffentlichung dieser Zahlen hat sich unser Bild von der Welt verändert. Während die Volkswirte bisher davon ausgingen, dass das Pro-Kopf-BIP der USA sechs- bzw. zwölfmal höher ist als das Chinas oder Indiens, wurden diese Zahlen jetzt auf zehn- bzw. zwanzigmal nach oben korrigiert. Bis Ende letzten Jahres sprachen die Ökonomen davon, dass China 15% zur Weltwirtschaft beiträgt. Jetzt wissen wir, es sind weniger als 10%.

Der IWF hat die neuen Zahlen bereits in seiner Dezemberprognose zum Weltwirtschaftswachstum für das Jahr 2008 berücksichtigt und seine Vorhersage um ein halbes Prozent nach unten korrigiert, weil der Einfluss Indiens und Chinas geringer sein wird, als zuvor angenommen. Mit anderen Worten: Das erwartete Wirtschaftswachstum Chinas um 10% trägt nur etwa 1% zum weltweiten Output bei, nicht 1,5%.

Diese neuen Ergebnisse helfen paradoxerweise vielleicht Indien, China und anderen ärmeren Ländern, den IWF zu überzeugen, das PPP-angepasste BIP als Grundlage für die Stimmrechtverteilung im Fonds und die Möglichkeiten der Darlehensaufnahme heranzuziehen. Die neuen Zahlen zeigen, dass der Übergang zum PPP-angepassten BIP nicht so tiefgreifend wäre, wie bisher angenommen - und vielleicht sind dann die reichen Länder eher geneigt, diesem neuen System zuzustimmen.

Weltweite Ungleichheit weitaus größer

Die Auswirkungen auf die Schätzungen weltweiter Ungleichheit der Einkommensverteilung und Armut sind jedoch immens. Die neuen Zahlen zeigen, dass weltweit die Ungleichheit wesentlich stärker ist, als sogar die pessimistischsten Autoren angenommen hatten. Bis Dezember 2007 ist man davon ausgegangen, dass die weltweite Ungleichheit (bzw. die reale Einkommensungleichheit der Menschen auf der Welt) bei etwa 65 Gini-Punkten liegt, wobei 100 Punkte totale Ungleichheit bedeuten und 0 Punkte totale Gleichheit. 65 Gini-Punkte entsprechen etwa dem Ungleichheitsniveau Südafrikas. Den neuen Zahlen zufolge liegt die globale Ungleichheit aber bei 70 Gini-Punkten, einem Grad der Ungleichheit, der noch nie irgendwo verzeichnet wurde.

Ähnlich ist man bis letzten Dezember davon ausgegangen, dass etwa eine Milliarde Menschen mit weniger als einem PPP-Dollar pro Tag auskommen müssen. In einem Aufruf, der beim Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht wurde, hieß es noch: „980 Millionen Menschen leben von weniger als einem Dollar am Tag.“ Aber das waren noch die alten Zahlen. Heute wissen wir, dass das Preisniveau in den armen Ländern höher ist – das heißt, auch die Zahl der armen Menschen wird in die Höhe schnellen.

Die berühmteste Schätzung historischer PPP-angepasster nationaler BIP stammt von Angus Maddison und basiert auf alten Daten. Maddisons Zahlen, die einzigen Daten zu Pro-Kopf-BIP, die fast alle Länder der Welt umfassen und für die meisten bis ins Jahr 1820 zurückreichen, werden in der Ökonometrie und von Wirtschaftshistorikern extensiv genutzt. Ihre Aktualisierung wird sehr aufwendig sein. Viel von dem, was wir heute über vergleichende Wirtschaftsgeschichte zu wissen glauben, muss überprüft werden.

Wie bei jeder Revolution wird es eine Weile dauern, bis sich die Auswirkungen klar herauskristallisiert haben. Daher werden konsistente und standardisierte BIP-Zahlen auch erst in einigen Jahren vorliegen. Erst wenn das Ausmaß dieser Revolution in unser Denken vorgedrungen ist, werden wir uns ernsthaft fragen, wie die wahren Ergebnisse des weltweiten Wirtschaftswachstums aussehen, das wir so feiern. Auch hier gilt, was für alle Revolutionen gilt: Zumindest wissen wir, dass wir bereits in einer anderen Welt leben.

Branko Milanovic ist leitender Volkswirt in der Forschungsabteilung der Weltbank und freier Mitarbeiter der Carnegie Endowment for International Peace.

WELTSOZIALFORUM

Vorbemerkung :
Über die Zukunft des Weltsozialforums wird eine Debatte geführt, die wir in den vorherigen Nummern von "Sand im Getriebe" mit einigen Stellungnahmen schon dokumentiert haben: Es werden Stärken und Schwächen bilanziert: die Möglichkeiten von Bündnissen auf der Grundlage von zentralen Forderungen werden erörtert, über das Verhältnis zur politischen Macht wird angesichts der Erfahrungen mit den neuen Regierungen in Lateinamerika neu nachgedacht. Wir setzen diese Dokumentation hier mit zwei Beiträgen fort.

Chico Whitaker, Gustave Massiah, Jean-Marie Harribey , Susan George

Die Bewegung für eine Andere Welt, ein langfristiger Vorgang mit zukunftsträchtigen Alternativen

Susan George, Jean-Marie Harribey, Gustave Massiah sind Mitglieder des Wissenschaftsrats von Attac Frankreich und haben gemeinsam mit Chico Whitaker, der brasilianischen Leitfigur des katholischen Ausschusses Gerechtigkeit und Frieden und des Weltsozialforums, diese Analyse über die Bewegung für eine Andere Welt unterzeichnet.
Dieser Beitrag ist am 21. Januar 2007 in der Tageszeitung L'Humanité erschienen.

Als sich die Bewegung für eine Andere Welt vor zehn Jahren bildete, haben gewisse Leute vielleicht gehofft, sie werde in ein paar Wochen oder in einigen Monaten das, was den Kern der vom vorherrschenden Denken « Globalisierung » genannten Logik ausmacht, in ihr Gegenteil verkehren. Das hieße aber, die tief greifenden Veränderungen verkennen, die das kapitalistische System sämtlichen Gesellschaften gerade aufzwang: alles zu Ware machen, das heißt, sämtliche menschlichen Tätigkeiten der Forderung nach maximaler Wirtschaftlichkeit unterwerfen. Die Bewegung für eine Andere Welt musste dieser Umwälzung gewachsen sein, die durch eine Akkumulationsdynamik bedingt ist, deren Ursprung jetzt zwei oder drei Jahrhunderte zurückliegt. Das Eintreten für eine Andere Welt sollte als eine neue, langfristig angelegte Bewegung menschlicher Emanzipation verstanden werden. Diese sollte im Stande sein, die grundlegenden Errungenschaften der Arbeitergeschichte, der Eroberung demokratischer Rechte, der Durchsetzung von Frauenrechten, des Widerstands der Völker gegen die Kolonial- und Imperialherrschaft, der Anforderungen der neuen ökologischen Grenze einzubeziehen.

Wo stehen wir jetzt, zehn Jahre später? Wie steht es mit den Stärken und Schwächen der Bewegung für eine Andere Welt? Wie die Ersteren nutzen, um die Letzteren zu überwinden?

Zwei deutliche Siege sind errungen worden.

Der eine ist es, den Konsens um die internationalen Institutionen aufgebrochen zu haben, unter deren Fuchtel die Völker standen.
- Die Strukturanpassungspläne des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank haben die ärmsten Länder in den wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt.
- Die Absicht der Welthandelsorganisation, den Freihandel als allgemeines Prinzip durchzusetzen, ist entlarvt worden.
- Der Mythos eines um das Schicksal der Menschheit besorgten G8 hat sich in Nichts aufgelöst und hat statt dessen die Verteidigung widerwärtiger Interessen großer wirtschaftlicher und finanzieller Gruppen zum Vorschein gebracht, deren Herren sich jedes Jahr zur Konklave in Davos zusammenfanden, während ihre Beauftragten sich bemühen, auf den Finanzmärkten zu spekulieren und ihre Investitionen auf der gesamten Welt neu zu strukturieren, was in der Hauptsache auf ein beträchtliches Anwachsen von Ungleichheiten hinauslief.

Der zweite Sieg war die Schaffung von Orten, wo die Völker das Wort ergreifen und politisch aktive Bürger ihre Analysen und Erfahrungen untereinander austauschen konnten.
Auf dem Weltsozialforum, den Kontinentalsozialforen und den Lokalsozialforen ist eine Ausdrucksform der breiten Massen entstanden. Die Unterschiedlichkeit der Teilnehmer macht ihre Originalität aus und gleichzeitig verankert sie sich aus ihrem Streben nach partizipativer Demokratie in die beste Selbstverwaltungstradition.

Doch haben diese beiden Siege auch ihre Schattenseiten

Zum einen ist die Arbeitsunfähigkeit der internationalen Institutionen und Regierungen durch deren Führung zu einer erheblichen Richtungsänderung ihrer Strategie genutzt worden. Multilaterale Freihandelsvereinbarungen, die innerhalb der WTO schwieriger zu erreichen waren, sind durch bilaterale Handelsvereinbarungen ersetzt worden, die sich für eine Vielzahl der schwächsten Länder ebenso verheerend auswirken, auch wenn sie gekleidet in ein « Wirtschaftspartnerschaft » genanntes Schutzmäntelchen daherkommen. Und auf die der Menschheit Glück verheißende Ideologie der Marktallmacht ist eine immer mehr auf Sicherheit und Kriegsbereitschaft bauende Ideologie gefolgt, um Interessen, Zugänge zu Versorgungsquellen und strategische Plätze zu schützen, die Konflikte um Identitäts- und Glaubensfragen anstachelt und Fremdenfeindlichkeit fördert.

Zum anderen sollen die Sozialforen die Schwierigkeit überwinden helfen, aus einer Phase der Kritik an den neoliberalen Kapitalismus in eine Phase von Gegenvorschlägen überzuwechseln. An diesem Punkt stehen wir: an einem Wendepunkt der Bewegung für eine andere Welt. Von der Radikalität seiner Kritik darf nichts verloren gehen; gleichzeitig müssen um strategische Ziele herum die

in Ausarbeitung befindlichen Alternativen aufeinander abgestimmt werden und das Zusammenkommen der Bewegungen, die solche Alternativen entwickeln, ist zu organisieren.

Welche abgestimmten Alternativen?

Die Bewegung für eine Andere Welt setzt fort und erneuert das Projekt einer Emanzipation der Menschheit, die von den Ideen der Aufklärung und der Arbeiterbewegung, den Kämpfen für die Entkolonialisierung und denjenigen für die Durchsetzung der Demokratie und der Gleichstellung von Mann und Frau getragen wird. Es steht aber auch in der Perspektive einer Erweiterung des Emanzipationskonzeptes, da in ihm soziale und ökologische Dimensionen vereinigt werden können, deren gemeinsamer Nenner die Notwendigkeit ist, den Reichtum und die Mittel, ihn zu produzieren, zu vergesellschaften: industrielle Produktionsmittel kontrollieren reicht nicht mehr aus, jetzt müssen die gemeinsamen Güter der Menschheit (Wasser, Luft, seltene Rohstoffe, Boden, Kenntnisse) unveräußerlich gemacht werden.
Die sich allgemein durchsetzenden Privatisierungen haben die Frage des kollektiven Eigentums nicht aus der Geschichte der Menschheit verbannt. Im Gegenteil: Diese Frage wird an mehreren Orten der Welt bei dem neuen Nachdenken über den Sozialismus aufgeworfen, namentlich in Lateinamerika, wo sich derzeit ein demokratischer Prozeß entfaltet und wo soeben eine Bank des Südens gegründet worden ist. Die Vergesellschaftung der gemeinsamen Güter setzt voraus, dass die Machtfülle – und also das Recht auf Eigentum – der Aktionäre drastisch eingeschränkt wird, indem Demokratie in größerem Maße in die Unternehmen eingeführt wird und Kapitaleinkünfte radikal gekappt werden. Und die Vergesellschaftung eines wachsenden Anteils des Reichtums ist dank der Schaffung eines Bereichs, in dem die Marktgesetze nicht regieren, durchaus möglich, denn wenn die Gemeinschaft das Vorhandensein sozialer Bedürfnisse (Erziehung, Gesundheit, Verkehr usw.) voraus denkt?, dafür investiert und Arbeitsplätze schafft, produzieren die Beschäftigten in den marktunabhängigen Dienstleistungen echte Reichtümer, vom Profitzwang befreite Gebrauchswerte.
Die aktuelle, 2007 in den USA entstandene Immobilien- und Finanzkrise gibt eindringlich die Notwendigkeit zu erkennen?, weltweit Regeln festzulegen, die sich von der derzeitigen deutlich unterscheiden. Die Idee globaler Steuern, die die Erhaltung und die Entwicklung der gemeinsamen Güter der Menschheit und den Zugang aller Menschen zu diesen Gütern gewährleisten können, gewinnt jetzt an Boden.

Welches Zusammenkommen von Bewegungen?

Zwei Bündnisarten scheinen uns vorrangig, um die bestehenden Widersprüche zu überwinden.

Die erste betrifft das **Nord-Süd**-Verhältnis.
Die schädlichsten Folgen des Freihandels wirken sich in den Ländern des Südens aus, die einer unerträglich gewordenen Konkurrenz ausgesetzt werden, namentlich bei den Landwirtschaftsprodukten, insbesondere dann, wenn ihre Lebensmittelautonomie gleichzeitig mit ihren Eigenbedarfkulturen vernichtet worden ist. Die internationale Solidarität verlangt die Auflösung von Handelsabkommen wie der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA, spanisch ALCA), oder die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Ozeans (EPA), die die EU durchzusetzen will, aber eine wachsende Zahl von Ländern des Südens ablehnen. Außerdem ist eine radikale Überprüfung der gemeinsamen europäischen Landwirtschaftspolitik unvermeidlich, damit sie aufhört, gegenüber den Landwirtschaften des Südens alles nach dem Kriterium der Ertragssteigerung zu messen und sich aggressiv zu verhalten.

Das zweite Bündnis ist zwischen den Vertretungen der **Lohnabhängigen** und den **Umweltschützern** zu knüpfen. Angesichts der doppelten, gesellschaftlichen und ökologischen Krise muss dringend an einer Verbindung zwischen den oft dringlichen sozialen Forderungen und den längerfristigen ökologischen Anliegen gearbeitet werden, hin zu einem gemeinsamen Ziel. Bisher erschienen diese Bestrebungen als vollkommen unvereinbar. Heute befürwortet die Bewegung für eine Andere Welt den Gedanken, dass die Umwandlung der Produktionsverhältnisse nicht ohne eine Veränderung der Produktion selbst zustande kommen kann.

Vor diesem Hintergrund wird eine **doppelte Erweiterung** der Weltsozialforen angestrebt und muss noch vertieft werden: eine **geographische** Erweiterung, durch Abhalten von Foren nicht nur in Porto Alegre, sondern auch in Mumbai, Bamako, Caracas, Karachi, Nairobi, und eine Erweiterung der **gesellschaftlichen** Grundlage durch die Beteiligung von Gewerkschaften und Bauern, von Ausgeschlossenen- Bewegungen und Bürgervereinigungen.

Dieses Zusammenkommen ist eine Bedingung für das Zurückdrängen der neoliberalen Ideologie und für den Erfolg von Aktionen, die Träger einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Logik sind. Dies wird auch der Sinn der Aktionswoche des dezentralisierten Weltsozialforums sein, deren Höhepunkt überall auf der Welt der 26. Januar 2008 sein wird. Dies ist auch der Sinn des Engagements zahlreicher Altermondialisten in den sozialen Bewegungen, die sich um die Renten, die Wohnungsfrage, die Zukunft der Universitäten, eine Landwirtschaft ohne GVO oder die schändliche Behandlung von Ausländern bilden oder gebildet haben.

Die Sozialforen sind **keine leitenden Pole** der Bewegung für eine Andere Welt, sondern sind Zeit- und Treffpunkte, um sämtliche Bewegungen untereinander in Kontakt zu bringen und um gemeinsame herum Ziele zu einen. Vorschläge wie globale Steuern, Vergesellschaftung der Reichtümer, Handelsbeziehungen, die zur Grundlage Zusammenarbeit und Berücksichtigung sozialer und ökologischer Richtlinien haben sollen, lokale wie globale Demokratie, überall und von jedem zu beachtende menschliche Rechte weisen auf die Richtung hin, in die es weitergeht. Die Bewegung für eine Andere Welt ist an einem Wendepunkt: indem sie die von den Sozialforen eröffneten Gelegenheiten zum Austausch und zur Formulierung von Gedanken ergreift, muss sie die Ablösung des herrschenden Systems durchdenken und bereits jetzt vorbereiten.

Susan George, Vorsitzende des Transnational Institute (TNI)
Jean-Marie Harribey, Mitvorsitzender von Attac Frankreich
Gustave Massiah, Vorsitzender des CRID
Chico Whitaker, Mitglied des Internationalen Rats des Weltsozialforums

Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin, coorditrad

http://www.tni.org/detail_page.phtml?act_id=17924

Memoire des luttes und Utopie critique

Schritte zu einem Manifest für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts

In einer Mitteilung, veröffentlicht im vergangenen Juni nach den Parlamentswahlen, haben die Vereinigung Mémoire des luttes* und die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift Utopie critique** ihre Absicht erklärt, einen Rahmen für die Ausarbeitung eines Manifests zu bieten. Dieses soll Grundsätze, Werte und Ausrichtungen einer globalen Alternative zum neoliberalen kapitalistischen Projekt sowie zu seinen sozialliberalen Abwandlungen umfassen. Ziel dieses Vorhabens ist langfristig die Schaffung eines politischen Projekts, das von einer demokratischen und sozialen Regierung umgesetzt wird, und zwar unter Berücksichtigung der nationalen, der europäischen und der internationalen Dimension. Ein Vorhaben zur Schaffung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts, das die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft wieder aufleben lässt, für die die Werktätigen generationenlang gekämpft hat, auf die sie immer noch hoffen und die auch weiterhin ihr Lebensziel ist.

Dieses Manifest wird als Grundlage für künftige staatliche Politiken dienen können, die unsere durch vielfältige Bruchlinien und die Ausweitung von Konflikten geprägte Welt mit ihren unübersehbaren „Symptomen“ - etwa beschleunigter Klimawandel oder Verwüstungen durch die Finanzmärkte - dringend benötigt. Ganz zu schweigen von der Gefahr eines Flächenbrandes im Nahen Osten oder sogar weltweit, verursacht durch eine in Bedrängnis geratene Bush-Administration, die nach dem ruhmlosen Abgang Tony Blairs in Nicolas Sarkozy einen neuen europäischen Verbündeten gefunden hat.

Die Initiative von Mémoire des luttes und Utopie critique findet unabhängig von den bevorstehenden Wahlen statt und ist mittelfristig ausgelegt. Sie begründet sich in der Feststellung, dass die Kräfte gegen den Neoliberalismus im Hinblick auf Politik, Ideologie und Wahlergebnisse trotz ihrer maßgeblichen Beteiligung am Sieg vom 29. Mai 2005 gescheitert sind.

Die Initiative wird unter anderem von Aktivisten der Bewegung für eine Andere Welt getragen und will diese Bewegung vertiefen aber auch darüber hinausgehen. Die Bewegung für eine Andere Welt wird auch weiterhin als Rahmen zur Bewusstseins- und Volksbildung sowie als Initiator von Mobilisierungen eine wesentliche Rolle spielen. Paradoxerweise ist ihre Heterogenität immer noch von Vorteil, denn zum einen ermöglicht sie die Zusammenführung politischer und sozialer Kräfte und Traditionen rund um ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Kritik am vorherrschenden System, zum anderen begünstigt sie die Ausarbeitung vielfältiger Alternativvorschläge zur neoliberalen Politik.

Dennoch steht gerade diese Heterogenität jeder Entwicklung einer strategischen, dynamischen, kohärenten und gemeinsame Vision im Weg, deren langfristiges Ziel die Übernahme der politischen Führung ist. Es zeigte sich etwa bei den Weltsozialforen, dass kein Konsens erzielt werden konnte, um eine Reihe von Vorschlägen, die zwar aus der Feder diverser Teilgruppen stammten, zusammen aber ein sinnvolles Vorhaben ergäben, zu einem gemeinsamen Grundkonzept zu vereinen. Die Bewegung für einen Andere Welt ist somit noch weniger in der Lage, in Bezug auf tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse eine Position zu finden - Prozesse, die nicht einfach nur gedacht sind, sondern tatsächlich existieren: etwa die von Volksbewegungen wie die Bewegung der Landlosen (MST) in Brasilien und die Bauernbewegungen in Indien sowie die Prozesse, die aus der Dynamik der Sozialbewegung hervorgegangenen Regierungen in Bolivien, Ecuador oder Venezuela eingeleitetet wurden. Daher die Notwendigkeit, zu einem kämpferischen Post-Altermondialismus überzugehen, um Perspektiven eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu entwerfen.

- Ein Internationalismus, der auf der Aneignung der Souveränität durch die Bevölkerung beruht (die manche gerne als „Populismus“ abqualifizieren),
- Betonung der Grundelemente des republikanischen Konzepts: Ablehnung des Kommunitarismus und somit Vorrang für Bürgerrechte, Laizismus, Gleichheit und Solidarität;
- gemeinschaftliche Aneignung (unter anderem durch Verstaatlichungen) jener Bereiche, die als öffentliches Gut zu definieren sind, um diese den Klauen der multinationalen Konzerne und Interessen der Finanzmärkte zu entziehen;
- Kritik am Freihandel von Waren und Kapital (durch drastische Kontroll-, Regulierungs- und Schutzmaßnahmen);
- Umverteilung des Reichtums;
- Demokratie auf allen Ebenen (unter anderem auf Unternehmensebene);
- Ablehnung der fälschlichen Abgrenzung von individueller Entfaltung und gemeinschaftlichen Interessen gegeneinander;
- Geschlechtergleichheit;
- kulturelle Entwicklung;
- Priorität für dringende Umweltbelange sowie Kontrolle der Technowissenschaft durch die Bürger.

Das sind einige Schwerpunkte unserer Arbeit. Es gilt somit, die Grundmauern der neoliberalen Globalisierung und seiner kontinentalen Abwandlung, verkörpert durch das Projekt der Europäischen Union, abzutragen.

ARBEITSPROGRAMM

Unsere Initiative ist gewiss nicht die einzige ihrer Art, und wir sind durchaus bestrebt, darin französische oder ausländische Initiativen zu einzelnen Themen wie auch zum Gesamtkonzept einfließen zu lassen, die dieselben Grundsätze verfolgen. Darüber hinaus möchten wir in unserer Arbeit möglichst viele schon bestehende Ausarbeitungen berücksichtigen. Wir haben die Initiative daher in vier Abschnitte unterteilt, die sich teilweise überlappen könnten.

Erste Phase: Beobachtung und Zusammenfassung

Von September 2007 bis Mai 2008 werden Mitglieder des Organisationsteams und der beteiligten AktivistInnen an Kolloquien und Treffen (insbesondere zu Umweltfragen) teilnehmen, die von anderen Organisationen veranstaltet werden, um aussagekräftige Schlussfolgerungen zu ziehen. Des Weiteren werden sie (oder andere) Zusammenfassungen über die wichtigsten bisherigen Arbeiten zu jenen Themen verfassen, die als maßgeblich für den Erfolg dieser Initiative betrachtet werden.

Alle diese Vorbereitungsarbeiten werden auf den Websites von Mémoire des luttes und Utopie critique, in der Zeitschrift „Utopie critique“ (oder anderen Publikationen) und eventuell auch in Form von umfassend verbreiteten „Mitteilungen“ auf Papier oder sogar in Form kurzer wissenschaftlicher Arbeiten veröffentlicht.

Zweite Phase: Zwei internationale Kolloquien

Während dieses Abschnitts, der im ersten Quartal 2008 stattfindet (aber nicht zwangsläufig die erste Phase ablöst), werden Mémoire des luttes und Utopie critique vom Beobachterstatus zum Status des Veranstalters von Diskussionen übergehen. Dazu sind zwei internationale Kolloquien geplant:

Im Rahmen des ersten, das am 26. Januar 2008 stattfindet, werden die Vorstellungen über den Post-Altermondialismus und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts vor dem

Hintergrund der weltweiten geopolitischen Bruchlinien analysiert. Dieses Kolloquium wird ein Beitrag zu dem vom internationalen Rat des Weltsozialforums ins Leben gerufenen globalen Aktionstag sein.
Das zweite Kolloquium ist für Samstag, den 7. Juni geplant und wird den Aufbau Europas zum Thema haben. Dieses Kolloquium findet während der Phase der Ratifizierung des EU-Reformvertrags durch die Parlamente statt (eigentlich handelt es sich um den gescheiterten Verfassungsvertrag in neuem Kleid). Es wird darum gehen, den Spielraum, den die EU für politische Alternativen lässt (oder auch nicht), sowie die Vereinbarkeit ihrer Organisationsstruktur mit der Volkssouveränität zu ermitteln und die Konzequenzen daraus zu ziehen.
Die Zusammenfassungen über die Ergebnisse dieser Seminare werden unter den selben Bedingungen verfasst wie während der ersten Phase.

Dritte Phase: Debatten um besondere Beiträge
Zu Beginn des Jahres 2008 werden Forscher, Hochschullehrer oder Gewerkschafter (insbesondere Historiker, Ökonomen, Politikwissenschaftler, Soziologen) gebeten, in ihren Fachgebieten Analysen zu erstellen, auf deren Grundlage das Manifest erarbeitet werden kann. Wesentlich ist dabei die Berücksichtigung des bisher oder derzeit verfassten Bestands von vergleichbaren Arbeiten - vor allem zu umweltbezogenen, wissenschaftlichen, europäischen und internationalen Fragen.
Im Rahmen von Arbeitsseminaren sollen diese Analysen, die ebenfalls veröffentlicht werden, einander gegenübergestellt werden. Ende Juni 2008 wird im Rahmen eines Studientages über die geleistete Arbeit Bilanz gezogen.

Vierte Phase: Erarbeitung des Manifests
Noch ist es zu früh, den Ablauf dieser Schlussphase festzulegen. Sie wird voraussichtlich im ersten Halbjahr zu Ergebnissen führen.

Paris, 11. September 2007.
In Vertretung von Mémoire des luttes: Mireille Azzoug, Bernard Cassen, Ramon Chao, Ignacio Ramonet et Christophe Ventura.
In Vertretung von Utopie critique: Tony Andréani , Henri Benoits, Robert Charvin, Florence Gauthier, Gilbert Marquis, Michel Naudy et Danielle Riva.

Übersetzung: Cecile Kellermayr, coorditrad

* ***Mémoire des luttes** ist eine Vereinigung, die am 7. Januar 2000 auf Bestreben von Gunter Holzmann hin gegründet wurde. Ihr Auftrag ist in der Präambel der Statuten definiert: „Gunter Holzmann, der sich seit jeher am Kampf für eine freiere, gerechtere, egalitäre, brüderliche und solidarische Welt beteiligt, möchte über sein individuelles Engagement hinaus handeln, um zu diesem Kampf beizutragen und die Erinnerung daran lebendig zu halten. Mit diesem Ziel möchte er eine gemeinnützige Organisation gründen, zu der er einen finanziellen Beitrag leistet, um deren langfristige Existenz zu sichern." Gunter Holzmann, der bereits das Team von Le Monde diplomatique finanziell unterstützt hatte, um die Unabhängigkeit der Zeitung zu sichern, ist am 6. Januar 2001 im Alter von 89 Jahren von uns gegangen.*
http://www.memoiredesluttes.org/

*** ***Utopie critique** ist eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift. Sie wurde einige Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion und ihres bürokratischen Systems von einer kleinen Gruppe von Aktivisten ins Leben gerufen, die aus der Sozialbewegung wie auch aus kommunistischen und trotzkistischen Strömungen stammten und sich mit Intellektuellen zusammenschlossen. Gemeinsam bekannten sie sich als Kritiker der sozialen und politischen Realität. Als Verfechter einer „République autogérée", einer selbstverwalteten Republik - so der Zusatztitel der Zeitschrift - haben sie es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Anliegen durch die Beteiligung am tagtäglichen Kampf zu verbreiten und die unterschiedlichen Erfahrungen der antikapitalistischen Revolution mit ihren Errungenschaften, Fehlschlägen und Lehren, die daraus zu ziehen sind, zu analysieren.*
http://www.utopie-critique.fr/

Birgit Wörishofer (attac Schweiz)

Mächtige ohne Pflichten

„Das Andere Davos" ist nur eine Veranstaltung von weltweit 2000, die im Rahmen des Weltsozialforums Wirtschaftsalternativen aufzeigen.

Das Weltsozialforum (WSF) ist als Antwort auf das von Unternehmen finanzierte Weltwirtschaftsforum entstanden. Das erste Weltsozialforum fand 2001 in Puerto Alegre statt, spätere wurden in Bombay, Caracas und Bamako abgehalten. Es bringt zehntausende Menschen aus vielfältigen Bewegungen und allen Kontinenten zusammen. Wie das WEF tagte im Jänner 2008 auch das Weltsozialforum. Nicht von 5000 Soldaten abgeschottet wie in Davos, sondern im Rahmen eines Aktionstages am 26. Jänner 2008 mit zirka 2000 öffentlich zugänglichen Veranstaltungen auf fünf Kontinenten.

Anders handeln

Die Veranstaltung Das Andere Davos am 26. Jänner in Zürich war Teil dieser internationalen Veranstaltungen. Es entstand 1999, um dem Gipfeltreffen des WEF in Davos Kritik und Alternativen entgegenzusetzen. Seit 2000 wird Das Andere Davos von Attac Schweiz organisiert. Hat dieser Gegengipfel im offiziellen Davos auch keinen Platz, so ist die Globalisierungskritik mit der Verleihung des Public Eye Award in Davos doch brillant vertreten. Bei dieser Gegen-Gala zeichnen Pro Natura und die globalisierungskritische NGO Erklärung von Bern die übelsten Unternehmen aus. 2008 ging der Public Eye People's Award an den französischen Atomkonzern Areva, der in Afrika Uran abbaut, die Minenarbeiter über die Risiken radioaktiver Strahlung aber weder aufklärt noch schützt und Krebs als HIV-Erkrankungen diagnostizieren lässt, um allfällige Behandlungskosten zu sparen.
Das Andere Davos lud ins Zürcher Volkshaus zu einer satirischen „Kreuzfahrt" auf dem Luxusliner MS Neoliberalismus. „An Bord" verbrachten die Gäste den Nachmittag mit einer Ausstellung, Filmen, Workshops, und Diskussionsforen, um abschließend an einer hochkarätig besetzten Podiumsveranstaltung teilzunehmen. Das nicht unbescheidene Motto des offiziellen Davos um Klaus Schwab war „The Power of Collaborative Innovation". Beim Anderen Davos, bestätigte das Podium – mit Susan George, Christian Felber, Rita Schiavi und Jean Ziegler – den „innovativen" Charakter der WEF-Politik, die u.a. zu deregulierten Finanzmärkten und der Vorherrschaft der Konzerne geführt hat.

„Pathologische Konzerne"

Durch die Deregulierung auf den Finanzmärkten haben die dort Mächtigen keine Pflichten mehr, dafür aber alle Freiheiten. Freiheiten, die sie – wie Jean Ziegler ausführte – genutzt haben, um in nur sechs Monaten zirka 35 Milliarden Schweizer Franken an Pensionsgeldern durch Spekulationen zu vernichten. Das ist existenzgefährdend für die betroffenen Pensionisten, aber auch jene Menschen, die durch den Stellenabbau bei Banken ihre Arbeit verlieren. Die „innovative" Verschiebung der

Macht hin zu den Konzernen bilanziert ebenfalls mit einer in vielen Fällen tödlichen Ausbeutung von Mensch und Natur. Christian Felber qualifizierte das Verhalten internationaler Konzerne als pathologisch, weil es auf Gewinnmaximierung – für die Aktionäre und Vorstände – durch Vernichtung ausgerichtet ist. Gespürt haben dies – so Felber – auch jene 240 Forscher von Novartis Wien, die sich der Pharmariese trotz einer Gewinnsteigerung von sieben Milliarden Euro (2006) auf 12 Milliarden Euro (2007) offensichtlich nicht mehr leisten wollte.
So weit, so schlecht. Aber wo viel Schatten ist, da ist auch Licht. Susan George, Politikwissenschaftlerin und ehemalige Vizepräsidentin von Attac Frankreich, hob in ihrem Beitrag einige Alternativen hervor, die die weltweite globalisierungskritische Bewegung zu „innovativen" WEF-Politiken anbietet: Steuergerechtigkeit, internationale Abgaben (zum Beispiel auf Kapitalströme, Ressourcen, etc.), die Entschuldung des Südens. Viele Maßnahmen für eine gerechtere Welt lassen sich mit bereits existierenden Strukturen umsetzen und stellen die Menschenrechte in den Mittelpunkt. Diese Alternativen sind ein Beweis, dass die globalisierungskritische Bewegung lebendig ist, selbst wenn sie in den Medien totgeschwiegen wird, so George.
Ziegler beobachtet das Entstehen einer globalen Zivilgesellschaft, die an solchen Aktionstagen weltweit sichtbar ist. Auch Arbeitnehmerverbände sind Teil dieser globalen Bewegung. Rita Schiavi, Schweizer Gewerkschafterin bei Unia, kämpft gegen den Neoliberalismus und berichtete in ihrem Referat über die laufenden Verhandlungen im Schweizer Bauhauptgewerbe, wo durch die von Arbeitgeberseite geforderte weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Menschen schrittweise ins Präkariat abgedrängt werden.

***Die Autorin** ist Aktivistin bei Attac Vorarlberg.*
Erschienen in „Die Furche"

Christian Felber

Was muss sich ändern? Alles!

Stellungnahme auf der Veranstaltung „**The other Davos** 2008" in Zürich zum „World Economic Forum" 2008 in Davos

Das Motto des diesjährigen WEF lautet „Die Macht der kooperativen Innovation". Das WEF und seine Mitglieder haben bereits zahl- und folgenreiche „Innovationen" geschaffen.
Zum Beispiel globalisierte – hochkomplexe und interdependente – Finanzmärkte. Auf der einen Seite wurden – auf Druck und Drängen der Finanzindustrie – die Freiheiten und Rechte der Finanzakteure umfassend ausgeweitet, während gleichzeitig auf Pflichten und Kontrollmechanismen verzichtet wurde. Das führe zu Rationalität und Effizienz, wurde uns gesagt. Die Realität zeigt: „Freie" Finanzmärkte führen zu Instabilität und Unsicherheit.
Vor einem Jahr sahen alle voll Optimismus in die Zukunft, heute peinigt uns die Angst vor einer globalen Rezession.
Die neuesten Innovationen fanden auf den US-Immobilienmärkten statt. Die Regulierung hat auf allen Ebenen versagt:
- Banken durften an Menschen ohne Einkommen hemmungslos Kredite vergeben
- Sie durften diese riskanten Kredite schrankenlos handeln
- Die Ratingagenturen versahen diese Junk-Kredite mit höchsten Gütewerten
- Dank freiem Kapitalverkehr verteilten sich die faulen Kredite über die ganze Welt.

Bei diesem weltweiten Ringelspiel Kreisverkehr machten nicht nur Banken mit. Ermutigt von den Bestnoten der Ratingagenturen schnappten auch ahnungslose Investoren gierig nach den stinkfaulen Krediten. So landete ein Hausbaukredit an einen Obdachlosen in Philadelphia im Eigentum der Würzburger Stadtwerke. Globale Arbeitsteilung auf den Finanzmärkten heißt, dass die einen irgendwo auf der Welt Risiko produzieren und andere irgendwo auf der Welt es ausbaden. Effizient ist das nicht, aber „innovativ".
Dieses System ist so ineffizient, dass einige internationale Großbanken bis zu 20 Milliarden US-Dollar abschreiben müssen. Und das ist noch nicht das Ende.
Gleichzeitig verursacht ein 30-jähriger „Einzelfall" einen Schaden von 5 Milliarden US-Dollar bei der französischen Société Générale.
Auch wir in Österreich haben einen Einzelfall, ausgerechnet in der Arbeiterbank. Er verzockte 2 Milliarden US-Dollar. Als Konsequenz wurde die Gewerkschaftsbank von einem US-Private-Equity-Fonds gekauft. Sein Name: „Höllenhund" (Cerberus).

<u>Diese Nachrichten lenken von einer anderen Schock-Nachricht ab:</u> Nokia schließt einen wichtigen Standort in Deutschland. Mehr als 4000 Arbeitsplätze werden zerstört. Obwohl der Gesamtkonzern 2007 einen Reingewinn von 7,2 Mrd. Euro erzielte. Um 67% mehr als im Jahr davor. Und obwohl das von der Schließung vorgesehene Werk profitabel ist. Und obwohl die Lohnkosten bei Nokia nur 5% der Gesamtkosten ausmachen. Nokia hatte zuvor von den deutschen SteuerzahlerInnen 60 Millionen Euro an Subvention erhalten.
<u>Ein anderer in der Schweiz allen bekannte Konzern</u>, Novartis, schloss einen Forschungsstandort Wien mit 240 hochqualifizierten ForscherInnen. Obwohl Novartis 2006 den 10. Rekordgewinn in Folge erzielt hatte: 7 Mrd. US-Dollar. Die Kündigung wurden 6 Tage vor Weihnachten per Email-Video an die Beschäftigten zugesandt, das Video endete mit den Worten: That´s it. Kurz *nach* Weihnachten verkündete Novartis den 11. Rekordgewinn in Folge, ein Gewinnsprung von 7 auf 12 Milliarden US-Dollar.Novartis-Chef Daniel Vasella erhält für solche und andere Entscheidungen Leistungs- und Erfolgsprämien. Bis 2006 war er der bestbezahlte europäische Manager. 22,3 Mio. Euro.

2007 wurde er von Porsche-Chef Wendelin Wiedeking scharf ausgebremst: Wiedeking erhielt 60 Millionen für seine LEISTUNG und seinen ERFOLG. Jetzt wird auch Vasella mehr wollen. Denn was Wiedeking sagte: „Wenn ich Erfolg habe, möchte ich auch gut bezahlt werden" – gilt selbstverständlich auch für Vasella.
Im Jänner 2007 hatte Wiedeking in der Bildzeitung von „Wirtschaftskrieg" gesprochen, weil die EU die Abgaswerte für neuzugelassene Autos senken wollte und Porsche-Autos besonders umweltschädigend sind.
Jemand, der umweltschädigendes Verhalten fördert und der Gesellschaft den Wirtschaftskrieg erklärt, wenn sie ihn mäßigen möchte, ist der bestverdienende Manager in der EU. Nach kapitalistischen Kriterien und nach dem Urteil des Marktes ist er der wertvollste Mensch in Europa. 60 Millionen in einem Jahr.

In Deutschland breitet sich die Armut aus. Seit 2005, dem Inkrafttreten von Hartz IV, wurden allein in Bayern in 150 Städten und Dörfern Armensuppenküchen eröffnet. Sie

verteilen Lebensmittel an Menschen, die sich diese nicht mehr leisten können.
In New York wächst die Armut nicht, sie explodiert. 2006 gab es um 151.000 mehr arme Menschen in New York als 2000. 2005 nahm die Zahl der BesucherInnen von Armensuppenküchen um 11% zu, 2006 um 20%. Die reichsten 64 Personen konnten ihr Vermögen im Jahr 2006 um 148 Milliarden US-Dollar oder 270 Prozent mehren, die 1,7 Millionen New YorkerInnen, die unter der Armutsgrenze leben, verdienten zusammen 3,5 Milliarden US-Dollar verdienen. Das Einkommen der 2 Millionen Armen ließe sich verdreifachen, wenn die 64 Reichsten sich mit 141 statt 148 Milliarden US-Dollar zusätzlich zufrieden geben würden.
Der Mindestlohn in den USA hat seit 1968 40 Prozent seiner Kaufkraft verloren. Die bestbezahlten Hedge-Fonds-Manager verdienen im Jahr zwei Milliarden US-Dollar, ein Stundenlohn von 700000 US-Dollar oder das 150.000fache des Mindestlohnes.

Was muss sich ändern?
Alles. „Das Ganze ist das Falsche“, sagte Adorno.
Die Werte müssen sich ändern.
Die Anreizstrukturen der Wirtschaftsakteure.
Die Institutionen
Die Gesetze.
Die Machtverhältnisse.

Wo können wir Hebel ansetzen, wo können wir Schwerpunkte setzen?

Konzerne sind zu mächtig.
Sind Nokia und Novartis böse Einzelfälle? Schwarze Schafe?
Natürlich nicht.
Die Konstruktion des gewinnstrebenden globalen Konzerns ist das Problem – und die Systemdynamik.
Aktiengesellschaften sind einerseits durch das Gesetz verpflichtet, Gewinne zu erzielen, und andererseits stehen sie zueinander in Konkurrenz, was sie zur Erzielung eines höheren Gewinns als alle anderen zwingt, sonst können sie nicht bestehen im Wettbewerb.
Die Aktionäre tun alles, damit die Manager nur dieses Ziel verfolgen. Und dafür werden sie kaiserlich belohnt. Oder gefeuert. Zwischen dem Jahr 2000 und 2007 wurden 22 der 30 Chefs der DAX-Konzerne ausgetauscht. Wehe, wer nicht den maximalen Profit bringt.
Peter Drucker, Management-Guru, hat empfohlen, sollte ein Manager soziale Maßnahmen (CSR) ergreifen, die den Gewinn verringern: „Feuert ihn. Schnell!“
Milton Friedman sagte: Die soziale Verantwortung eines Unternehmen besteht darin, die Gewinne zu erhöhen.

Woher kommt das Ziel des Gewinnstrebens? Warum sind Unternehmen keine empathischen Wohlstandsvereine, sondern rücksichtslose Profitmaschinen?
Das kommt von **Adam Smith**: *„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen“,* schrieb er im Wohlstand der Nationen.
Zur Zeit von Adam Smith gab es keine globalen Konzerne, es gab fast nur kleine Wirtschaftstreibende, Handwerker, Einpersonenunternehmen, Mikrobetriebe.
Und das ist ein entscheidender Unterschied. Ob Handwerker und Kleinbetreibe versuchen, ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften, in kleinen überschaubaren Märkten, wo persönliche Bekanntschaft, das Vertrauen und die Ehre alles sind, oder in anonymen, globalen Märkten, wo die meisten Beschäftigten ihre Chefs nie persönlich zu Gesicht bekommen, geschweige denn die Aktionäre, die ihre Chefs einstellen.

Bei Adam Smith waren Arbeiter, Manager und Aktionär eine Personalunion, heute erhält man Kündigungsvideos per Email. In anonymen globalen Großkonzernen können sich natürliche Personen moralisch hinter einer juristischen Person verschanzen. Und einer Charaktereigenschaft frönen, die bei natürlichen Personen als pathologisch gilt: rücksichtsloses Gewinnstreben. Das ist das Gegenteil von Verantwortung, von „Eigenverantwortung“.

Konzerne haben kein Gewissen, sie versuchen – wie Roboter – ihr Ziel mit allen Mitteln zu erreichen: Durch das Brechen von Gesetzen, durch das Zahlen von Strafen, wenn es billiger kommt, durch Bestechung (Siemens), durch die Verhinderung von Regulierungen, die ihrem zentralen Ziel, dem Gewinnstreben, entgegenstehen. Für eine juristische Person ist die Entscheidung, ob sie sich an Gesetze hält, eine ökonomische und keine moralische.

In den letzten 150 Jahren haben Aktiengesellschaften alle gesellschaftlichen Beschränkungen ihres Gewinnstrebens systematisch aus dem Weg geräumt.
Bis 1856 hafteten in Großbritannien (USA ähnlich) die Inhaber von Aktien mit ihrem gesamten persönlichen Vermögen für die Aktiengesellschaft.
1886 erhielten juristische Personen vom Verfassungsgericht der USA dieselben Rechte wie natürliche Personen. Seither können sie sich politisch einmischen, Lobbying betreiben, sich politisch einmischen – und selbst regulieren.
Seit 1970 dürfen Konzerne auch ganz offen den Wahlkampf finanzieren (vorher nicht). Das WWF steht für die unheilvolle Alllianz zwischen Politik und Wirtschaft, die garantiert, dass es zu keinen gewinneinschränkenden Regulierungen kommt.

Versucht die Gesellschaft, versucht der politische Souverän sie zu regulieren, wehren sie sich mit aller Macht. Neoliberale Freiheit ist die Freiheit von demokratischer Kontrolle!

Ein Beispiel: UN draft norms
Die UNO hat 2003 einen Pflichtenkatalog verbindlicher Arbeits-, Sozial-, Sicherheits-, Umwelt-, Menschenrechts- und Anti-Korruptionsstandards ausgearbeitet – aber leider nicht umgesetzt. Die WEF-Konzerne und die Wirtschaftsverbände sind dagegen. Die Internationale Handelskammer (ICC) und die Internationale Arbeitgeberorganisation (IOE), lehnen die UN-Normen als „nicht positiv“ und sogar „kontraproduktiv“ ab.

Sie wollen lieber freiwillige Selbstregulierung (CSR)
Im Unterschied zu allen anderen Mitgliedern der Weltgesellschaft, des global village, in dem für alle verbindliche Regeln gelten: Weder das Steuerzahlen noch die Straßenverkehrsordnung noch der Respekt des Privateigentums ist freiwillig: alles verbindlich für alle.
Jean-Jacques Rousseau hatte schon gesagt, dass für die mächtigsten Mitglieder eines Gemeinwesens die stärksten Gesetze gelten müssen. Heute gelten für die Stärksten die schwächsten Gesetze und umgekehrt.
CSR funktioniert nicht.
Enron war ein CSR-Musterbeispiel. Und hat alle erfolgreich getäuscht.
Novartis gilt heute noch als CSR-Musterbeispiel.
Der Schweizer Wirtschaftsethiker Peter Ulrich lobte Novartis 2005 über den grünen Klee (österr. Über alle Maßen). Er bescheinigte dem Konzern – ich zitiere – „eines der weltweit überzeugendsten Beispiele gelebter Corporate Citizenship“. (Corporate Citizenship bedeutet, dass ich nicht nur ethische Produkte anbiete, sondern mich auch für gerechte Gesetze einsetze.)
Ein Jahr später hätte er vermutlich nicht mehr ganz so euphorisch geurteilt: Novartis klagte gegen Indiens Patentgesetz: Der Konzern will die Verschärfung von Monopolrechten auf Medikamente durchsetzen, wodurch Millionen von Menschen vom Zugang zu leistbarer Medizin ausgeschlossen werden könnten, weil die indische Generikaindustrie keine billigen Medikamente mehr produzieren dürfte. Der „Apotheke der Armen“ droht die Schließung. Eine der vielen „Innovationen“ der WEF-Konzerne.
Fast eine halbe Millionen Menschen aus aller Welt protestieren gegen den Konzern, von der Schweizer Bundespräsidentin Ruth Dreifuss bis zu Nobelpreisträger Desmond Tutu.
Zur Erinnerung: Novartis erzielte 2007 den elften Rekordgewinn in Folge.
Für diese Leistung und das Zusperren des Spitzenstandortes Wien erhielt Daniel Vasella 22,3 Millionen Euro.

Man könnte die Forderung erheben, dass der Patentschutz bei Medikamenten fallen muss, das TRIPS.
Doch das TRIPS ist gerade erst geschaffen worden.
Auf Druck der Pharmakonzerne.
Sie haben diese globale Regulierung durchgesetzt. Eine der zahlreichen Innovationen der Pharmakonzerne. Ich glaube daher nicht, dass es ausreicht, die Abschaffung des TRIPS zu fordern, das macht die Pharmakonzerne nur ein bisschen weniger mächtig, aber es ändert nichts an ihrem zentralen Motiv.

Müssen wir die Rechte der globalen Konzerne nicht grundlegender beschneiden?

Meine Kernbotschaft ist, dass sich durch Regulierung nichts grundsätzlich ändern wird. Selbst wenn wir viele hundert Umweltgesetze, Sozialgesetze, Arbeitsschutzgesetze, Steuergesetze und andere Regulierungen in der Schweiz und in Österreich, in der EU und weltweit durchsetzen, ändern wir noch nichts am Motiv von Unternehmen. Sie sind nach wie vor gewinnorientiert und stehen in Konkurrenz zueinander, das bedeutet sie müssen unverändert wachsen und einander verdrängen und werden weiterhin mit aller Macht auf
- die Beseitigung gewinndämpfender Regulierungen drängen
- auf die Verhinderung neuer gewinndämpfender Regulierungen
- und auf neue Regulierungen, die ihre Gewinne vermehren, z. B. das TRIPS

Deshalb lautet meine Kernbotschaft: Umwelt-, sozial-, und steuertechnische Regulierung von Konzernen ist gut, aber sie reicht nicht aus.
Wir müssen die Zielsetzung von Unternehmen ändern, ihr zentrales Motiv:
Das Gewinnstreben muss untersagt werden.
Dafür gibt es ein historisches Vorbild: 1720 wurden „corporations" in Großbritannien verboten! Und erst 1825 wieder erlaubt.

Wenn wir nur „regulieren", aber diese unheilvolle Systemdynamik nicht ändern, setzt das Wirtschaftsleben ethische und moralische Maßstäbe – jeder kämpft gegen jeden, jeder schaut nur auf den eigenen Nutzen – die unweigerlich auf die gesamte Gesellschaft abfärben. Sie färben die Gesellschaft neoliberal ein: kalt, rücksichtslos und unsolidarisch. Je größer und mächtiger juristische Personen werden, desto stärker passt sich das Verhalten natürlicher Personen dem pathologischen Verhalten juristischer Personen an.
Die kapitalistische Ethik vergiftet den Gesellschaftscharakter. Sie macht Gesellschaften krank. Ganz besonders zeigt sich das durch die wachsenden Ungleichheiten.

Ungleichheiten
Der bestbezahlte österreichische Manager verdient heute das 600fache des von Attac geforderten gesetzlichen Mindestlohnes von 1000 Euro pro Monat. Der bestbezahlte europäische Manager das 5000fache.
Wenn wir „es dem freien Markt" überlassen, sind wir in 20 Jahren dort, wo die USA heute sind: beim 35.000fachen in der Industrie und beim 150.000fachen in der Finanzindustrie.
Die Manager begründen ihre Spitzeneinkommen mit Leistung, doch das eigentliche Kriterium lautet Macht.
Je höhere Gehälter sie für sich in Anspruch nehmen, desto stärker diskriminieren sie alle anderen. Je weniger Wert den anderen im Vergleich zuerkannt wird, desto weniger fühlen sie sich wert. Sie fühlen sich minderwertig und wertlos. Und werden krank.
Richard Wilkinson hat gezeigt, dass Gesellschaften, in denen die Ungleichheit wächst, die Menschen kränker werden, chronisch und psychisch, übergewichtig, süchtig – sie sterben früher. Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen wachsender Ungleichheit und mehr gesellschaftlicher Gewalt, höheren Verbrechensraten, steigender Gefängnisbevölkerung und sinkender Lebenserwartung.
Je höher die behaupteten Leistung der Spitzenmänner in den Unternehmen bewertet werden, desto geringer wird die Beziehungsarbeit der Frauen an der Basis der Gesellschaft bewertet. Der „Leistungsträger" ist ein zeitgenössischer neoliberaler Sexismus. Daniel Vasella und Wendelin Wiedeking gelten als „Hochleistungsträger".

Als Ausweg schlage ich die Gerechtigkeitsformel 2010 vor
In Anspielung auf die **Agenda 20-10** in Deutschland.
Die höchsten Einkommen dürfen nicht mehr betragen als das 20fache der Mindestlöhne.
Niemand soll mehr aneignen dürfen als 10 Millionen Euro (das ist wahrscheinlich noch zu viel, aber irgendwo sollten wir die Debatte beginnen.)
Für die Begrenzung von Ungleichheiten gibt es heute schon breite Mehrheiten, zum Beispiel 81% der CDU-WählerInnen.

Es gibt noch ein wichtiges Argument für die Begrenzung der Ungleichheiten:
Macht: Wir alle kennen das Prinzip der Gewaltentrennung. Dem liegt ein einfacher Gedanke zugrunde: Niemand darf in einer Demokratie zu mächtig werden….
Heute ist die Macht am Stärksten im Ökonomischen konzentriert …
Das Prinzip der Gewaltenteilung in die Gegenwart übersetzt erfordert die Festlegung von Grenzen für die ökonomische Ungleichheit.

Mindestlohn und Höchstlohn wären ein erstes Element eines europäischen Sozialmodells, auf das wir so stolz sind.

Das europäische Sozialmodell wird immer als DER große Vorzug Europas gegenüber den USA dargestellt. Derzeit fördert die EU das asoziale Verhalten von Nokia und das Gegeneinanderausspielen der EU-Mitgliedsstaaten. Das ist keine Europäische Gemeinschaft, das ist eine Arena. In der die Demokratie geschlachtet wird. Weil ALS GLADIATOREN demos gegen Demos antreten muss?
Die WEF-Konzerne haben dieses Gegeneinander durchgesetzt, weil sie davon profitieren. Die imWEF zusammengeschlossenen psychopathischen Rechtskonstruktionen sind für die europäische Integration über den Standortwettbewerb verantwortlich.

Ein europäisches Sozialmodell, das diesen Namen verdient, würde hohe und ehrgeizige Sozial-, Arbeits- und Steuerstandards einrichten, es würde die innerbetriebliche Mitbestimmung und die Wirtschaftsdemokratie stärken und die **Arbeitszeit** auf 20 oder 30 Wochenstunden **verkürzen** (das letzte Drittel des Weges: von 80 auf 40 Wochenstunden haben wir bereits geschafft; da müssen 20 auch noch möglich sein).
Ein „europäisches Sozialmodell", das diesen Namen verdient, würde neben budgetären Konvergenzkriterien auch soziale und ökologische Konvergenzkriterien verbindlich festschreiben.
Im neuen **EU-Vertrag** steht wörtlich. *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern."*
Es steht nicht drinnen:
„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre Arbeitslosigkeit und Armut schrittweise abzubauen."
„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihren ökologischen Fußabdruck und absoluten Ressourcenverbrauch Schritt für Schritt zu verkleinern, zum Beispiel um 3% pro Jahr."

Egal, ob das die Konkurrenzfähigkeit Europas beeinträchtigt.
Die Konkurrenzfähigkeit darf nicht das oberste Ziel sein, sie ist das falsche Ziel:
Wenn Europa besser [wettbewerbsfähiger] ist als die andere, müssen die anderen zwingen logisch schlechter sein.
Europa muss sozial, ökologisch, demokratisch und friedlich werden – und solidarisch mit allen anderen Teilen der Welt.
Attac setzt sich in ganz Europa dafür ein.

Zürich, 26. Jänner 2008
www.christian-felber.at



EUROPA

Christian Felber, attac Österreich

„Es gibt eine Kluft zwischen Völkern und Regierenden“

70 Prozent der europäischen Bürgerinnen und Bürger wollen über den EU-Reformvertrag abstimmen. Doch die Regierungen sagen nein.

Der EU-Verfassungsvertrag war ursprünglich dazu angelegt, die **europäische Identität** zu kitten: Fahne, Hymne, EU-Gesetze: „Wir“ sind EuropäerInnen. Jacques Chirac ließ siegessicher ein Referendum abhalten, um sich feiern zu lassen, 98% der französischen ParlamentarierInnen sagten „oui“, doch das Volk versagte. Die meisten Medien interpretierten das „Non“ als Denkzettel für Chirac oder nationalistisch. Doch es war das bestinformierte Nein in der Geschichte der französischen Demokratie. In zahllosen öffentlichen Diskussionen debattierten in den kleinsten Gemeinden Hunderte Interessierte bis Mitternacht die letzten Paragraphen. Umfragen zufolge waren der neoliberale Kurs der EU und der neoliberale Inhalt der Verfassung die Hauptgründe für das Non. Dann erst kamen Regierungskritik und Türkei-Beitritt. Kurz darauf folgte das „Nee“ in Holland. Und selbst in Luxemburg stimmten 43 Prozent der Bevölkerung mit Nein, nachdem 100 Prozent der ParlamentarierInnen ja gesagt hatten. „*Es gibt eine Kluft zwischen Völkern und Regierenden*“, formulierte Nicolas Sarkozy treffend. Mit dem Reformvertrag wird diese noch tiefer.

Der „**Verfassungsschmuck**“ des Vertrages wurde **abgelegt**, die **Substanz bleibt erhalten**, nach Österreichs Außenministerin Plassnik „*zu 95%“. Konventspräsident Giscard d'Estaing nannte ihn „den gleichen Brief in neuem Umschlag*“. Ziel der Abschmink-Operation war die Vermeidung von Referenden, wie d´Estaing und Italiens Ex-Staatspräsident Giuliano Amato unumwunden zugaben. Österreichisches Kuriosum: Während sich beim Verfassungsvertrag die Experten Heinz Mayer, Theo Öhlinger, Bernhard Raschauer und Heinrich Neisser einig waren, dass eine Volksabstimmung erforderlich sei, sieht das beim Reformvertrag keiner mehr so. Nur weil Fahne und Hymne demontiert wurden und der Außenminister jetzt Hoher Vertreter heißt?

Laut Regierungen wird der Vertrag „demokratischer, sozialer und ökologischer“. Beim Thema **Demokratie** bringt er tatsächlich einige Fortschritte gegenüber Nizza: Das Parlament darf nun in fast allen Bereichen mitentscheiden, auch wenn es in der Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Atompolitik unverändert ohne Stimmrecht bleibt. Es darf auch weiterhin keine Gesetze initiieren und – anders als in den Mitgliedstaaten – die einzelnen Mitglieder der „Regierung“ (Kommission) weder wählen noch abwählen. Ein Beispiel: Wenn Günter Verheugen keine „nachhaltige“ Industriepolitik macht (im Vertrag gefordert), sondern nationalistische (deutsche) und unökologische (Autohersteller-)Interessen vertritt, kann ihm das Europaparlament nicht das Misstrauen aussprechen, es müsste auch die restlichen 26 (nach 2014 weniger) Kommissare abberufen, was es nicht machen wird. Man kann das – in Summe – als „größten Demokratieschub der letzten zwanzig Jahre“ bezeichnen wie Othmar Karas oder als das inakzeptable Zurückbleiben hinter dem Demokratieniveau der Nationalstaaten.

Der wirkliche Skandal der neuen europäischen Hausordnung ist der allumfassende **Vorrang des Wettbewerbs** bei gleichzeitig schwindsüchtiger Sozialpolitik. Die Verschlechterungen gegenüber Nizza sind sonder Zahl:
Die neue Verpflichtung zu Budgetüberschüssen wird ohne Maßnahmen gegen Steuerwettbewerb die öffentlichen Defizite vergrößern und den Druck auf Sozialabbau und Privatisierungen verschärfen.
Die Preisstabilität wird zum neuen Unionsziel, was von Arm zu Reich verteilt und Arbeitsplätze kostet.
Der neue Hinweis auf „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (die EU kennt keine öffentlichen Dienstleistungen) schützt diese nicht vor dem Wettbewerbsrecht, sondern liefert sie ihm aus.
Obwohl die EU sich in Afrika gerade eine empfindliche Abfuhr bei ihrer Offensive für „Freihandel“ (besser: Zwangshandel) geholt hat, wird der globale Einsatz dafür noch verschärft. Von fairem Handel kein Wort! Ausländische Direktinvestitionen werden neu in die gemeinsame Handelspolitik aufgenommen. Das heißt, falls ein neues Investitionsschutzabkommen wie das MAI droht, könnte kein nationales Parlament mehr dagegen stimmen. Auf das wachsende Unbehagen in der Globalisierung reagiert der Reformvertrag mit Demokratieabbau.

Absolut unerklärlich ist Artikel 27: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Ich dachte, die EU sei ein Friedensprojekt. Der Vertrag sieht erstmals Rüstungsagentur vor. Deren erster Chef, Alexander Weis, bezeichnete 2008 vorsorglich als „Jahr der Rüstung“. Das Wort „Abrüstung“ oder eine „Friedensagentur“ sucht man vergeblich im Vertragstext.
Die **NATO** wird aufgewertet: Während die Sicherheitspolitik der NATO-Mitglieder im Vertrag von Nizza der Sicherheitspolitik der EU „nicht zuwiderlaufen“ durfte, bildet im Reformvertrag die NATO „das Fundament“ der Sicherheitspolitik ihrer EU-Mitglieder. Eine echte Friedensunion müsste in ihrer Verfassung festschreiben, dass Mitglieder, die einen **Angriffskrieg** starten, automatisch die Mitgliedschaft verlieren. Das könnte einen zukünftigen Irakkrieg verhindern, weil sich Großbritannien, Polen, Spanien und Co. einen Bruch des Völker- und Menschenrechts dreimal überlegen würden.

Die **Grundrechtecharta** ist an sich erfreulich, doch dass sie in den Anhang verbannt wurde, provoziert. Sie gilt auch nicht für alle, Polen und England zieren sich. Neben dem Euro und Schengen gibt es damit ein weiteres Kerneuropa mit Peripherie. Bei Grundrechten ist das besonders peinlich. Wie soll die EU international glaubwürdig als Menschenrechtsgemeinschaft auftreten, wenn sie sich beim Freihandel einig ist, aber nicht bei den Grundrechten? Die Abschwächungsformeln: „Durch die Charta werden die Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert.“ Und: Sie „macht die anerkannten Rechte und Grundsätze besser sichtbar, schafft aber keine neuen Rechte“, nehmen ihr jede Kraft. So wird die Charta keine einzige EU-BürgerIn aus der Armut holen, mit einem Arbeitsplatz, einer Krankenversicherung oder einem Obdach ausstatten.

Eine menschennahe Union müsste neben den budgetären auch verbindliche soziale und ökologische **Konvergenzkriterien** festschreiben, etwa so: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die Armut und Arbeitslosigkeit schrittweise zu verringern.“ „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihren Ressourcenverbrauch jährlich um drei Prozent zu verringern.“ Werden die messbaren Ziele nicht erreicht, flattern blaue Briefe.

Da in der **Sozial- und Steuerpolitik** das Einstimmigkeitsprinzip weiter gilt und dadurch die Handlungsfähigkeit der Union ausgerechnet dort nicht erhöht wird, wo sie sie am dringendsten nötig wäre, wird der innereuropäische Standortwettbewerb unvermindert weitertoben. Der Binnenmarkt wird als soziale Zentrifuge Reich und Arm polarisieren – ohne jeden Umverteilungsmechanismus.
Ein europäisches Sozialmodell, das sich gegen das neoliberale US-Modell ernsthaft profilieren will, müsste sagen: Wir richten BIP-abhängige Lohn- und Sozialkorridore ein (mit Konvergenzziel EU-weiter Mindest- und Höchstlohn) und schaffen gemeinsame Arbeits- und Steuerstandards, um den Standortwettbewerb ein für allemal zu beenden. Wir richten **öffentliche Güter** nicht nur auf kommunaler, Landes- und bundesstaatlicher Ebene ein, sondern auch auf EU-Ebene, zum Beispiel eine EU-weites öffentliche Bahn mit Internet-Bahnhöfen. Keine Spur von alledem. Solange die EU **einseitig nur die Wirtschaftsfreiheiten** durchsetzt, wird das unsoziale Ergebnis Populisten und Nationalisten einladen, ihr Anti-EU-Süppchen zu kochen. Wenn die Regierung proeuropäische KritikerInnen mit Nationalisten in einen oppositionellen Eintopf wirft, um sich vor einer differenzierten Debatte zu drücken, ist dem Demokratie-, Friedens- und Wohlstandsprojekt ein Bärendienst erwiesen.

Die österreichische Regierung setzt auf speed kills: Im Dezember peitschte sie eine Verfassungsreform durch den Nationalrat, um sich das Ermächtigungsgesetz zur Ratifizierung des Reformvertrages zu ersparen. Damit gewinnt sie drei Monate. Und die demokratische Diskussion verliert drei. Die viel beschworene europäische Öffentlichkeit wird im Keim erstickt. So macht man den Menschen das europäische Haus, das sie bewohnen sollen, nicht schmackhaft. In **Österreich** verlangen in der Plattform Volxabstimmung mehr als 40 Organisationen ein Referendum. 17 europäische Attac-Organisationen fordern, dass die Menschen direkt die Mitglieder eines Konvents wählen sollen, der die Hausordnung – einen neuen Vertrag – verfasst. Über das Ergebnis entscheidet der Souverän: die EU-Bürgerinnen und -Bürger.

http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Reformvertrag_Furche.pdf

Plattform Volxabstimmung über den EU-„Reform“vertrag

Wien: Menschenkette um das Parlament

Samstag, 5. April 2008, 15:00

Treffpunkt beim Westbahnhof um 13:00 Uhr, Kundgebungsmeile in der Mariahilferstraße gemeinsam zum Parlament

Noch vor dem Sommer ist der Beschluss des so genannten EU-„Reform“vertrages durch den Nationalrat geplant, wenige Zeit danach durch den Bundesrat. Eine Volksabstimmung soll, geht es nach dem Willen des EU-Establishments, unter allen Umständen verhindert werden, so auch in Österreich. Gemäß Art. 44 Abs. 3 B-VG kann jedoch ein Drittel der Mitglieder des National- oder des Bundesrats die Durchführung einer Volksabstimmung mit ihrem Stimmverhalten erzwingen. Wir erinnern alle Abgeordneten an ihre persönliche Verantwortung und fordern sie auf, eine Volksabstimmung zu ermöglichen. **Wir rufen zur Organisierung von „Volksabstimmungen von unten“** auf: in Gemeinden, in Betrieben, Schulen, Stadtteilen usw.

Die Plattform Volxabstimmung, der bereits mehr als 40 Organisationen angehören, konzentriert sich auf die Durchsetzung einer Volksabstimmung, nicht auf einzelne Argumente für oder wider den EU-„Reform“vertrag. Sie ist überparteilich und fordert alle Parteien auf, ihren demokratischen Verpflichtungen nachzukommen. Gleichzeitig grenzt sie sich gegenüber Parteien und Organisationen ab, welche die Forderung nach Volksabstimmung mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Motiven vermengen. Es geht nicht um „uns“ ÖsterreicherInnen gegen „die EU“, sondern um eine demokratische Grundlage für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben aller Menschen in Europa.

Der EU-Verfassungsvertrag ist aufgrund ablehnender Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert. Stattdessen wurden nun dieselben Inhalte – mit wenigen **kosmetischen** Retuschen, die vor allem der Verhinderung von Volksabstimmungen dienen – in die bestehenden Unionsverträge eingearbeitet und sollen als EU-"Reform“vertrag (Vertrag von Lissabon) Rechtskraft erlangen. Es gibt umfassende Kritik am vorliegenden Vertrag:

1. an der Verpflichtung zur permanenten **Aufrüstung**, an der Selbstermächtigung zu globalen Militärinterventionen und der damit verbundenen **Beugung der Neutralität**

2. an der Verankerung einer offenen Marktwirtschaft mit freiem **Wettbewerb**

3. am nicht vorhandenen Schutz der öffentlichen Dienste vor Liberalisierung und **Privatisierung**

4. an der Verpflichtung zur finanziellen Förderung der **Atomenergie**

5. an der Förderung des **Steuer- und Sozialdumpings**

6. an der Übertragung großer Entscheidungsmacht an demokratisch nicht mehr kontrollierbare **Instanzen** (Kommission, Rat, EZB, Rüstungsagentur, Ratspräsident, Hoher Beauftragter für Außenpolitik).

Ein System, das nicht auf Kooperation und Solidarität, sondern auf Wettbewerb und Egoismus aufgebaut ist, trägt den Keim von Rücksichtslosigkeit und Gewalt in sich.

Trotz unterschiedlicher Positionen in der Bewertung des „Reform“vertrages eint uns die Überzeugung, dass eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss und es keinen triftigen Grund dagegen gibt. Wir fühlen uns als Teil der europaweiten Bewegung für Volksabstimmungen über den EU-„Reform“vertrag. Nur über die Einbeziehung aller Menschen in die Entscheidungsfindung kann ein anderes Österreich, ein anderes Europa entstehen. Kein Argument wird dadurch richtig, indem es **verheimlicht und die öffentlichen Debatte verweigert** wird und indem die Regierungen den Vertrag mit Täuschung anstatt mit Überzeugung durchzusetzen versuchen. Die Menschen werden nicht vergessen, dass ihnen ihr Recht, über ihre eigene Zukunft mitzubestimmen, vorenthalten wird, wenn jetzt dieser Vertrag im Parlament einfach durchgewunken wird. Sie werden sich dabei auch auf profunde Stimmen berufen können, welche die Durchführung einer Volksabstimmung als rechtlich zwingend erachten.

Die Beschlussfassung des EU-„Reform“ vertrages im Parlament ohne Durchführung einer Volksabstimmung in Österreich erfolgt **nicht in unserem Namen**.

Deshalb bilden wir am Samstag, 5. April 2008 um 15 Uhr eine Menschenkette rund um das Parlament.

http://www.volxabstimmung.at

S. auch attac Österreich
http://community.attac.at/euattac.html

attac Frankreich

Ein aufgezwungener Vertrag

Erklärung zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch das französische Parlament

Versailles, den 4. Februar 2008

Die Abgeordneten haben heute über die Verfassungsänderung abgestimmt, die für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon erforderlich ist. Damit haben sie die Verletzung der Amtspflicht des Präsidenten gutgeheißen, die darin besteht, dass er dem französischen Volk den Vertrag aufzwingt, den dieses 2005 abgelehnt hat. Mit dem Einverständnis der meisten Abgeordneten und Senatoren wurde einer der schwersten Anschläge auf die Demokratie in unserem Land verübt. Sie hatten jedoch die Möglichkeit, den Prozess zu blockieren und dem Präsidenten gegenüber ein Referendum durchzusetzen. Sie haben es nicht gemacht und sich dabei auf allerlei trügerische Begründungen berufen.
Attac möchte aber diejenigen Abgeordneten lobend erwähnen, die in Versailles - manchmal gegen die von oben gegebenen Anweisungen und ungeachtet ihrer Meinung über den Inhalt des Vertrags – diese Verweigerung der Demokratie nicht unterstützen und dem Volkssouverän das Wort zurückgeben wollten. Ebenso begrüßen wir die starke Mobilisierung, die heute in Versailles während des Kongresses zustande kam, wo sich mehr als 1000 Personen versammelt hatten. Sie ist ein Beweis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht darauf verzichtet haben, sich zu Wort zu melden. Sie und Hunderte von öffentlichen Versammlungen der letzten Monate zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger immer noch für die europäische Frage interessieren.
Was in Frankreich passiert ist, wird sich leider in den meisten Staaten der Europäischen Union wiederholen, da sich die Gesamtheit der politischen Führungen darüber einig ist, diesen Text im Sturmschritt durchzubringen, ohne je die Menschen nach ihrer Meinung zu fragen. Nur in Irland wird es aufgrund der Verfassung ein Referendum geben.
Dieser Prozess macht deutlich, dass es den neoliberalen Eliten nicht gelungen ist, die Zustimmung der Europäer für ihr Konzept zu erreichen. Da man das neoliberale Europa nicht mehr ohne die Völker bauen kann, hat man es gegen ihren Wählerwillen aufgebaut. Die anti-demokratischen Vorgehensweisen häufen sich: Fehlen von Volksbefragungen, Infragestellung der nationalen Sozialrechte durch einen allmächtigen Gerichtshof... Diese tödliche Fehlentwicklung wird nicht mehr sehr lange andauern können. Die Finanzkrise, die weit über die Banken hinaus Schaden anrichtet, zeigt uns heute erneut, dass der Neoliberalismus dringend überwunden werden muss.
Deshalb werden Attac France und die europäischen Vereinigungen von Attac zu den folgenden Themen weiterhin handeln – mit Aktionen und leichtverständlichen Analysen: Kritik der neoliberalen Politiken, Benennung konkreter Alternativen, aktive Mitarbeit beim Aufbau europäischer sozialer Mobilisierungen. Attac wird insbesondere schnell Initiativen ergreifen, um aus der französischen Präsidentschaft und dann aus den Europawahlen 2009 wirkliche Momente der Mobilisierungen und Diskussionen zu machen. Das Europäische Sozialforum im September 2008 wird ebenfalls ein wichtiger Augenblick sein, um alle Initiativen der Bürgerinnen und Bürger zu versammeln und Entwürfe für das von uns gewünschte Europa vorzubringen.

Bei der Abstimmung für die Änderung der französischen Verfassung haben 560 mit „ja“ gestimmt, 181 mit „nein“, 152 haben sich enthalten. Damit war die erforderliche Mehrheit von 3/5 der Stimmen erreicht, so dass der Ratifizierungsprozeß OHNE Volksabstimmung zu Ende gebracht werden konnte, was noch in derselben Woche geschah. Bemerkenswert das Abstimmungsverhalten der Sozialistischen Partei (PS): 121 „Nein“-Stimmen, aber auch 32 «Ja» Stimmen und 142 Enthaltungen; 5 haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Bei einer geschlossenen Ablehnung der Verfassungsänderung durch die PS wäre die 3/5 Mehrheit NICHT erreicht worden.(M.V., SiG-R.)

Erklärung des Verwaltungsrats von attac Frankreich

Montreuil, am 9. Februar 2007

(…) Der neue Vertrag wird nicht durch die Menschen in der EU legitimiert sein. Der Vertrag - hinter verschlossenen Türen erstellt und von den Regierungschefs abgesegnet, um dann von den einzelnen Parlamenten ratifiziert zu werden - entbehrt jeglichen Rückhalts bei den Völkern in Europa. Das NEIN in Frankreich und den Niederlanden hat Europa nicht «handlungsunfähig» gemacht, sondern vielmehr eine tiefe – heute bitter enttäuschte – Hoffnung erweckt. **Die EU war vor diesem Vertrag neoliberal und undemokratisch, sie wird es nach der Ratifizierung bleiben, allerdings mit einem grundlegenden Unterschied: die geknebelten Völker in Europa sehen nun immer deutlicher, dass das aktuelle Europa ohne sie und gegen sie errichtet wird.**
Vor diesem Hintergrund gilt es zu überlegen, welche Perspektiven wir anbieten, welche Auseinandersetzungen wir führen wollen und welche wichtige **Mobilisierungsanlässe** wir wahrnehmen.
Für die nähere Zukunft bieten sich in Europa bereits mehrere solche Anlässe an:
- auf der nationalen Ebene: Mit dem französischen EU-Vorsitz und den **Europawahlen** im Juni 2009 können die EU und ihre Institutionen in den Brennpunkt des Interesses gestellt werden;
- für attac und die Bewegung für eine Andere Welt sind die erste europäische attac-**Sommerakademie** vom 1. bis 6. August 2008 und das **Europäische Sozialforum** im Malmö vom 17. bis 21. September 2008 zwei wichtige Mobilisierungsanlässe.

Wir wollen erneut die Initiative ergreifen und diese Mobilisierungschancen nutzen, um Alternativen Gehör zu verschaffen und für die Zukunft Europas wegweisende Mobilisierungen anzustoßen. Attac wird - sowohl eigenständig als auch gemeinsam mit anderen - Schwerpunkte setzen, und dabei auf die breite und vielfältige Präsenz von Vereinigungen, Gewerkschaften und anti-neoliberalen Kräften aus der Politik achten.
Die aktuelle politische Lage erfordert sowohl Grundsatzdebatten, insbesondere über die Gestaltung Europas, als auch das Vorbringen konkreter Forderungen mit Mobilisierungscharakter. Diese stützen sich auf globaler ausgerichtete, von attac und der Bewegung für eine Andere Welt getragene Analysen und Vorschläge.
In den kommenden Monaten wird das Buch „Petit Libre“ über Europa erscheinen, mit Analysen und Vorschlägen von attac für ein anderes Europa, das wir uns wünschen.

Angesichts der Krise des Finanzkapitalismus muss attac **eine große Kampagne zur Regulierung der Finanzmärkte** auf europäischer und internationaler Ebene initiieren. Der Verwaltungsrat schlägt vor, in den nächsten Monaten folgenden Zielen **Priorität** einzuräumen:
– Informationsarbeit in der Bevölkerung, gemeinsam mit den Ortsgruppen, um unsere Kritik an Wirtschafts- und Geldpolitik sowie unsere Alternativen zu verbreiten;

– eine große Kampagne zu Finanzregulierungen. attac Frankreich wird Trägerin dieser Kampagne und stellt deren Konzept und Inhalte den anderen europäischen attacs für die Europawahlen 2009 zur Verfügung.

Die Kampagne muss sich orientieren an den Schwerpunkten der EU-Agenda, bzw. der französischen Präsidentschaft. Sie stehen im Mittelpunkt der heurigen Mobilisierungen, in die sich attac Frankreichvoll einbringen will, gemeinsam mit den europäischen attacs und der Bewegung für eine Andere Welt. Diese Schwerpunkte sind:

- die Strategie «Global Europe», darunter insbesondere die bilateralen Freihandelsabkommen;
- die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die in diesem Jahr wieder auf die Verhandlungstische kommt. Geplant sind bereits: eine Kampagne gemeinsam mit CCFD, Peuples Solidaires, Artisans du Monde, Confédération paysanne, Amis de la Terre, sowie ein Buch der europäischen attacs und von Via Campesina Europa;
– Agrargentechnik: Start einer gemeinsamen europäischen Kampagne;
– das Arbeitsrecht als zentrales europäisches Thema, vor allem angesichts des Grünbuchs der EU-Kommission über das Arbeitsrecht und der EuGH-Entscheidungen Viking und Laval-Vaxholm;
– die Migrationsfrage, die der französische Staatschef zu einem Schwerpunkt seiner EU-Präsidentschaft machen will.

Künftige Kampagnen zu nationalen Schwerpunkten, insbesondere zu Altersrenten, müssen ebenfalls mit den europäischen Aspekten abgestimmt werden.

http://www.france.attac.org/spip.php?article8244
Übersetzung: Birgit Woerishofer, coorditrad .

Bernard Cassen
Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon wird verheerende Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in demokratische Prozesse haben.

Bernhard Cassen, Ehrenvorsitzender von Attac, hielt diese Rede im Namen des Verbandes „Mémoire des luttes“, auf dem Treffen des Nationalen Komitees für ein Referendum in der Halle Carpentier in Paris, am 2. Februar 2008.

Es ist nicht übertrieben, wenn man eine logische Übereinstimmung der beiden aktuellen politischen Prozesse feststellt: Einerseits die neue internationale Finanzkrise, welche durch den Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes hervorgerufen wurde und andererseits die Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon, der Klon des europäischen Verfassungsvertrages, den die Franzosen und die Niederländer im Frühjahr 2005 abgelehnt hatten.
In beiden Fällen heiligte der Zweck die Mittel. Alles nimmt seinen Anfang mit betrügerischen Machenschaften von Marktschreiern, die nur ein einziges Ziel (materiell oder politisch) verfolgen, alles endet mit Schäden, die weitgehend "sozialisiert" werden.

Im Falle dieser **„Subprime-Krise“** haben unehrliche Broker Hypothekenkredite an gutgläubige US-amerikanische Haushalte verkauft, obwohl sie ganz genau wussten, dass diese Kredite höchstwahrscheinlich nicht zurückgezahlt werden konnten und dass damit den Hausbesitzern Pleite und Verlust ihres Hauses drohten. Nachdem sie die Prämie eingesackt hatten, teilten die Finanzinstitute diese Kredite in Tranchen auf und vermischten sie mit anderen Finanzprodukten, die weniger risikobehaftet waren. Diese wurden dann zu neuen Titeln an andere Einrichtungen verkauft, die sie wiederum weiterverkauften usw. So wurde das Finanzsystem allmählich durch diese „verdorbenen " Effekten in einem Ausmaß verseucht, das zwar noch nicht abzuschätzen ist, aber enorm sein wird.

Im Falle des Vertrages von Lissabon hat der **Marktschreier Sarkozy** anlässlich seiner Präsidentschaftskampagne den Wählern einen „Minivertrag“ oder „vereinfachten Vertrag“ vorgetäuscht, der - so sprach er sich aus - mit dem 2005 abgelehnten Verfassungsvertrag nichts Gemeinsames hatte und demzufolge kein Referendum benötigte. Wir wissen, was Miniaturisierung und Vereinfachung in diesem Zusammenhang bedeuten: Ein Text mit 287 Seiten und 356 Änderungen gegenüber früheren Verträgen, ergänzt durch eine Abschlussakte von 36 Seiten, 13 Protokolle, 65 Erklärungen und einen Anhang, die alle juristisch das gleiche Gewicht haben.

In seiner **Verschaukelungskampagne** hat dieser Marktschreier von der heimlichen Unterstützung der Massenmedien profitiert und profitiert auch weiterhin davon. Entgegen besserem Wissen sprechen diese von einem „Mini-Vertrag“ einem „vereinfachten Vertrag“, um zu vertuschen, dass **die Entscheidung eines ganzen Volkes durch seine parlamentarische Vertretung widerrufen wird**. Deswegen wurde anstelle eines Referendums die Einberufung des Kongresses beschlossen, auf dem die Verfassungsänderung verabschiedet werden soll, die für die spätere Annahme des Vertrages notwendig ist.
.
Obwohl er Falsches vorspiegelte, hatte Nicolas Sarkozy trotzdem ein bisschen Farbe bekannt: Es würde kein Referendum geben. Dies umso mehr als er hinter vorgehaltener Hand vor den Journalisten formulierte, dass eine Volksbefragung wieder zu einem „Nein“ führen würde. Die Sozialistische Partei hatte auch Farbe bekannt, aber im umgekehrten Sinne: sowohl in ihrem Programm, als auch in den Vorschlägen der Kandidatin Segolene Royal, wurde zur Annahme jeglichen neuen europäischen Vertrags die Durchführung eines Referendums gefordert.

Wir wissen ja, was daraus wurde: Die über das „Nein“ der Mehrheit ihrer eigenen Wähler und einer großen Fraktion ihrer Delegierten verärgerte Parteiführung konnte der Versuchung nicht widerstehen, sich zu rächen, und machte sich zum Komplizen der Verleumdung der Demokratie durch Sarkozy. Außerdem hat sie sich äußerst **scheinheilig** verhalten, indem sie dafür gesorgt hat, dass das - angeblich von ihr geforderten -Referendum nicht stattfand. Obwohl ein einstimmiges „Nein“ der Opposition im Kongress von Versailles mit der Unterstützung einiger Stimmen rechter Dissidenten die Verfassungsänderung blockieren und den Staatspräsidenten zur Durchführung eines Referendums zwingen konnte, hat sie sich zunächst für einen Boykott und darauf folgend für eine **Enthaltung** ausgesprochen. Zwei Arten, „Ja“ zu sagen, da nur die abgegebenen Ja/Nein-Stimmen berücksichtigt wurden.

So wie die Subprimes, die das gesamte internationale Finanzsystem lahm gelegt haben, wird der „sarkosozialistische“ Gesinnungswandel hinsichtlich der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon verheerende Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in demokratische Prozesse haben.
- indem die Souveränität des Volkes durch die gewählten Vertreter in vollem Bewusstsein mit Füßen getreten wird
- indem sich zeigt, dass die Wahlversprechen der größten Oppositionspartei Betrug war
- indem ein Europa aufgezwungen wird, das die Menschen offensichtlich nicht wollen

Insbesondere durch einen Vertrag, der auch die geringste Begrenzung des freien Kapitalverkehrs verbietet und der damit den Export von Risiken „verdorbener“ Effekten auf globaler Ebene in voller Breite ermöglicht.

Ist nicht in dieser Hinsicht die Zeit gekommen, die Europäische Union an sich als eine wahrhaftige Liberalisierungsmaschinerie in Frage zu stellen, und zu überlegen, wie wir uns von ihrem Joch befreien können?

http://www.memoiredesluttes.org/index.php?action=article&numero=21&PHPSESSID=d94794df242ca739d253a7b2d3107f5e
Übersetzung: Kirtsten Heininger , coorditrad und SiG-Redaktion,

Weitere Infos zum Vertrag von Lissabon: www.attac.de/lissabon

Annette Groth

„Neuer Zyklus der Lissabon-Strategie" - die Neuauflage des neoliberalen „Reformpakets“

Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März sollen im Rahmen eines *„neuen Zyklus der Lissabon-Strategie“* weitere "Reformen" beschlossen werden. Die Lissabon-Strategie, verabschiedet im März 2000, verfolgt das Ziel, die EU bis 2010 zum *„wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt"* zu machen.

Kritiker bezeichnen die Lissabon-Strategie als eine **„europäische soziale Abrissbirne“**, die den Konzernen Riesengewinne beschert, Arbeitsplätze vernichtet und den Einzelnen nicht nur neue Steuerlasten, sondern auch finanzielle „Eigenverantwortung“ für die Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürdet. Arbeitssuchende werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen und es scheint, dass Länder mit den niedrigsten Sozialstandards in Europa beispielgebend für andere EU-Mitgliedsstaaten werden. Damit „sich Arbeit wieder lohnt“, werden europaweit die Sozialleistungen bis an den Rand des Existenzminimums gedrückt. Mit Hinweis auf die notwendige „Wettbewerbsfähigkeit“ in Zeiten der Globalisierung wird suggeriert, dass die tendenzielle Angleichung der Löhne nach unten die einzige Möglichkeit ist, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu können. Mit der Einführung von Agenda 2010, Hartz IV, den Mini- und Ein-Euro-Jobs, der Rente mit 67, der Gesundheitsreform und der 2002 beschlossenen Abschaffung der Versteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, die zum Aufstieg der „Heuschrecken“ beigetragen haben, hat Berlin die Lissabon-Vorgaben sehr gut erfüllt.

Im Dezember 2007 haben die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten einen " neuen Zyklus der Lissabon –Strategie“ beschlossen. Als Bereiche für einen weiteren „Reformbedarf“ wird neben dem viel beschworenen „Wettbewerb“ und der Vollendung des Binnenmarkts, auch die ***„Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ und „Flexicurity“*** genannt. (Tagung des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2007 in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 16616/07, S. 10, http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st16/st16616.de07.pdf)

Öffentliche Verwaltung in privater Hand

Eine „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ wird aller Voraussicht nach durch **öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)** in Angriff genommen. Im Rahmen des „neuen Zyklus der Lissabon-Strategie“ sollen die öffentlich-privaten Partnerschaften vorangetrieben werden, die auch von der EU durch günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) gefördert werden.

Im April 2007 wurde die Bertelsmann Tochter **arvato** government services offizieller Partner der Stadt Würzburg für eine Neuausrichtung und Aufgabenverteilung der öffentlichen Verwaltung. (http://www.arvato.com/index.php?LANG=de&PAGE=news)
Mit diesem ÖPP-Projekt ist arvato erstmalig in den Markt für Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Deutschland eingestiegen und kann seine Erfahrungen aus Großbritannien verwerten, wo das Unternehmen 2005 die kommunale Verwaltung einer mittelgroßen Stadt mit 325.000 Einwohnern übernommen hatte. In East Riding hat arvato u.a. lokale Steuern eingezogen, Subventionen und Beihilfen ausgezahlt sowie die Lohn- und Gehaltsabrechnungen, das Management der 14 Bürgerbüros und das Bereitstellen der nötigen IT-Infrastruktur übernommen. David Nolan, Vorsitzender der Liberalen Demokraten in East Riding, kritisiert das ÖPP-Projekt als eine „verkleidete Privatisierung“ der kommunalen Verwaltung. Um demokratische Mitbestimmung und Kontrolle zu gewährleisten, müssen strategische Entscheidungen wie zum Beispiel Planungsverfahren und Rechtsvorschriften in der öffentlichen Hand bleiben, fordert Nolan. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, auf die die Bertelsmann-Stiftung EU-weit drängt, hat die Arbeit von arvato erst ermöglicht und ist mittlerweile der profitabelste Bereich des Bertelsmann-Konzerns.

Seit der Amtszeit von Margaret Thatcher werden in Großbritannien Straßen, Krankenhäuser, Gefängnisse, Altenheime und Sozialwohnungen mit Hilfe der Privatwirtschaft gebaut und unterhalten. 15 bis 25 Prozent der öffentlichen Investitionen werden in Großbritannien für ÖPPs ausgegeben, in Deutschland sind das noch wesentlich weniger, die Bundesregierung strebt allerdings eine ÖPP-Quote von 15 % der öffentlichen Investitionen bis zum Ende des Jahrzehnts an.

Bei den öffentlich-privaten Partnerschaften wird im Gegensatz zu den reinen Privatisierungsgeschäften nichts verkauft, sondern die öffentliche Hand verpflichtet sich, 20 bis 30 Jahre lang für die Nutzung eines Medienhauses, wie z.B. in Mülheim an der Ruhr, Miete zu zahlen oder sie muss für die Verwaltungsaufgaben, die sie an ein Unternehmen auslagert, Gebühren entrichten. Für den Privatisierungsexperten Werner Rügemer ist ÖPP keine "Partnerschaft", sondern eine einseitige Gewinnversicherung für private Unternehmen, die ihre Profite maximieren wollen.

„Flexicurity“ auf dem Arbeitsmarkt – flexibel und sicher

Neben der Neuauflage der Lissabon-Strategie nahm der Europäische Rat im Dezember 2007 auch den Vorschlag der EU-Kommission für „Flexicurity-Grundsätze“ an. (http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st16/st16201.de07.pdf)

2008 sollen in allen EU-Mitgliedstaaten Flexicurity-Strategien unter Beteiligung der 'Sozialpartner' und der Zivilgesellschaft diskutiert und entwickelt werden. Die Einbeziehung der 'Sozialpartner' und der Zivilgesellschaft ist darum wichtig, weil sie *„das Bewusstsein der Bürger für die Flexicurity-Maßnahmen und deren Bedeutung für die Reform der europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle“* schärfen, d.h. die Akzeptanz weiterer „Reformen“ in der Bevölkerung fördern sollen.

Bereits vor der EU-Ratentscheidung hat der Bundesrat im September einen Beschluss zur Flexicurity gefasst und die Vorteile der Flexicurity-Maßnahmen herausgestellt.
Flexicurity, eine Wortschöpfung aus den englischen Wörtern flexibility (Flexibilität) und security (Sicherheit) suggeriert, dass trotz flexibler Arbeitsformen und ausgehöhltem Kündigungsschutz eine gewisse Sicherheit auf dem Arbeitsmark besteht. Laut Bundesratbeschluss profi-

tieren insbesondere *„Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von mobilen und flexiblen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie können schneller auf verschiedene Wirtschaftslagen reagieren und ihre Betriebe so im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig halten. Sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern kommen Maßnahmen flexibler Arbeitszeitgestaltung und Qualifizierung zugute.“*
(Bundesrat, Drucksache 470/07, 21.9.07, S.2 http://www.bundesrat.de/cln_050/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2007/0401-500/470-07_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/470-07(B).pdf)

Die Notwendigkeit neuer „Reformen“ wird in den meisten EU-Dokumenten betont, die Ende 2007 veröffentlicht wurden. Beispielsweise bemängelten die Wirtschafts- und Finanzminister der 27 EU-Mitgliedsländer Anfang Dezember, dass bei den Reformen des Arbeitsschutzrechts und der Sozialleistungen „nur begrenzte Fortschritte“ erzielt wurden. Ihrer Auffassung nach sollten die Sozialleistungssysteme mehr Anreize für den Verbleib im Erwerbsleben schaffen und die Erhöhung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden erwogen werden.
(http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ecofin/98272.pdf, S.9)

Statt einer ökonomisch sinnvollen Arbeitszeitverkürzung fassen die Minister also eine weitere Arbeitszeitverlängerung ins Auge.

„Das globale Europa - Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure"

Komplementär zur Lissabon-Agenda ist die neue handelspolitische EU-Strategie „Globales Europa“ zu sehen, die die Regierungschefs auf ihrer Sitzung im Juni 2007 unter dem Titel „Das globale Europa - Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure" verabschiedeten.

Ungeschminkt enthüllt die EU ihre Pläne zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit: Dazu gehören die Sicherung der Rohstoffversorgung, eine stärkere Präsenz europäischer Unternehmen auf den Wachstumsmärkten, Erschließung und Liberalisierung der lukrativen Märkte für öffentliche Aufträge und letztendlich gesetzgeberische Maßnahmen, die den freien Handel so wenig wie möglich behindern.
(http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10542.de07.pdf)

Erklärtes Ziel ist die **Beseitigung der „nichttarifären Handelshemmnisse“** – das sind u. a. umwelt- und arbeitsrechtliche Standards – sowie die Marktöffnung für die bislang noch weithin geschützten öffentlichen Beschaffungsmärkte.
Realisiert werden soll diese Zielvorgabe in allen EU-Verhandlungsmandaten über die Assoziierungsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten sowie mit den Staaten der Andengemeinschaft und über die Freihandelsabkommen mit Indien und Südkorea.
Ohne Konsultation zivilgesellschaftlicher Organisationen und ohne Einbezug der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten verhandelt der EU-Handelskommissar über die Handelsliberalisierung mit Gütern und Dienstleistungen – auch im Bereich der Daseinsvorsorge - über Regeln zur Investitionsliberalisierung, Wettbewerbsregeln sowie die Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte auf reziproker Ebene.

Die neue Handelsstrategie berücksichtigt die Wünsche der Bundesregierung, die in ihrem im Juli 2006 veröffentlichten Positionspapier *„Globalisierung gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern - Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern“* die Öffnung der Beschaffungsmärkte empfahl. *„Hauptanliegen der künftigen EU-Handelspolitik…für europäische Dienstleister sollte die Marktzugangsbedingungen in Drittländern, insbesondere den aufstrebenden Schwellenländern“ sein.*
(www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/externe-wettbewerbsf_C3_A4higkeit-der-eu-steigern,property=pdf,bereich=b...)

Die deutsche Regierung gilt als neoliberale Vorreiterin in der EU und lässt sich von dem Motto leiten: Was national nicht durchgesetzt werden kann, wird auf der europäischen Ebene durchgezogen. Bei aller Kritik an der EU darf nicht vergessen werden, dass die EU-Kommission ausführendes Organ der EU-Mitgliedsstaaten ist und dass in den verschiedenen EU-Fachräten die jeweiligen Minister der 27 Mitgliedsländer vertreten sind und gemeinsam die „Reformpakete“ entscheiden.

Mit dem Vertrag von Lissabon, der den in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnten EU-Verfassungsvertrag ersetzt, wird der neoliberale Umbau der westeuropäischen Sozialstaaten zementiert.
Der Vertrag von Lissabon gibt der EU mehr Zuständigkeiten in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, komplementär zu anderen Richtlinien sollen Überwachungsinstrumente und die polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärkt werden. Eine zentrale Rolle dabei spielen der „grenzüberschreitende Informationsaustausch“ und der „Kampf gegen den Terrorismus“.
Nicht überraschend, dass die Schwerpunktthemen der EU-Kommission 2008 Migration, die 2008 zu erwartenden „Reformen“ im Rahmen der neu aufgelegten Lissabon-Strategie und die „flexicurity-Maßnahmen“ sind.

Annette Groth, Mitglied im Landesvorstand Die LINKE Baden-Württemberg und entwicklungspolitische Referentin der Bundestagsfraktion Die LINKE

Einige Internet-Adressen zu Europa: http://community.attac.at/euattac.html, http://www.attac.de/eu-ag/neu/news.php http://www.labournet.de/diskussion/eu/index.html,

Weitere Konfliktfelder der EU-Neoliberalisierung

Europäische Transparenzinitiative - Initiative zur Legitimierung von intransparentem Lobbying in der EU
Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag
Grünbuch Arbeitsrecht - Flexibilisierungen und Sozialabbau im Zuge der Lissabon-Strategie
Grünbuch Globales Europa - Aggressive handelspolitische Strategie der EU
Transatlantisches Partnerschaftsabkommen EU-USA - Lastenabwälzung auf die Dritte Welt und Beschleunigung der Aufrüstung Europas
Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte - EU auf dem Weg zu einer imperialen Menschenrechtspolitik

Nachzulesen bei Attac Österreich unter http://community.attac.at/5679.html

Rudolf Hickel

Nokia: Die Subventionsnomaden

Kaum gibts keine Subventionen mehr, verlässt der Handykonzern das deutsche Ruhrgebiet und schaut, wo er neue Fördermittel einstreichen kann. Zu verantworten hat dies vor allem die Politik.

Bereits im Dezember stand der Entschluss der Nokia-Konzernzentrale in Helsinki fest: Dem Aus für den deutschen Handyproduktionsstandort Bochum folgt die Verlagerung der Produktion in einen nagelneuen Industriepark im rumänischen Cluj. Die Bagger zur Erschliessung dieses Terrains, auf dem früher das Vieh der Bauern aus einem kleinen Dorf weidete, haben ganze Arbeit geleistet. Seit Wochen laufen in den schnell erbauten Hallen erste Produktionstests - am 11. Februar startet die Fertigung. In der Politik scheint derweil ein Wettkampf um die härteste verbale Geißelung der Nokia-Strategie ausgebrochen zu sein.

Von Subventionsheuschrecken, Karawanen - und irrtümlicherweise gar von Steinzeitkapitalismus ist die Rede. Das wortgewaltige Urteil über den größten Handykonzern der Welt sollte nicht darüber hinwegtäuschen: Hier ist viel Heuchelei im Spiel. Schließlich trifft die Politik vor Ort, im Bund und vor allem in der EU eine riesige Mitschuld am gnadenlosen Subventionsnomadentum der Konzerne. Die EU hat mit massiver Unterstützung deutscher Regierungen einen grenzlosen Binnenmarkt geschaffen. Da eine unbehinderte Standortwahl auf diesem Markt gewollt ist, muss man sich nicht wundern, wenn Konzerne dorthin wandern, wo die höchsten Renditen winken - Ethik hat da keinen Platz.

Borniert und rational

Die Rechtfertigung von Nokia scheint profitwirtschaftlich völlig rational: *«Wir haben sehr sorgfältige Analysen der Kosten und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Bochumer Werks durchgeführt. Die Entscheidung zur Schließung ist genau durchdacht.»* Aus der bornierten Sicht dieses Konzerns ist der Umzug nach Cluj zweifellos rational. Da wirkt das Argument hilflos, wegen der ohnehin im Vergleich zur Konkurrenz hohen Rendite könnte auf die Schließung des Werks in Bochum verzichtet werden. Denn die Verlagerung nach Rumänien dient dazu, die Rendite noch höher zu treiben. Dabei geht es nicht nur um niedrige Löhne, denn deren Anteil am Produktionswert der Nokia-Handys liegt mit unter fünf Prozent sehr tief - vielmehr folgt Nokia einem neuen Produktionskonzept. Aufgebaut wird ein Nokia-Village, in dem sich auch die Zulieferfirmen ansiedeln. Modernste Infrastruktur mit Qualifizierungs- und Forschungszentren gehört dazu. Ein solcher «Cluster» bietet für die nächsten Jahre hohe Renditen im Handygeschäft.

Vorübergehende Schäden durch den Imageverlust, den Nokia in Deutschland erfährt, sind dabei kalkuliert. Schließlich liegen die expandierenden Märkte in Osteuropa und Asien. Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers muss wissen, dass der EU-Binnenmarkt eine aggressive Kapitalwanderung ausgelöst hat. Die Politik versucht, durch öffentliche Beihilfen die Wahl der Standorte zu beeinflussen und veranstaltet - von der Region bis zum Nationalstaat - eine böse Subventionskonkurrenz. In Bochum war sie dem Bund und dem Land über achtzig Millionen Euro wert. Wer fragt eigentlich danach, inwieweit wegen dieser Fördergelder Arbeitsplätze in Finnland oder an anderen Nokia-Standorten demontiert worden sind? Jetzt plötzlich erfährt die Öffentlichkeit, dass offenbar die Auflagen nicht einmal durch die zuständigen Behörden kontrolliert worden sind. Jedenfalls musste der Regierung Nordrhein-Westfalens klar sein, dass nach dem September 2006, als die Arbeitsplatzauflage für Nokia auslief, neue, hochattraktive Standorte in Osteuropa in Betracht kamen. Warum also hat sie die Subventionen nicht in eine Kapitalbeteiligung umgewandelt, um wenigstens im Aufsichtsrat bei der Entscheidung über den Standort Bochum dabei zu sein? War sie nicht in der Lage, die sich abzeichnenden Risiken ihrer Subventionspolitik für einen Global Player abzuschätzen? Der Kniefall vor Nokia besaß Vorrang - eine öffentliche Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zugunsten einer kleinteiligen, risikodiversifizierten Wirtschaftsstruktur zog die Regierung Rüttgers hingegen nicht in Erwägung. Den Subventionsskandal komplettiert die EU. Zwar wird in Brüssel beteuert, aus dem Regionalfonds seien keine direkten Fördermittel nach Nokia-Village in Rumänien geflossen, indirekte aber gewiss.

Nokia-Village

Aus dem Topf für die Infrastruktur der neuen EU-Mitglieder wurde die Finanzierung dieses nagelneuen Industrieparks mit dreißig Millionen Euro erleichtert. Hinzu kamen der Ausbau einer Eisenbahnlinie, einer Autobahn sowie des derzeit noch kleinen Flughafens in der Nähe von Nokia-Village. Um es klar zu stellen: Gerade Rumänien braucht eine wirtschaftsnahe Infrastruktur. Nicht akzeptabel ist, dass renditestarke Unternehmen wie Nokia einen subventionierten Standort schließen, um einen neuen zu eröffnen, der sich erneut öffentlicher Zuschüsse aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt erfreut. Am Ende ist Nokia mit steigenden Gewinnen der Sieger, während die Krisenkosten in Bochum vergesellschaftet werden.

Milliardengewinn

Eine Woche nach dem Schliessungsbescheid für das Handywerk Bochum vermeldete Nokia einen Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro für das vergangene Jahr. Damit erhöhte sich der Nettogewinn gegenüber dem Vorjahr um fast siebzig Prozent, den Marktanteil konnte der finnische Konzern auf vierzig Prozent ausbauen. Der Umsatz stieg um 24 Prozent auf über fünfzig Milliarden Euro. Nokia hatte die Schließung des Werkes mit 2300 Beschäftigten mit zu hohen Personalkosten begründet. Diese seien nicht konkurrenzfähig.

WOZ vom 31.01.2008
http://www.woz.ch/artikel/archiv/15895.html

Forderungen von Attac Deutschland:

Kapital muss unter Kontrolle! Die Rechte der ArbeitnehmerInnen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen oder Änderungen der Eigentümerstruktur eines Unternehmens müssen gestärkt werden. Standortverlagerungen zur reinen Profitsteigerung darf es nicht geben.

Außerdem fordern wir:

- Schluss mit einer Subventionspraxis, bei der bloß transnationale Konzerne einzelne Länder gegeneinander ausspielen und bei der wertvolle Steuergelder in die Taschen dieser Konzerne wandern!
- Europäische Mindeststandards bei Löhnen und bei der Besteuerung von Kapital und Unternehmen!
- ein Finanzmarktregulierungsgesetz, das u.a.

- die Stimmrechte kurzfristiger Anleger wie zum Beispiel von Hedge-Fonds beschränkt.
- die Übertragung von beim Kauf entstandenen Kosten / Verbindlichkeiten auf das gekaufte Unternehmen verbietet.
- den Abzug von Kapital aus gekauften Unternehmen, insbesondere nach Aufnahme von Fremdkapital, verbietet.

http://www.attac.de/nokia

Holding-Modell gefährdet Bahn

Bahnprivatisierung in Deutschland droht!

13.2.2008. Das vom Vorstand der Deutschen Bahn AG (DB) sowie aus der Koalition betriebene Holding-Modell steht in krassem Widerspruch zum Beschluss des SPD-Parteitags vom 27. Oktober 2007 und zum gemeinsamen Beschluss der Gewerkschaften Transnet und GDBA vom 13. November 2007. Das Holding-Modell wäre der Einstieg in die Zerschlagung. Private Käufer zahlen Schnäppchenpreise, die Allgemeinheit zahlt drauf.

Fehlende Transparenz, undemokratisches Handeln

Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG ausüben und der Konzern soll nicht zerschlagen werden, hat der SPD-Parteitag im Oktober 2007 beschlossen. Dem DB-General Hartmut Mehdorn ist dieser Beschluss egal - dem Finanzminister und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Peer Steinbrück und dem Verkehrsminister und SPD-Vorstandsmitglied Wolfgang Tiefensee offenbar auch. Sie sägen klammheimlich am Parteitagsbeschluss und bereiten das Holding-Modell vor. Das ist undemokratisch.

Die Minister und die DB AG versuchen, Fakten zu schaffen, bevor es einen Beschluss der Regierungsparteien zur Bahnprivatisierung gibt. Eine "DB Mobility and Logistics AG" als künftige Transportholding ist bereits seit dem 01. Februar 2008 im Handelsregister eingetragen.

Holding-Modell ist britisches Modell

Mit dem Holding-Modell steuert die Bahn genau in die fatalen britischen Zustände. In Großbritannien ist die Infrastruktur seit Ende 2001 wieder in öffentlichem Eigentum, nachdem zuvor im privaten Netz aufgrund unterlassener Instandhaltung und Investitionen gravierende Sicherheits- und Qualitätsmängel aufgetreten waren, die die private Gesellschaft in den Konkurs trieb.

Im Transportbereich sind im Personenverkehr regionale Monopole tätig, im Güterverkehr beherrscht die der DB AG gehörende English Welsh and Scottish Railway (EWS) den Markt. Auch im Personenverkehr steigt die DB ein.

Im britischen Modell sind die öffentlichen Zuschüsse auf das Dreifache gestiegen, die Bahnpreise sind doppelt so hoch wie in Deutschland. Tarife und Fahrpläne gleichen einem Flickenteppich. Dazu kommen Sicherheitsprobleme. Die Verkehrsanbieter werden mit der Infrastruktur unverantwortlich umgehen, da sie ihnen nicht gehört.

Zerschlagung der DB AG - Hansen müsste Veto einlegen

Es ist völlig unverständlich, dass Norbert Hansen, Transnet-Vorsitzender, stellvertretener Vorsitzender des DB-Aufsichtsrats und Mitglied des Aufsichtsrats-Präsidiums, nicht sein Veto einlegt. Er müsste dem Beschluss des Transnet-Beirats vom 13. November 2007 folgen und Plan B fordern - die Bahn im Bundeseigentum.

Das Holding-Modell ist der Einstieg in die Trennung von Infrastruktur und Transport, die letztendlich zur Zerschlagung der Bahn führen wird. Auch ein Vertrag zwischen Bund und DB AG sowie zwischen DB AG und Gewerkschaften sichert den integrierten Konzern nicht.

Der Bund schließt diesen Vertraug auf der einen Seite faktisch mit sich selbst, denn die Obergesellschaft DB AG wird weiterhin vollständig ihm gehören. Dieser Vertrag könne jederzeit geändert werden. Ob sich ein privater Investor durch einen Vertrag mit den Gewerkschaften binden lässt, ist fraglich.

Die drei Eisenbahner-Gewerkschaften Transnet, GDBA und GDL auf sollten im Interesse ihrer Mitglieder und der Allgemeinheit das Holding-Modell stoppen. Der gewerkschaftliche Dachverband DGB lehnt die Bahnprivatisierung schon lange ab. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften ist eine Zerschlagung und Privatisierung der Bahn nicht durchzusetzen.

Verkauf des Transportbetriebs unter Wert

Laut Süddeutscher Zeitung schätzt die DB AG den Verkaufswert der Transportholding auf 20 bis 25 Milliarden Euro. Verkauft würden zunächst 20 bis 30 Prozent. Für die Hälfte der Anteile wären 12,5 Milliarden Euro zu erzielen.

Diese Wertberechnung ist fragwürdig, da für die Gesamt-DB AG mit Infrastruktur weitaus niedrigere Werte genannt wurden. So schätzte die Commerzbank im März 2007 den Verkaufserlös für die Hälfte der DB AG auf im Mittel 6,2 Milliarden Euro. Im vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen Primon-Gutachten wurden für das integrierte Modell mit Infrastruktur Privatisierungserlöse von bis zu 8,7 Milliarden Euro für 49 Prozent der Anteile erwartet. Bei den anderen Modellen sollte für die Hälfte der Anteile an den Transportbereichen ein Erlös von höchstens 7,2 Milliarden Euro herausspringen.

Der nun genannte Betrag für den Verkauf der Transportbereiche liegt damit rund um das Doppelte höher als im Primon-Gutachten erwartet.

Egal, wie viel eingenommen wird: Dieses Geld geht zum größten Teil nicht an den Bund, sondern bleibt bei der DB AG. Damit fließen die Privatisierungserlöse jedoch indirekt wieder zu den privaten Investoren zurück. Mit der Privatisierung würde der Staat also öffentliches Vermögen milliardenweise verschenken.

Minister, die so rechnen, handeln nicht im Sinne des Gemeinwohls.

Streckenstilllegungen durch das Holding-Modell

Mitverkauft wird der Einfluss des Bundes auf eine nachhaltige, klimafreundliche Verkehrspolitik und die Infrastruktur. Um ihre hoch gesteckten Renditeziele zu erreichen, werden private Miteigentümer den Personenfernverkehr und den Güterverkehr auf hochprofitable Strecken zusammenstutzen oder öffentliche Zuschüsse fordern. Sie werden auf niedrige Trassenpreise und Ausbau nur in ihrem Interesse drängen. Sie werden Investitionen und Lohnkosten sparen, um Profite zu steigern.

Wir brauchen stattdessen eine Bahn, die vollständig im öffentlichen Eigentum ist und die ihre Unternehmensziele neu ausrichtet. Der Bund muss die öffentliche Daseinsvorsorge bei den Verkehrsangeboten sichern und darf die DB AG als Instrument im Kampf gegen Klimawandel nicht aus der Hand geben.

Das Schienennetz muss aus- statt abgebaut werden. Das geht am besten mit einer Bahn im vollständigen öffentlichen Eigentum, die unternehmenspolitisch neu ausgerichtet wird.

http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/story/87/2587.html

Weitere Infos und Aufrufe: http://www.bahn-fuer-alle.de/ http://www.bahnvonunten.de

Winfried Wolf

Handstreich gegen das Recht

Holding als Rutschbahn zur Bahn-Privatisierung.

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Mehdorn, Steinbrück und Tiefensee

Der Bahn-Chef, der Bundesfinanzminister und der Bundesverkehrsminister bilden spätestens seit Ende Oktober 2007 eine konspirative Vereinigung. Deren Ziel: Die Privatisierung der Eisenbahn in Deutschland – hinter dem Rücken des Parlaments und zum Schaden des Eigentümers und Souveräns, der Bevölkerung, vertreten durch den Bund. Der Vorgang verdient die Bezeichnung Bahn-Putsch.

Redaktionelle Vorbemerkung
Dass prominente Vertreter der herrschenden Klasse Beträge in Höhe vieler hundert Millionen Euro klammheimlich am Fiskus vorbei und in die eigenen Taschen dirigierten, wird dieser Tage nach Bekanntwerden der Affäre um den Post AG-Vorstandsvorsitzenden Klaus Zumwinkel allerorten breit debattiert.
Dass die drei genannten Prominenten Hartmut Mehdorn, Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee auch weiterhin ein gesellschaftliches Vermögen im Wert von einigen Dutzend Milliarden Euro klammheimlich privaten Profiteuren zuschanzen wollen, wurde bisher in der Öffentlichkeit nur bruchstückhaft kommuniziert.
Tatsächlich gehen die große Mehrheit der Bevölkerung und der Bahn-Beschäftigten seit dem SPD-Parteitag von Ende Oktober 2007 davon aus, daß das Thema Bahn-Privatisierung vom Tisch sei.
Doch spätestens dieser Parteitag bildete den Ausgangspunkt für das Projekt Bahn-Putsch, für die Formierung einer Putschistengruppe und für die Ausarbeitung eines detaillierten Putschplanes.

Wir veröffentlichen im folgenden zentrale Auszüge aus der der Redaktion in Gänze vorliegenden Anklageschrift der Bundesanwaltschaft, die uns aus ungewöhnlich gut informierten Justizkreisen zugespielt wurde.

Putschplan

Spätestens nach dem SPD-Parteitag in Hamburg (26. bis 28. Oktober 2007) war den Angeklagten klar, dass das Vorantreiben des Bahn-Privatisierungsprozesses im Parlament und unter den Augen der Öffentlichkeit zum Scheitern verurteilt sein würde. Der mutmaßlich in diesem Zeitraum erarbeitete Plan für einen Staatsbahnputsch sieht erstens ein **neues Privatisierungsmodell** und zweitens **die Durchsetzung desselben weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit** und unter Ausschaltung des Parlamentes vor. Nach dem neuen Modell soll es unter dem Dach der Deutschen Bahn AG (DB AG) zukünftig zwei zentrale Gesellschaften geben, die mit der Muttergesellschaft nicht (mehr) durch einen Beherrschungsvertrag verbunden sind: zum einen eine Infrastrukturgesellschaft (EIU = Eisenbahn-Infrastruktur-Unternehmen), in der die 34000 Kilometer Trassen (DB Netz AG), die Bahnhöfe (DB AG Station & Service) und die Energieerzeugung (DB Energie GmbH) zusammengefaßt sind. Zum anderen ein Transportbereich mit dem Nahverkehr (DB Regio), dem Fernverkehr (AG Fernverkehr) und der Logistik einschließlich des Schienengüterverkehrs (Railion), des LKW-Geschäfts (ehemals Schenker) und der internationalen Erwerbungen. Das letztgenannte Unternehmen wird intern als VuL (= Verkehr und Logistik) bezeichnet. Während die DB AG als Dachgesellschaft zu 100 Prozent Eigentum des Bundes und die neue Infrastrukturtochter ein hundertprozentiger Ableger der DB AG bleiben soll, sollen die Anteile an der Transporttochter zunächst zu 49 Prozent an private Investoren gehen.

Zwei Manöver zur Täuschung von Öffentlichkeit und Parlament sind integrale Bestandteile des Putschplans:
Erstens wird der seit dem 18. September 2007 in den Bundestag eingebrachte, im Plenum in erster Lesung debattierte und an sechs Bundestagsausschüsse überwiesene »Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes« nicht zurückgezogen (Beweismittel A). Damit soll ein Teil der öffentlichen Kritik an der Bahn-Privatisierung ins Leere und weiter auf das ursprüngliche Modell eines sogenannten integrierten Börsengangs gelenkt werden.
Sodann erhält das neue Privatisierungsmodell die Tarnbezeichnung »Infrastruktur-Sicherungsmodell«. Damit wird suggeriert, die Infrastruktur werde für die Wahrnehmung öffentlicher Belange »sichergestellt«. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Mit dem neuen Bahn-Privatisierungsmodell ist ein beschleunigter Netzabbau verbunden. Gleichzeitig wird die ebenfalls gezielt irreführende Terminologie des bestehenden Gesetzentwurfes aufgegriffen.1

Der Putschplan ist in eine detaillierte **Zeitschiene** eingebettet.
In der ersten Phase, endend am 24. Februar mit den Wahlen in Hamburg, soll alles getan werden, das Projekt vor der Öffentlichkeit so weit wie möglich geheimzuhalten, um die Wahlergebnisse von CDU und SPD nicht negativ zu beeinflussen.
In der darauffolgenden Phase II soll das Projekt einer ausgewählten Öffentlichkeit mit den zwei Schlagworten schmackhaft gemacht werden: »Wir haben dazugelernt« und »Das neue Modell kombiniert öffentliches Infrastruktureigentum mit Wachstum des Schienenverkehrs durch nachhaltigen Wettbewerb«. Für eine entsprechende PR-Arbeit, die in »grüne« gesellschaftliche Sektoren und in den Umweltbereich hineinwirkt, wurden in den drei Verbänden xxxx (geschwärzt) bereits wichtige Kontaktpersonen gewonnen. Die Führung der Bahngewerkschaft Transnet konnte durch einen – voraussichtlich in Bälde durch die EU bzw. durch den Europäischen Gerichtshof kassierten – Vertragsentwurf, der die – zeitlich begrenzte – Fortsetzung des konzerninternen Arbeitsmarktes vorsieht, eingebunden werden. Seit Mitte Februar leistet der Vorsitzende von Transnet ein Übersoll an Arbeitgeber-Loyalität und erklärt, das Privatisierungsmodell der Putschisten sei »eine einmalige Chance« (Süddeutsche Zeitung vom 19.2.08). Die nunmehr seit gut drei Jahren durch die Deutsche Bahn AG betriebene fortgesetzte Einbindung der Transnetführung in den Privatisierungsprozeß wird seitens der Putschisten auch für die entscheidenden kommenden Monate für dringend geboten gehalten. Dabei spielt vor allem die Signalwirkung in die SPD hinein eine maßgebliche Rolle. DB-AG-Aufsichtsratsmitglied und CDU-MdB Georg Brunnhuber, der als einer der Komplizen der Putschisten zu gelten hat, verdeutlichte diesen Zusammenhang jüngst wie folgt: *»Wenn die Bahngewerkschaften Transnet und GDBA zustimmen, dann ist das für die SPD das Signal: Da kann man auch mitmachen.«*

Phase II endet laut Putschplan Ende März, konkretisiert mit zwei Daten: Am **28. März 2008 gibt es eine Eigentümerversammlung (Hauptversammlung) der Deutschen Bahn AG**, auf der der Putsch als solcher vollzogen werden soll (siehe unten unter »Putsch«).

Am 31. März 2008 soll die Bilanzpressekonferenz die Kulisse für einen spektakulären Auftritt des Bahn-Topmanagements als eines faktisch teilprivatisierten neuen Unternehmens hergeben. An diesem – letztgenannten – Tag wird der Vorstand der DB AG ein im Vergleich zum Vorjahr nochmals verbessertes Bilanzergebnis 2007 präsentieren. Nach den Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft kommt das erneut gesteigerte Jahresergebnis fast ausschließlich durch ein Zurückfahren der Investitionen und durch deutlich reduzierte Ausgaben in der Instandhaltung, also durch Fahren auf Verschleiß, zustande. Gleichzeitig soll anläßlich dieses Ereignisses der neue Plan zur Teilprivatisierung medial als vollendete Tatsache – beschlossen auf der vorausgegangenen Eigentümerversammlung – präsentiert werden. Die »Teilprivatisierung der Bahn« soll, so die Ausführungen im Putschplan-Dokument »Point of no return«, bis zum 31. Oktober 2008 »weitgehend abgeschlossen und private Investoren in ausreichendem Umfang gewonnen« worden sein.

Der Putschplan geht erklärtermaßen davon aus, dass es zu einer Inkraftsetzung des neuen Bahnprivatisierungsmodells weder eines ordentlichen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens noch einer Entscheidung eines neuen (Sonder-) Parteitags der SPD bedarf.
Bestandteile des Putschplans sind **bereits fertig erarbeitete Vertragsentwürfe zur Umsetzung des Holding- Privatisierungsmodells.** So wurde die neue Trägergesellschaft für den gesamten Transportbereich bereits Mitte Februar 2008 gegründet und im zuständigen Handelsregister eingetragen (Umfirmierung einer bestehenden Bahn-AG bei gleichzeitiger Neufassung der AG-Satzung). Das mögliche Wirksamwerden dieser AG mit neuer Satzungsbestimmung wurde rückwirkend auf den 1.2.2008 datiert. (Beweismittel B)

Putschisten

Hauptangeklagte des Verfahrens sind die eingangs genannten Peer Steinbrück, Wolfgang Tiefensee und Hartmut Mehdorn. Der Bundesanwaltschaft liegen ausreichend belastende und belastbare Indizien dafür vor, dass seit September 2007 – also lange vor dem SPD-Parteitag – eine enge konspirative Zusammenarbeit der Angeklagten zur Erarbeitung und Umsetzung des oben beschriebenen Putschplanes vorliegt. Nach Auffassung der Bundesanwaltschaft greifen die Angeklagten zur Durchsetzung ihrer Ziele auf ein enges Netz von Hintermännern zurück, das insbesondere durch den Angeklagten H.M. seit Mitte 2001 aufgebaut wurde und das durch die Abteilung xxxx (geschwärzt) beim Vorstand der Deutschen Bahn AG generalstabsmäßig betreut wird.

Der amtierende Finanzsenator von Berlin, Thilo Sarrazin, hat diesen Zusammenhang in der TV-Sendung »Frontal« bereits am 25.9.2007 wie folgt dokumentiert: *»Was er (H. Mehdorn; Bundesanwalt) tut, ist, daß er mengenweise bezahlte Politiker praktisch angestellt hat, mit fetten Verträgen untermauert. Die jetzt für ihn alle Lobbyarbeit machen. Das finde ich fragwürdig: Wenn ein privates Unternehmen Lobbyarbeit macht, ist das legitim. Wenn ein staatseigener Konzern mit staatlichen Geldern Leute bezahlt, die praktisch bei den gewählten Volksvertretern und bei Ministern Lobbyarbeit machen, dann ist das anrüchig.«*

Es gibt eine enge Zusammenarbeit der Putschisten mit Leuten, die die Bundesanwaltschaft als mutmaßliche Profiteure des aktuellen Modells der Bahn-Privatisierung identifiziert hat. Genannt seien im Inland die führenden Vertreter der Investmentbank Morgan Stanley, die drei Ministerpräsidenten xxxx (geschwärzt) der Bundesländer xxxx (geschwärzt), denen im Sommer 2007 – im Gegenzug zu deren in Aussicht gestellter Zustimmung zum Bahn-Privatisierungsgesetz im Bundesrat – weitreichende Zugeständnisse insbesondere hinsichtlich der Realisierung infrastruktureller Großprojekte gemacht wurden, und die Konzernführungen von Siemens und Thyssen, letztere aufgrund der Zusagen der DB AG zur ausgesprochen entgegenkommenden Kofinanzierung der Transrapidstrecke München Hauptbahnhof – Franz-Josef-Strauß-Airport.

Es läßt sich jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt unzweideutig feststellen, dass das aktuelle Modell der Bahn-Privatisierung darauf abzielt, große Aktienpakete an der Deutschen Bahn AG bzw. an der neu geschaffenen Transportgesellschaft in den russischen und arabischen Raum zu transferieren. In Russland werden hier namentlich einzelne (staatliche) Großbanken und die staatliche Bahngesellschaft RSD genannt. Der Name »Gasprom« taucht bisher nur zwei Mal peripher auf. Allerdings verdichten sich die Gerüchte, wonach ein Einstieg russischer staatlicher Banken bzw. ein solcher der Staatsbahn RSD binnen kurzer Zeit darin münden wird, dass die entsprechenden Aktienpakete an Gasprom weitergereicht werden. In diesem Zusammenhang wird auf die enge Zusammenarbeit von Gerhard Schröder (aktuell in Gasprom-Diensten stehend) mit Hartmut Mehdorn und mit dem Evonik- (ehem. Ruhrkohle AG-)Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Müller, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, hingewiesen.

Der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Hartmut Mehdorn, hat im übrigen keinen Hehl daraus gemacht, daß ein großangelegter Verkauf von Bahnaktien vor allem auf ausländische Investoren zielt. In einem Interview mit dem Wochenblatt Stern antwortete er auf die Frage: »Wer soll die (Bahn-) Aktien zeichnen?«: *»Wir reden mit institutionellen Anlegern, etwa Rentenfonds. Wir informieren heute schon Investoren in Japan, China, Amerika und im Nahen und Mittleren Osten. Für diese Anleger ist der Börsengang kein Überraschungsei; die stehen bereit.«* (Beweismittel C)

Der Putsch

Ein Putsch im Sinne der Anklage ist eine überraschende Aktion einer gesellschaftlichen Minderheit, mit dem Ziel, die Macht zu übernehmen. Im vorliegenden Fall planen Teile der Exekutive (Mitglieder der Regierung) im Verbund mit Unternehmensvertretern, die Legislative (Bundestag und Bundesrat) auszuschalten und die Bahn unter die Herrschaft von privatem Fremdkapital zu bringen.

Der eigentliche Putsch soll anläßlich der Eigentümerversammlung (Hauptversammlung) der DB AG am 28.03.2008 stattfinden. Die seit 100 Jahren im Gemeinbesitz befindliche Bahn soll mittels einer handstreichartig durchgeführten Strukturumwandlung und dem daran anschließenden Unter-Wert-Verkauf von Anteilen an der DB AG irreversibel der öffentlichen Kontrolle entzogen werden.

Die Putschisten aus der Exekutive nutzen dabei die Mißbrauchsmöglichkeit ihres öffentlichen Amtes. Sie stellen formal als Vertreter des Bundes, dem 100-prozentigen Eigentümer der Deutschen Bahn AG, die Eigentümerversammlung der DB AG dar. Diese Schlüsselstellung nutzen sie, um die für den Putsch erforderlichen Fakten zu schaffen: die Zerschlagung der DB AG in teilverkäufliche Stücke (»Holding-Modell«).

Der Tatbestand eines Putsches ist auf drei Ebenen konkretisierbar:

Erstens richtet sich das Projekt einer Bahn-Teilprivatisierung, wie es spätestens seit November 2007 von den Angeklagten klammheimlich betrieben wird, **gegen den Deutschen Bundestag.** Die beiden Regierungsparteien CDU/CSU und SPD haben am 18. September den oben zitierten Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Wenn nun insbesondere von den beiden Angeklagten Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee ein völlig anderes Bahn-Privatisierungsmodell entwickelt und hinter dem Rücken des Parlaments vorangetrieben wird, dann kommt dieses einem Handstreich gegen das Parlament und einer Außerkraftsetzung seiner gesetzgeberischen Rechte gleich. Hier sei darauf verwiesen, daß Anfang 2006 das u. a. vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebene Gutachten

»Privatisierung mit und ohne Netz – PRIMON«, erstellt von der Beratergesellschaft Booz Allen Hamilton, vorgelegt wurde. Im gut 500seitigen PRIMON-Gutachten werden fünf unterschiedliche, mögliche Bahn-Privatisierungsm,odelle vorgestellt. Darunter auch Modelle, die in wichtigen Strukturelementen dem aktuell von den Angeklagten vorangetriebenen Holdingmodell entsprechen (Beweismittel D). Doch bei all diesen Modellen wurde seitens der Gutachter und seitens des Bundestags davon ausgegangen, dass eine Beschlußfassung über dieselben ausschließlich Sache des Bundestags in Form eines gesetzgeberischen Verfahrens sei. Indem die Angeklagten diese Grundvoraussetzungen für eine Bahn-Privatisierung, zu der sich Parlament und Bundesregierung bisher bekannten, ignorieren, verstoßen sie gegen die vom Deutschen Bundestag gesetzten Vorgaben für eine Entscheidungsfindung.

Zweitens kann von einem Putsch hinsichtlich des Widerspruchs zwischen der Orientierung der Putschisten und dem Willen des letztendlichen Eigentümers der Eisenbahnen in Deutschland, der Bevölkerung, gesprochen werden. Der Bundesanwaltschaft liegen drei repräsentative Meinungsumfragen (Forsa Mai 2006, Emnid November 2006 und Forsa Juli 2007) vor, die belegen, dass **maximal ein knappes Drittel der deutschen Bevölkerung eine privatisierte Bahn wünscht**, wohingegen bei den zwei Untersuchungen jüngeren Datums zwischen 62 und 71 Prozent der Bevölkerung für eine Bahn vollständig in öffentlichem Eigentum eintraten. Wenn die Angeklagten davon ausgehen, diese deutlichen Bevölkerungsmehrheiten ignorieren und mit ihren Aktivitäten dem Mehrheitswillen entgegengesetzte Fakten schaffen zu können, dann kann auch diese Vorgehensweise als Handstreich oder Putsch bezeichnet werden.

Drittens ist der Begriff **Putsch in Hinblick auf die gültige Verfassung** gerechtfertigt. Diese enthält in dem – erst 1993 neu eingefügten – Artikel 87 e – die folgende Verpflichtung: *»Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz (...) Rechnung getragen wird.«*
Dieser GG-Artikel enthält keineswegs nur ein »Infrastruktursicherungsgebot« des Bundes, wie dies im überwiegenden Teil der vorherrschenden Fachliteratur formuliert wird. Er verpflichtet den Bund nach Auffassung der Bundesanwaltschaft auch dazu, für (ausreichende) Verkehrsangebote auf diesem Schienennetz – und zwar »zum Wohle der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen« – »Rechnung zu tragen«. Jede weitreichende Bahn-Privatisierung widerspricht damit diesem verfassungsrechtlichen Gebot, da private Investoren sich grundsätzlich nicht an einem »Wohl der Allgemeinheit« und an »Verkehrsbedürfnissen«, sondern ausschließlich an der auskömmlichen Rendite orientieren.

Die beiden SPD-Minister ziehen sich auch dem Vorwurf eines Putsches **gegen die eigene Parteibasis** bzw. gegen den Partei-Souverän, den Parteitag, zu. Auf dem Hamburger **SPD-Parteitag** war unter der Überschrift »Für eine Bahn mit Zukunft« u.a. beschlossen worden: *»Es darf keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir erhalten den integrierten Konzern der Deutschen Bahn AG.«* (Punkt 2, Beschlußübersicht 45). Gleichzeitig wurde dort beschlossen: *»Private Investoren dürfen keinen Einfluß auf die Unternehmenspolitik ausüben.«* (Punkt 3, ebenda)

Beide Festlegungen werden mit dem aktuell von den Angeklagten Steinbrück/Tiefensee vorangetriebenen neuen Bahn-Privatisierungsmodell nachhaltig verletzt. Die Neuaufteilung der DB AG stellt den integrierten Konzern zumindest in Frage; es kann sogar davon ausgegangen werden, dass die neue Struktur die Sollbruchstellen vorgibt, entlang derer eine auch förmliche Zerschlagung der Eisenbahnen in Deutschland zukünftig realisiert werden wird.

* * *

Der Straftatbestand des Putsches erhält dadurch verstärktes Gewicht, dass die Angeklagten sich in zweifacher Weise der **Untreue** schuldig gemacht haben:

Erstens in finanzieller Hinsicht:
Laut der vom Bundesverkehrsminister herausgegebenen Schrift »Verkehr in Zahlen« lag der Wert des Bruttoanlagevermögens der Deutschen Bahn AG mit Verkehrsweg 2005 bei 181,403 Milliarden Euro. Abzüglich des dort getrennt ausgewiesenen »Verkehrswegs« (= 125,955 Mrd. Euro) verbleiben 55,4 Milliarden Euro für den reinen Transportbereich (2). Die in die Öffentlichkeit gelangten Zahlen über erwartete Einnahmen des Bundes aus einem Verkauf von rund 25 (später 49,9) Prozent der Anteile an der neuen Transporttochter liegen zwischen 2,5 und sechs Milliarden Euro. Damit wird dokumentiert, dass öffentliches Eigentum deutlich unter Wert verkauft bzw. dass privaten Investoren Sondergewinne in Milliardenhöhe zugeteilt werden sollen.

Hinzu kommt die in der Öffentlichkeit noch nicht debattierte Schuldenproblematik: Von den knapp 20 Milliarden Euro Schulden der Deutschen Bahn AG konzentrieren sich rund 15 Milliarden Euro bei den Infrastrukturgesellschaften. Indem mit der Neustrukturierung die Infrastruktur in eine gemeinsame Gesellschaft (EIU) eingebracht wird, die sich zu 100 Prozent in, wenn auch indirektem Bundeseigentum befindet, droht nach Ansicht von Bilanzexperten faktisch eine Entschuldung der neuen teilzuprivatisierenden Transportgesellschaft (VuL) und eine zusätzliche Belastung des Bundes mit neuen Schulden in Höhe von rund 15 Milliarden Euro. Die Behauptung der Angeklagten, ihr Engagement für die Bahn-Privatisierung ziele auf wichtige Sondereinnahmen des Bundes in Milliardenhöhe, erweist sich als nichtig. In Wirklichkeit übersteigen bereits die neuen Schulden, die voraussichtlich auf den Bund übertragen werden, die behaupteten Sondereinnahmen deutlich.

Zweitens hinsichtlich der umwelt- und klimapolitischen Ziele:
Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren zu weitreichenden umwelt- und klimapolitischen Zielsetzungen verpflichtet. Die vereinbarten Reduktionen der klimaschädigenden Kohlendioxidemissionen können nur erreicht werden, wenn es im Transportsektor zu einer deutlichen Verlagerung von Verkehren von der Straße und aus der Luft auf die Schiene kommt. Das von den Angeklagten betriebene neue Privatisierungsmodell geht jedoch von einem weiteren drastischen Rückbau des Schienennetzes von derzeit 34000 auf deutlich weniger als 30000 Kilometer aus. Dies ergibt sich aus den der Bundesanwaltschaft vorliegenden internen Papieren mit der Vorgabe, wonach der jährliche Bundeszuschuß für die Infastruktur von derzeit 2,5 Milliarden Euro jährlich um rund drei Prozent abgeschmolzen werden soll. Zu einem entsprechenden Rückbau und zu einer parallelen Reduktion der Schienenverkehrsangebote kommt es nach Auffassung der Bundesanwaltschaft auch als Resultat der angeführten Renditeerwartungen privater Investoren, die als erste nachfrageschwache Strecken und entsprechende Angebote ausdünnen und ggfs. abbauen bzw. streichen werden.

Damit aber sind die Angeklagten gewillt, einen nachhaltigen Beitrag dafür zu leisten, daß die Bundesregierung ihre u. a. jüngst in Bali erneuerten klima- und umweltpolitischen Verpflichtungen nicht einhalten kann (3) .

Beweismittel:

A Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes, Bundesdrucksache 18/6383 vom 18.09.2007

B Dokument zur Umbenennung der ehemaligen Stinnes AG in DB Mobility & Logistics AG und zur Satzungsänderung derselben Gesellschaft

C »Herr Mehdorn, warum verkaufen Sie unsere Bahn?«, Interview in: Der Stern vom 6.7.2007

D Privatisierung der Deutschen Bahn AG »mit und ohne Netz« – PRIMON-Gutachten, Januar 2006, Booz Allen Hamilton. Vgl. dort insbesondere die Seiten 369ff. (zum »Finanzholding-Modell«) und die Seiten 399ff. zum »Getrennten Modell«3

Anmerkungen der Redaktion:
1. In dem bestehenden Gesetzentwurf zur Bahnprivatisierung des integrierten Konzerns wird der Begriff »Eigentumssicherungsmodell« verwandt. Tatsächlich ist bei diesem Modell nichts unsicherer als das öffentliche Eigentum an der Infrastruktur.
2. Verkehr in Zahlen (ViZ), herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Oktober 2006, S. 39.
3. Ähnlichkeiten mit Originaldokumenten der Bundesanwaltschaft sind rein zufällig

http://www.jungewelt.de/2008/02-21/011.php?sstr=bahn%7Cputsch

Privatisierung der Stadtwerke in Leipzig abgelehnt!

Fragestellung am 27.1.2008: „Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100% in kommunalem Eigentum verbleiben?“
Ergebnis: 148.761 Ja-Stimmen und 20.503 Nein-Stimmen Insgesamt nahmen 170.621 (41%) Wahlberechtigte an der Abstimmung teil.
http://www.buergerbegehren-leipzig.de/

Solche Argumente haben überzeugt: „Warum den Ausverkauf stoppen?“

In schlechten Zeiten muss man sich von seinem „Tafelsilber“ trennen. In der Zeit nach dem 2.Weltkrieg konnte von Glück reden, wer dergleichen zum Tausch gegen Lebensmittel oder andere lebensnotwendige Dinge anbieten konnte. Man lebte von der Hand in den Mund. Viele Dinge haben so den Besitzer gewechselt. Bis zum Verkaufen nichts mehr da war. In dieser Hinsicht mag man eine Parallele zu heute ziehen: Auch heute wechseln viele Dinge den Besitzer – zum Beispiel Stadtwerke, Wasserwerke und Wohnungsgesellschaften. Sie werden verkauft, weil vermeintlich nichts anderes mehr zum „Konsumieren“ und zur Tilgung der „erdrückenden“ Schuldenlast übrig bleibt. Nur, was dann?

Sicher, niemanden kann ein Schuldenberg von 900 Mio. €, der allein bei der Stadt Leipzig aufgelaufen ist, sorgenlos in die Zukunft schauen lassen. Das eine oder andere Großprojekt der Stadt (wenn auch oft hoch bezuschusst), aber vor allem die Unausgewogenheit von kommunalen Pflichtaufgaben einer Großstadt wie Leipzig und deren Finanzierung haben zu dieser Situation geführt. Um schnelle Abhilfe zu schaffen, gibt es ein beliebtes Patentrezept: Privatisierung. Teilweiser oder vollständiger Verkauf kommunaler Unternehmen und Betriebe, „Beteiligungen“, wie es so schön heißt, „Tafelsilber“ eben.

In Leipzig geht es zunächst um einen Anteilsverkauf der Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL). Laut OBM steht dabei die Suche nach einem „strategischen Partner“ im Vordergrund und es handelt sich ja „nur“ um 49,9% der Anteile.

Allein dieser Plan wirft zahlreiche Fragen auf:
Hat ein Anteilseigner mit 49,9% nicht praktisch ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen?
Welcher der Bieter hat wirklich ein Interesse an starken, eigenständigen Stadtwerken, die sich mit speziellen Dienstleistungen und mit regenerativer Energieerzeugung profilieren?
Wird bei der Steuerung der Stadtwerke über den Aufsichtsrat nicht zu befürchten sein, dass ein privater Anteilseigner am Tisch den bereits nicht übermäßig ausgeprägten Hang zu Transparenz und demokratischer Kontrolle eher dämpfen wird?
Es gibt für diese Fragen bereits Antworten, man muss nicht einmal nach Berlin oder Düsseldorf schauen, sie sind schon in Leipzig beantwortet worden. Schließlich ist es nicht so lange her, dass die MEAG (enviam) bzw. RWE an den Stadtwerken beteiligt waren. Weder die versprochenen Arbeitsplätze kamen nach Leipzig noch nutzten diese „strategischen Partner“ der Entwicklung der SWL.

Es scheint recht offenkundig, dass der OBM und die Fraktionen, die er um sich scharen kann, mit dem Erlös (man spricht von 350 Mio. €) den Haushalt kurzfristig konsolidieren und die Schuldenlast verringern möchten (112 Mio. € Rückzahlung). Aber es soll nicht dabei bleiben: Schon 2008 soll die städtische Holding LVV umgebaut und teilprivatisiert werden. Bereits der Anteilsverkauf der SWL gefährdet durch den Gewinnausfall in Höhe von ca. 25 Mio. € die Querfinanzierung der LVB. Ein Verkauf von Anteilen der LVV darüber hinaus würde wesentliche Teile der kommunalen Daseinsvorsorge privaten Gewinninteressen unterwerfen. Kein Konzern will Geld nach Leipzig tragen! Dienstleistungen wie Nahverkehr und Wasser-/Abwasserversorgung müssen nun einmal erbracht werden und sie stellen in der Regel natürliche Monopole dar. Nach allen Regeln der Betriebswirtschaft wollen Unternehmen, die in diesen Segmenten tätig sind, Gewinne machen.

Wenn selbige nicht mehr den Leipzigerinnen und Leipzigern gehören, fließen diese Gewinne aus der Stadt ab. Und wenn – wie beim öffentlichen Nahverkehr – ein angemessener Preis nur mit Subventionen zu halten ist, werden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt diese aufbringen müssen. Dabei macht es schon einen Unterschied, ob sie zusätzlich Gewinne für einen privaten Teilhaber finanzieren müssen oder nicht. Ganz abgesehen davon, dass bei (auch nur teilweiser) Privatisierung die wichtigen Entscheidungen nicht mehr in unserer Stadt getroffen werden, sondern in Konzernzentralen anderswo bzw. nach Finanzmarktkriterien.

Es geht um die notwendig zu erbringenden Versorgungsaufgaben der Stadt und eben nicht um „Tafelsilber“. Wenn die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert wird, müssen wir – um im Bild zu bleiben – für den Teller, von dem wir essen, auch noch bezahlen.

Deshalb: Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!
(Und es wurde gestoppt!!)

Attac Schweiz

Das Grundeinkommen in der Diskussion :

Ein Bericht über den Basler Kongress von Oktober 2007

Am 5. bis 7. Oktober hat in Basel der zweite deutschsprachige Grundeinkommenskongress stattgefunden. Die Veranstaltung war in zweifacher Hinsicht erfolgreich. Zum einen ist es geglückt, ein breites und vielfältiges Publikum anzusprechen. Über 250 Personen haben am Kongress teilgenommen - jung und alt, aus der Schweiz, Österreich und Deutschland, von der Sozialhilfebezügerin über den Gewerkschafter bis zum Hochschulprofessor. Zum anderen ist es gelungen, die wichtigen umstrittenen Fragen anzuschneiden und durchaus kontrovers zu diskutieren.

Zwar wurde bereits im Vorfeld des Kongresses festgehalten, zur Diskussion stehe ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen, das nicht den bestehenden Sozialstaat ersetzen soll. Damit sollte den neoliberalen Sozialabbaukonzepten, wie sie etwa in Deutschland durch den Ökonomen Thomas Straubhaar (Weltwirtschaftsinstitut Hamburg) verbreitet werden, auf dessen Modell sich der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) stützt, eine Absage erteilt werden. Dennoch ist am Kongress deutlich geworden, dass es unter den Teilnehmenden unterschiedliche Vorstellungen zum Grundeinkommen gibt, die Anlass zu inhaltlichen Kontroversen geben mussten.
(…)

Attac Schweiz erstmals in die Thematik involviert

Attac Schweiz hat sich damit erstmals wirklich in die Diskussion über das Grundeinkommen eingeschaltet. Am ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress, der im Herbst 2005 in Wien stattgefunden hat, war Attac Schweiz noch nicht beteiligt. Ein dritter Kongress soll im Oktober 2008 in Berlin stattfinden - zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Diskussion und die Vernetzung zu diesem Thema gehen also weiter, und Attac Schweiz muss sich die Frage stellen, ob und in welcher Form eine Teilnahme daran sinnvoll ist und welchen besonderen Beitrag Attac Schweiz dazu leisten kann. In Bezug auf diese Frage ist es vielleicht nützlich, an dieser Stelle einige der kontroversen Diskussionen des Kongresses nachzuzeichnen.

Über kurz oder lang ?

1. Uneinigkeit herrschte unter den Teilnehmenden, ob das bedingungslose Grundeinkommen als konkrete Massnahme kurzfristig anzustreben oder eher als Rückgrat eines längerfristigen politischen Projekts zu sehen sei. Auf der einen Seite wurde betont, dass die Dringlichkeit der sozialen Lage (neue Armut, Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit, etc.) nach Sofortmassnahmen rufe. Auf der anderen Seite wurde davor gewarnt, dass eine Umsetzung im Rahmen der heute bestehenden Kräfteverhältnisse zwangsläufig zur Verwandlung des Grundeinkommens in ein Instrument der Sozialabbaus oder der Verschlimmbesserung bestehender Systeme der sozialen Sicherung führen werde. Je nach kurz- oder längerfristiger Perspektive wird in erster Linie auf Bündnisse mit etablierten Parteien (auch Regierungsparteien) oder aber auf den Aufbau einer sozialen Bewegung gesetzt, die (unter anderem) für ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen kämpft.

Und welches Finanzierungsmodell ?

2. Kontrovers diskutiert wurde die Frage nach der Finanzierung des Grundeinkommens. Zwar herrschte weitgehend Einigkeit, dass angesichts der Dynamik der Reichtumsproduktion und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Prinzip "genug für alle" da sei. Aber bei den konkreten Finanzierungsmodellen gingen die Meinungen weit auseinander. Auf der einen Seite wird die Finanzierung durch eine höhere Mehrwertsteuer bei gleichzeitiger Abschaffung bisheriger Einkommens- und Vermögenssteuern vorgeschlagen ; auf diese Weise, so die Anhänger dieses Vorschlags, könne das Grundeinkommen eingeführt werden, ohne die gesamte Steuerlast zu erhöhen. Auf der andern Seite werden solche Finanzierungsmodelle dafür kritisiert, dass sie die neoliberale Strategie einer zunehmenden Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern übernehmen. Die durch das Grundeinkommen angestrebte Umverteilung des Reichtums von oben nach unten werde damit gleich wieder rückgängig gemacht. Das Grundeinkommen, so die KritikerInnen des Mehrwertsteuermodells, müsse über die Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Kapitaleinkünften finanziert werden. Gerade hier könnte Attac einen Beitrag zu "steuerpolitischen Fragen" leisten.

Über Sinn und Zweck von Arbeit

3. Wichtig für die Grundeinkommensdiskussion ist die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung der "Arbeit", verstanden als Beteiligung an gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten. Auf der einen Seite wird davon ausgegangen, der Gesellschaft gehe auf Grund von Rationalisierung und Automatisierung die Arbeit aus, oder zumindest sei es nicht (mehr) möglich, allen arbeitswilligen Menschen eine Arbeit zu verschaffen. Das Grundeinkommen wird dann als Möglichkeit propagiert, allen unabhängig von Arbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu gewähren. Auf der andern Seite wird kritisiert, diese Haltung gebe den Kampf um Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen auf und finde sich mit einer Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Einkommenbeziehende ab, auf deren Grundlage sich weder soziale Gerechtigkeit noch neue Solidaritätsformen zu entwickeln vermögen. Aus dieser Sicht könnte die Forderung nach dem Grundeinkommen mit der Forderung nach dem Recht auf eine interessante und gesellschaftlich nützliche Tätigkeit, über deren Bedingungen, Inhalte und Ziele kollektiv-demokratisch zu verhandeln ist, verknüpft werden. Damit stellt sich die Frage nach der "Wirtschaftsdemokratie".

Grundeinkommen für welches Gesellschaftsprojekt ?

4. Schliesslich existieren Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien, mit denen die Forderung nach dem Grundeinkommen verbunden wird. Es gibt sozial- und neoliberale GrundeinkommensbefürworterInnen, die darin ein Instrument sehen, den Staat zurückzudrängen und dem freien Spiel der Marktkräfte zum Durchbruch zu verhelfen. Dem Grundeinkommen wird in dieser Sichtweise die Aufgabe zuteil, nicht nur ein soziales Auffangnetz bereit zu stellen, sondern auch zur Befreiung der Kreativitätspotenziale beizutragen, die in allen Menschen schlummern. Ein innovativ-soziales Unternehmertum soll den Weg in die Zukunft weisen, und wir alle könnten nach dieser Vorstellung Unternehmer und Unternehmerinnen sein. "Unternimm die Zukunft" lautet denn auch das Motto von Götz Werner, dem Chef der Drogeriemarkt-Kette und prominentesten Vertreter dieser Strömung in Deutschland. Solche Vorstellungen wurden von den Teilnehmenden kritisiert, die sich auf linke Traditionen beziehen und die verheerenden sozialen und ökologischen Wirkungen des scheinbar freien Spiels der Marktkräfte (das in Wirklichkeit stark durch Grossunternehmen und staatliche Instanzen gelenkt wird) anprangern. Sie gehen davon aus, das (kapitalistische) Unternehmertum beruhe auf der Ausbeutung von Menschen durch Menschen und müsse grundsätzlich in Frage gestellt werden. Es gehe nicht darum, "den Staat" gegen "den Markt" zu verteidigen. Aber das Grundeinkommen müsste genutzt werden, um neue Formen von Öffentlichkeit, Solidarität und Demokratie zu entwickeln. Einen interessanten Vorschlag brachte Manolo Saez von Netzwerk Baladre aus Spanien ein : Demnach würde ein Teil des Grundeinkommens nicht individuell ausbezahlt, sondern in einen Fonds überwiesen, dessen Mittel in öffentlichen Dorf- oder Stadtteilversammlungen auf der Grundlage einer Diskussion über bestehende Bedürfnisse und Anliegen demokratisch verwaltet werden.
Als Ergebnis aus dem zweiten Grundeinkommenskongress bleibt die Feststellung, dass dieses Thema zu Diskussionen darüber führt, welche "andere Welt" wir wollen. Attac Schweiz kann aus solchen Diskussionen möglicherweise ebenso viel lernen wie dazu beitragen.

http://www.schweiz.attac.org/Das-Grundeinkommen-in-der

Frankfurter Appell gegen Bertelsmann 2007
Keine Zusammenarbeit mit Bertelsmann!
Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Bertelsmann-Stiftung!

Die Bertelsmann-Stiftung ist eine der mächtigsten Denkfabriken im Lande und als solche Leitakteur für ähnlich operierende Berater und Stiftungen. Sie greift aktiv ein in die Politik auf allen Ebenen von Regierungspolitik bis zur Kommune und zu Netzwerken von Einzeleinrichtungen. Dabei versucht sie, wesentliche Bereiche der Gesellschaft betriebswirtschaftlichen Modellen und manageriellen Motivationstechniken zu unterwerfen.
Die soziale Umverteilung von unten nach oben wie Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Einführung von Studiengebühren und Studienkonten, Abwälzung gesellschaftlicher Kosten auf die Einzelnen, Unterstützung von undemokratischen kostenträchtigen Privatisierungsvorgängen sind von der Bertelsmann-Stiftung mitentwickelt worden. Ebenso greift das Bertelsmann-Institut Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) mit Vorschlägen zur verstärkten Militarisierung und geostrategischen Ausrichtung der deutschen und europäischen Außenpolitik in die internationale Politik ein. Bertelsmann setzt auf Elite-Netzwerke, intransparente Verflechtungen und Meinungsmache und unterhöhlt dadurch demokratisch-partizipative Strukturen.
Die Mittel für ihre überaus umtriebigen Aktivitäten erhält die Stiftung durch den Status der Gemeinnützigkeit, die es ihr erlaubt, die Millionengewinne des Bertelsmann-Konzerns der Steuer vorzuenthalten. Dabei dient die Arbeit der Bertelsmann-Stiftung sehr wohl auch den Profitinteressen des Bertelsmann-Konzerns samt der Dienstleistungstochter Arvato und der Erschließung neuer Märkte, z.B. bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Wir fordern:

- der Bertelsmann-Stiftung die Gemeinnützigkeit abzuerkennen;
- von parteinahen politischen Stiftungen, Gewerkschaften und Verbänden, die Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung zu beenden;
- von der Hochschulrektorenkonferenz, von Hochschulen und universitären Einrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Zusammenarbeit mit Bertelsmann-Stiftung sowie den assoziierten Einrichtungen und Forschungsprojekten (z.B. Centrum für Hochschulentwicklung, Centrum für angewandte Politikforschung, Centrum für Krankenhausmanagement) einzustellen.

Wir werden uns für eine Internationalisierung der bertelsmannkritischen Bewegung einsetzen.
Die Anstifter anstiften stiften zu gehen: Der Bertelsmann-Stiftung die Gemeinnützigkeit aberkennen - jetzt!

Die TeilnehmerInnen der Bertelsmannkritischen Tagung am 27.10.2007 in Frankfurt/ Main

Attac Bielefeld: Die Bertelsmannstiftung richtet ein „Alternativfestival" in Gütersloh aus

Die Bertelsmannstiftung wurde 1977 vom Bertelsmannkonzern gegründet, nach dem Vorbild der amerikanischen Think Tanks. Das deutsche Stiftungsrecht lässt es zu, dass ihr über 70% des Bertelsmannkonzerns, einer der größten Medienkonzerne der Welt, gehören. Sie bekommt ihr Stiftungskapital aus Aktien des Bertelsmannkonzerns, jährlich ungefähr 60 Millionen Euro.

Die Stiftung selbst finanziert keine Projekte von anderen Initiativen, wie andere Stiftungen, sondern ist ausschließlich für die Finanzierung ihrer eigenen Projekte gedacht. Dies sind in der Regel Kampagnen, welche das Ziel haben neoliberale Denkweisen zu verankern. Dabei wird auch gezielt, die jeweils herrschende Politikerklasse umgarnt.

Die Bertelsmannstiftung war wesentlich mit verantwortlich für die Durchsetzung der Hartz IV Gesetze.
Sie liefert auch die ideologische Basis für die Einführung von Studiengebühren und der Privatisierung des Bildungssektors.

Desweiteren treibt sie wesentlich die Militärisierung der EU voran. In einer Broschüre eines von der Bertelsmannstiftung betriebenen Forschungsinstituts ist folgendes zu lesen: *„Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. [...] Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik."*

Des weiteren wird sehr viel Wert auf den Ausbau der Inneren Sicherheit gelegt. Insbesondere das Trennungsgebot von Militär und Geheimdiensten und Polizei wird in Frage gestellt, weil die islamischen Terroristen sich an die nationalstaatlichen Grenzen nicht halten würden. In der BRD ist aber dieses Trennungsgebot gerade auf Grund der negativen Erfahrungen des Nationalsozialismus in der Verfassung verankert.

Auf den Ausbau der Inneren und Äusseren Sicherheit hat die Bertelsmannstiftung direkt Einfluss genommen, indem sie im Auswärtigen Amt zu einer Tagung diesbezüglich im September 2006 eingeladen hatte bei der neben anderer Polit- und Medienprominenz auch Jose Manuel Durao Barroso (Präsident der EU-Kommission) anwesend war.

Die Bertelsmannstiftung ist nun für Gütersloh, dem Stammsitz des Bertelsmannkonzerns, lokal verantwortlich für ein deutschlandweites Filmfestival (http://diegesellschafter.de/uebermorgen/stadt.php?cid=223).

Die „Gesellschafter" hatten sich eigentlich auf die Fahne geschrieben, die Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen, die bei den Debatten in den letzen Jahren über den neoliberalen Umbau der deutschen Gesellschaft bisher keine Aufmerksamkeit bekommen hatten. Die Idee war, dass gesellschaftskritische Filme gezeigt werden. Die einzelnen Filme sollen von lokalen Initiativen, welche sich mit Themen beschäftigen, die in den Filmen vorkommen, präsentiert werden. Eventuell laden die Initiativen Referenten dazu ein.
In Gütersloh hat die Bertelsmannstiftung allerdings das Begleitprogramm alleine beschlossen und die Gruppen, welche die einzelnen Filme präsentieren, dürfen nur noch ihren Namen dafür hergeben.
Darum ist Attac-Gütersloh aus dem Filmfestival auch wieder ausgestiegen, nachdem sie gemerkt hatten, dass sie keine eigenen Ideen einbringen können.
Attac-Gütersloh wollte ursprünglich den Film "Le Lip oder die Macht der Phantasie" präsentieren, einen Dokumentarfilm über eine selbstverwaltete Fabrik in Frankreich von Christian Rouaud. Für den Film hat die Bertelsmannstiftung als Referenten u.a. Thomas Straubhaar Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts und ein Gegner des Mindestlohnes eingeladen!!!

Kritik an Bertelsmann:
http://www.anti-bertelsmann.de
http://www.anti-b.de

Felicia Langer

Nicht in meinem Namen

Die fortgesetzte Blockade des Gaza-Streifens ist eine Schande

"Was wollen die Palästinenser - wir haben doch Gaza 2005 geräumt?", sagt die israelische Propaganda und verschweigt, dass die Armee den Landstrich verlassen und sich selbst überlassen hat. John Dúgard, UN-Beauftragter für Menschenrechte, beschreibt es so: "Gaza ist ein Gefängnis, Israel besitzt den Schlüssel und hat ihn ins Meer geworfen." Kaum anders fällt das Urteil des Internationalen Roten Kreuzes aus: Das okkupierte Volk werde wie eine Geißel des Konflikts behandelt, heißt es da.

Ich verurteile den Abschuss mit Qassam-Raketen aus Gaza nach Israel, ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten. Aber Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt zur Folge hat. Die offiziellen Vorschläge für eine Waffenruhe, wie sie von Hamas kamen, werden durch Israel abgelehnt. Einen letzten gab es am 20. Dezember 2007. Wieder reagierte Israel mit Verachtung und zog es vor, mit Panzern und Raketen zu antworten, so dass 38 Palästinenser getötet wurden. In Wirklichkeit will die Regierung Olmert nicht die Qassam-Raketen, sondern die Hamas besiegen. So sieht die Politik aus, wie sie von Verteidigungsminister Barak, einem verkleideten Extremisten aus der Arbeitspartei, ins Werk gesetzt wird. Unsere Friedensbewegung betrachtet ihn als den derzeit gefährlichsten Politiker des Landes.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in Gaza fehlt es an reinem Trinkwasser, die Brunnen sind bakterienbelastet und durch jahrelange intensive Wasserentnahme versalzen. 60 Prozent der Einwohner verfügen über kein fließendes Wasser - viele Straßen in Gaza-Stadt sind überflutet, weil das Abwasser direkt aus den Häusern fließt. Es gibt dramatische Engpässe bei der Lebensmittelversorgung, deshalb sahen wir auf dem Bildschirm Tausende die Grenze zu Ägypten stürmen, um sich dort zu besorgen, was sie zum Überleben brauchen. Wer die Bilder sah, glaubte die Befreiung aus einem Käfig zu erleben. Tatsächlich war es ein Zeichen dafür, dass sich die Unterdrückten wehren. Wie schamlos muss die israelische Regierung sein, Menschen in ein solches Maß der Verzweiflung zu treiben? Und die USA? Sie haben ihr Veto im Sicherheitsrat immer parat, um Israel zu schützen. Und das gehorsame Europa? Dort wird geschwiegen. Gerade das muss sich ändern, wenn der israelische Staat als Besatzungsmacht ungerührt die Genfer Konventionen von 1949 verletzt. Deren Unterzeichner - und dazu gehört auch Deutschland - haben die Pflicht, sich einzumischen, um diesen Konventionen überall auf der Welt Geltung zu verschaffen. Es wäre ein Segen für das irregeleitete israelische Volk, wenn es dazu käme.

Was die Regierung Olmert im Namen der Israelis betreibt, heißt Kriegsverbrechen. Der Ort, wohin die Täter gehören, ist der Gerichtshof in Den Haag! Weil die Blockade des Gaza-Streifens rechtswidrig, menschenverachtend und eine Schande ist. Heute demonstrieren die israelischen Friedenskräfte wie Friedensbewegte überall auf der Welt und sagen: "Wir sind alle Gaza!" Wir kämpfen für Frieden und Gerechtigkeit und gegen leere Worte, die benutzt werden, um die weitere Besiedlung der besetzten Gebiete (7.200 neue Wohnungen in Ost-Jerusalem) zu verhüllen.

Aus Verehrung ist dem genialen Musiker Daniel Barenboim ein palästinensischer Pass überreicht worden. Eine Entscheidung, die noch von der Regierung der Einheit unter Beteiligung von Hamas getroffen wurde. Wie sich zeigt, gibt es Partner für den Frieden!

Eine verbrecherische Politik verrät unsere Opfer - die Opfer des Holocaust. Wir, die Lebenden, wehren uns und sagen: "Nicht in unseren Namen!" Deshalb appelliere ich an Sie, Druck auf Israel auszuüben! Sagen Sie Nein zur Blockade des Gaza-Streifens. Nein zur Inhumanität. Ja zu einem gerechten Frieden mit allen und für alle!

Felicia Langer ist Trägerin des alternativen Nobelpreises, Menschenrechtsanwältin und israelische Friedensaktivistin.

„Freitag“ vom 1.2.2008

Einladung zur internationalen Irak-Konferenz zum 5. Jahrestag des Krieges

7. bis 9. März in Berlin

Alternativen zu Krieg und Besatzung

Die Lage im Irak ist nach fünf Jahren Krieg und Besatzung katastrophal. Dies wird von niemandem mehr bestritten. Die Diskussion über die Ursachen konzentriert sich jedoch auf die Konflikte zwischen irakischen Kräften wie das Milizen-Unwesen, religiös motivierte Gewalt und Terroranschläge. Obwohl die Besatzung die zentrale politische Realität im Irak ist, spielt ihre beherrschende Rolle im westlichen Diskurs kaum eine Rolle. Die von den Besatzungstruppen ausgeübte Gewalt verschwindet ebenfalls völlig im Hintergrund. Stattdessen erscheinen die Truppen nur noch als Kräfte, die verzweifelt bemüht sind, einem in sich zerrissenen Land Frieden und Stabilität zu bringen.

Ein Schwerpunkt der Konferenz wird daher die Frage sein, in welchem Maße, die USA und ihre Verbündeten für die generelle Situation und das aktuelle, entsetzlich hohe Niveau der Gewalt verantwortlich sind - entsprechend dem Bericht "War and Occupation in Iraq", den 30 international bekannte Menschenrechtsgruppen veröffentlicht haben.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Erörterung möglicher Alternativen zur Besatzung und realistischer Ansätze für den anschließenden Aufbau eines stabilen und demokratischen Iraks. Vorschläge hierzu gibt es - von Seiten unabhängiger westlicher Experten ebenso wie von Seiten der irakischen Opposition gegen die Besatzung.

Die Konferenz wird u.a. getragen von: IPPNW, Bundesausschuss Friedensratschlag, Europäisches Friedensforum dt. Sektion, Internat. Versöhnungsbund dt. Zweig Vereinigung Demokratischer JuristInnen (VDJ), Liga für Menschenrechte, RAV, Attac AG Globalisierung & Krieg, Deutscher Freidenkerverband , Netzwerk Cuba, Iraq Veterans Against The War Germany, American Voices Abroad AVA - Military Project und AVA Berlin, sowie von Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag

http://www.irakkonferenz2008.de